

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlagstag: Freitag außer Montagen.

#### Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für vollständige und gemeinlichliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Parteigenossen Preußens!

Das preussische Proletariat hat die Tore des preussischen Dreiklassenhauses gesprengt. Das schmachvolle Klassenwahlrecht, die schamlose Zumutung der öffentlichen Abstammung haben die klassenbewusste Arbeiterschaft ohnegleichen erbittert und ausgepeitscht. Die ob ihrer Enttötung zornentflammten Massen haben die Sicherungen niedergedrückt, die den Landtag der privilegierten Geldsäcke sozialistenrein halten sollten.

Mindestens sechs sozialdemokratische Abgeordnete halten ihren Einzug in die preussische Duma.

Die kühnsten Erwartungen des Proletariats sind übertroffen. Der 3. Juni wird als glänzender Siegestag in der Geschichte der Sozialdemokratie fortleben. Noch steht als Folge des wahnwitzigen, indirekten Wahlsystems nicht fest, wieviel Stimmen die Sozialdemokratie am 3. Juni erhielt und wieviel Wahlmänner unserer Partei gewählt wurden. Wir haben aber ohne Zweifel die weit aus stärkste Stimmenzahl erhalten. Wo Fristwahlen stattfanden, stehen die Stichwahlen vielfach noch aus. Es gilt bei den Stichwahlen die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner weiter zu vermehren.

Wo die Sozialdemokratie an Stichwahlen beteiligt ist, müssen die sozialdemokratischen Wähler des 3. Juni von neuem Mann für Mann antreten, müssen die Arbeiterwähler, die am 3. Juni zu Hause blieben, das Versäumte nachholen und sozialdemokratisch wählen!

Für die Stichwahlen gelten die bekannten Bestimmungen der preussischen Landeskommission.

Es muß alles getan werden, um die Wahl von offenen und versteckten Wahlrechtsfeinden zu verhindern.

Die Stichwahlen müssen vollenden, was der 3. Juni begonnen.

**Drauf und dran!  
Nieder mit der Klassenherrschaft!  
Hoch das freie Wahlrecht!**

Das Zentralwahlkomitee.

## Preußen und das Reich.

Dürftigere Wahlbetrachtungen hat die bürgerliche Presse wohl kaum je angestellt, als in den Tagen, in denen der Damm des Dreiklassenwahlrechts von der sozialdemokratischen Hochflut überschwemmt worden ist. Raum, daß die linksliberale Berliner Presse die auf der Hand liegende Tatsache konstatiert, daß die armselige Jämmerlichkeit des Blockfreisinn's unseren Sieg noch erleichtert hat. Aber diese Zurückhaltung hat gute Gründe. Denn die politische Bedeutung des Wahlergebnisses ist für die bürgerliche Welt und insbesondere für die, die sie regieren, nicht gerade tröstlich. Sie schweigen, weil sie nichts sagen dürfen.

Es wäre aber ganz verfehlt, den Wahlsieg der Sozialdemokratie als isoliertes Ereignis zu betrachten. Er ist nur ein Symptom eines größeren Zusammenhanges. Sechzig Jahre besteht der preussische Landtag. In dieser langen Zeit hat er große Wandlungen durchgemacht, aber nur zweimal hat das Proletariat an diesem Gebilde des Verfassungsbruchs größeren Anteil genommen und beide Male in historischer Stunde. Als in den sechziger Jahren der Konflikt zwischen der Regierung und der fortschrittlichen Majorität ausgebrochen war, als es sich um die Entscheidung handelte, ob Preußen eine wirkliche Konstitution erhalte, ein parlamentarisch regiertes Land werden sollte, und als bei dieser Entscheidung die Fortschrittspartei jämmerlich versagte, da rief zur entscheidenden Stunde Lassalle das Proletariat Preußens zum Kampfe. Aber die Fortschrittspartei, die mitkämpfen sollten, ließen die proletarischen Kämpfer schmachlich im Stich. Der preussische Landtag ist kein modernes Parlament geworden, und der Absolutismus der Bureaucratie siegte über die Jaghaftigkeit und Unentschlossenheit der Bourgeoisie. Doch den Siegespreis trug das Proletariat davon, daß in diesem Kampfe sich auf immer von dem Bürgertum trennte, keine politische Selbständigkeit gewann, den Klasseninstinkt zum Klassenbewußtsein erhob und sich in der deutschen Sozialdemokratie die Partei gab, die, seitdem mit der deutschen Arbeiterklasse völlig verschmolzen, lange Zeit vorbildlich war für den Kampf der Arbeiter in aller Welt. Sind die Waffen des Geistes, die der Arbeiterklasse dienen, geschmiedet worden in den großen Bibliotheken von Paris und London, wo Marx die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft sich aneignete, um sie durch die Wissenschaft des Sozialismus zu überwinden, so hat für das deutsche Proletariat

die politische Praxis in jener Zeit begonnen, wo Lassalle die Arbeiter zum Sturm gegen die verräterische Landtagsmajorität aufrief.

Dann kam die Wendung. Der deutsche Reichstag wurde auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gegründet. In ihm sich die starke Vertretung ihrer Interessen zu erobern, war die Aufgabe des deutschen Proletariats, die es immer glänzender gelöst hat. Aber gerade die Benutzung der Waffe des gleichen Stimmrechts machte dem Bürgertum, das immermehr in die Hände der junkerlichen Bureaucratie abgedankt hatte, den deutschen Reichstag verdächtig. Langsam vollzog sich eine Wandlung. Als der deutsche Reichstag gegründet war, da glaubte man, daß das Organ der deutschen Einheit kräftig sich entwickeln, daß die historischen Trümmer aus den Zeiten der deutschen Zersplittertheit, die Bundesstaaten, ihre Parlamente und Fürsten langsam aber sicher politisch abhandeln und zu Organen lokaler Verwaltung sich umwandeln würden. Aber aus Angst vor dem Proletariat hat das deutsche Bürgertum die deutsche Einheit verraten, die Entwicklung der Verfassung zum Stillstand gebracht und die junkerliche Bureaucratie hat den Parlamenten, vor allen Preußens und Sachsens, neues Leben eingehaucht. Immermehr wurde dem Reichstage seine Wirkungsmöglichkeit genommen, immer größer wurde die passive Resistenz, die die preussische Bureaucratie, die den Bundesrat ebenso wie die Reichsämtler beherrscht, dem Reichstage entgegensetzte, und immer willfähriger unterstützte die Majorität des Reichstages selbst die Preisgabe des Parlaments, das auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gegründet war. Aber vollendet wurde die Abdankung erst ganz unter der Herrschaft der Blockmajorität, der die Konservativen kommandieren, die immer Feinde des Reichstages gewesen sind, weil sie Feinde des gleichen Stimmrechts sind, weil die Wurzeln ihrer Kraft nicht bei den breiten Massen, sondern in den Herrschaftssituationen über die Massen, in der Bureaucratie und im Militär liegen. Sie haben von jeher Preußen über Deutschland gestellt, den preussischen Landtag über den deutschen Reichstag. Und so bedeutete die Blockmajorität des Reichstages nichts anderes, als die bedingungslose Anerkennung der Oberhoheit des preussischen Landtags.

In klarer politischer Erkenntnis hat das preussische Proletariat die Konsequenzen dieser Entwicklung gezogen. Wird der preussische Landtag zu eurem wichtigsten Herrschaftsmittel, dann müssen wir auch dieses Herrschaftsmittel aus der Hand schlagen. Der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht ist der Kampf für die politische Integrität des gleichberechtigten Wahlrechts. Wählt ihr einen anderen Kampfboden, verschanzt ihr euch nach 33 Jahren der deutschen Einheit hinter eure partikularistischen Ruinen, nun wohl, wir folgen euch auch dorthin!

So hat das preussische Proletariat zum zweiten Mal in seiner Geschichte den Kampf um den Landtag eröffnet. Doch die Zeiten haben sich gewaltig geändert. Damals errang das preussische Proletariat im Kampf gegen den Landtag die eigene politische Selbständigkeit. Heute will es die politische Selbständigkeit des Landtages vernichten, um Deutschland von der preussischen Herrschaft zu befreien.

Die großen Demonstrationen des Januar haben die preussische Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt der deutschen Politik gerückt. Der große Erfolg bei den Landtagswahlen hat bewiesen, daß das preussische Proletariat mit brennendem Interesse die Entwicklung in Preußen verfolgt und daß es all seine Energie an die Niederzwingung der preussischen Suprematie setzen wird. Preußen muß demokratisch werden, damit die Demokratie in Deutschland herrschen kann. Dies Ziel aber bedeutet den äußersten Gegensatz zu den Zielen der Blockpolitik. Und so ist unser Sieg, der der erste Sieg der preussischen Wahlrechtsforderung ist, zugleich die Niederlage der Blockpolitik. Nicht, daß deswegen die Blockpolitik bereits erledigt ist; sie wird noch genug Schaden anrichten. Dem Freisinn steht kein Rückzug mehr offen und das Zentrum fürchtet den entschiedenen Kampf. Aber die Wahl in Preußen hat gezeigt, daß die Blockpolitik nur die Politik einer Minorität ist, die mit dem Volke immer mehr ihren Zusammenhang verliert. So rasch hat noch nie eine Politik moralischen Bankrott gemacht. Wohin ist der Rausch, der bei den Reichstagswahlen große Schichten des deutschen Volkes erfasst hatte? Zurückgeblieben ist nichts, als der Rahmen der getäuschten Hoffnungen. Und wir, die wir seit dem 25. Januar 1907 ungeduldig auf den Tag der Rebanche gewartet haben, wir können von heute an in ruhigerer Stimmung und mit größerer Siegeszuversicht dem Tag der nächsten Reichstagswahlen entgegenharren. Wir sind mit der Abschlagszahlung zufrieden und wir wissen, daß Erfolg wie Mißerfolg Sozialdemokraten in gleicher Weise zu immer intensiverer und immer emsigerer Arbeit anspornt.

Schon zerbrechen sich die bürgerlichen Blätter darüber den Kopf, was unsere Fraktion im preussischen Landtag ausrichten werde, und immer wieder sprechen sie sich den Trost zu, daß die geringe Zahl nichts ausrichten könne. Die reaktionärsten Organe setzen ihre Hoffnung, die das Dreiklassenwahlrecht eben getauscht hat, auf die Geschäftsordnung und den Wahlspruch des Herrn v. Ardenner: „Besser dumm als stark“. Die Geschäftsordnung und ihr Hüter gegen das deutsche Proletariat, die Paragraphen des parlamentarischen Reglements gegen die historische Entwicklung!

Uns dünkt, ganz so einfach liegen die Dinge denn doch nicht. Je weniger die Vertreter des preussischen Volkes gegen die Parasiten des politischen Lebens im Landtage ausrichten, desto energischer und wirkungsvoller wird die Unterstützung sein, die sie beim preussischen Volk außerhalb des Landtages werden finden müssen. Und je mehr die Herren im Landtage unsere Vertreter an der positiven Arbeit für das preussische Volk hindern werden, desto stürmischer wird die Volksbewegung draußen gegen diese Hindernisse aufbrachen. Der 3. Juni war Wahltag. Aber wenn die Junker des Privilegs allzu störrig sind, werden diesem Wahltag noch manche stürmische Wahlrechtstage folgen!

## Internationale Glückwunschkarte zum Wahlsieg.

- Den niedergelittenen Siegern unser Hoch! **Brüssel, 5. Juni.**  
Das Internationale Sozialistische Bureau.  
Gandervelde, Anseele, Furnemont, Guhsmans.
- Die belgische Arbeiterpartei sendet Glückwünsche zum Wreden der Presse in die Festung der Konservativen und Kapitalisten. **Brüssel, 5. Juni.**  
Es lebe der internationale Sozialismus! **Waes, Sekretär.**
- Zu Eurem herrlichen Siege unseren Glückwunsch und unsere Bewunderung. **Wien, Reichsrat, 5. Juni.**  
Für die Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie: **Starck.**
- An den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie. **Wien, Reichsrat, 5. Juni.**  
Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat freut sich mit Euch über den glänzenden Sieg des 3. Juni und über die erste Presse, die Preußens Arbeiterschaft in die Zwingsburg der Junkerherrschaft geschlagen hat.
- Mit Glückwunsch und Brudergruß für den Verband: **Seip.**  
**London, 5. Juni.**
- Die Sozialdemokratische Partei begrüßt herzlich die deutschen Genossen zu dem Erfolg bei den preussischen Landtagswahlen. **Wien, Reichsrat, 5. Juni.**
- Den Niedergerittenen herzlichsten Glückwunsch zum stolzen Siegesritt **Wien, Reichsrat, 5. Juni.**  
Bestehmische Sozialdemokratie. **Gillebrand.**
- Zu dem schönsten aller Eurer Siege gratuliert Euch der **Wien, Reichsrat, 5. Juni.**  
Politische Verein „Freiheit“ **Karlsbad.**
- Grüße deutscher Landtagsfraktionen. **Karlsbad, 4. Juni.**
- Die rote Fraktion des zweitältesten Landtags begrüßt hoch- **Karlsbad, 4. Juni.**  
erfreut die jüngste sozialdemokratische Landtagsfraktion und deren Erzeuger. **Ed. Ged.**
- Den preussischen Genossen herzlichsten Glückwunsch zu ihrem **München, Landtag, 4. Juni.**  
Erfolge, unserer neuen preussischen Landtagsfraktion beste Grüße. **Die bayerische Landtagsfraktion.**
- Andere Glückwünsche. **Karlsbad, 4. Juni.**
- Die Tabakarbeiter Rauen's begrüßen herzlich die Sozialdemokraten **Karlsbad, 4. Juni.**  
Groß-Berlins zu dem unerwarteten Riesenerfolge bei den gestrigen Landtagswahlen. Hoch die Sozialdemokratie!
- Euch wackeren Kämpfern zu Euren glänzenden Siegen über **Beckh (Wart), Heilsstätte, 4. Juni.**  
preussische Reaktion ein freudiges Bravo! Nun rastlos weiter auf dieser Bahn!
- Eure Mitkämpfer in den Lungenheilstätten zu Beckh.

## Noch eine Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Liberalen.

**Ebersfeld, 5. Juni.**  
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)  
Nach den Wahlmännerstichwahlen ist das endgültige Resultat der Urwahlen im Landtagswahlkreis Ebersfeld: 355 sozialdemokratische, 552 liberale, 290 konservative Wahlmänner. Es hat also Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Liberalen stattgefunden.

## Die sozialdemokratischen Landtagskandidaten für Groß-Berlin.

Nach den Beschlüssen der Berliner Genossen werden die folgenden Genossen in den nebenstehenden Wahlkreisen kandidieren:

Dr. Karl Liebknecht	Berlin XI
Heinrich Ströbel	IX
Hermann Borgmann	V
Paul Hirsch	VII
Hugo Heimann	VI
Otto Weis	Rixdorf-Schöneberg
Adolf Hoffmann	Berlin XII
Georg Ledebour	X
Paul Singer	VIII
Fritz Ober	III
Rag Grünwald	IV
Herm. Müller (Partei-Vorstand)	II
Herm. Schubert	I
Fritz Bietich	Charlottenburg
Fritz Hübner	Teltow-Land
Erhard Bernstein	
Artur Stadthagen	
Bernhard Brauns	Ober- und Nieder-Barnim
Rag Jacobsen	

## Die sozialdemokratische Presse zum Wahlsieg.

Die Presse der Sozialdemokratie in- und außerhalb Preußens verzeichnet mit stolzer Genugtuung und lebhafter Freude den Erfolg der Partei, die Mandateroberungen und das gewaltige Wachstum der sozialistischen Stimmen. Dabei konnten manche Blätter die Größe des Sieges noch nicht völlig überblicken und rechnen deshalb in ihren Artikeln noch mit weniger Mandaten, als tatsächlich erobert sind.

Aus den Stimmen des Siegesjubels zitieren wir die folgenden Stellen:

### „Hamburger Echo“:

„Die Wahlen am 3. Juni haben eines sichergestellt: dem mannhaften Eintreten der Klassenbewussten Arbeiterschaft für ihre politische Ueberzeugung — trotz der öffentlichen Abstimmung — ist es gelungen, Preußen in die Zwangsbund des Dreiklassenwahlrechts zu legen. Die Sozialistenreinheit des Dreiklassenwahlrechts hat aufgehört. Es wird in Zukunft eine, wenn auch nur kleine sozialdemokratische Fraktion aufweisen.“

Das es der Sozialdemokratie in Preußen gelungen ist, trotz der entgegenstehenden ungeheuren Schwierigkeiten einige Siege zu erringen auf Grund eines Wahlrechts, in dem alles zusammengetragen ist, was den arbeitenden Massen einen Erfolg unmöglich machen soll, ist ein trefflicher Beweis für das Wachstum der Agitationskraft unserer Partei, wie für das Wachstum des politischen Selbstbewusstseins der arbeitenden Massen, das selbst die Mühen und Läden der öffentlichen Stimmabgabe überwunden hat. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nunmehr das Wahlrecht selbst im besseren Licht erscheint. Im Gegenteil: die Hunderttausende sozialdemokratischer Stimmen im Gegensatz zu den wenigen Mandaten sind ein schreiender Protest gegen die unerhörte Ungerechtigkeit. Der in der kleinen Zahl von Mandaten sich manifestierende große Erfolg der Sozialdemokratie ist aber bescheidend für die Verteidiger der Dreiklassenwahlrechts. Auch deren Zwangsmauer schützt sie nicht mehr ganz vor dem Eindringen der Sozialdemokratie.“

### „Leipziger Volkszeitung“:

„Die Fronte der Weltgeschichte hat gestern wieder einmal einen ihrer berühmten Wipps gemacht: der staalich organisierte Terrorismus, wie er in der Öffentlichkeit der preussischen Landtagswahl vorliegt, und wie ihn sich seinerzeit die Junker zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft schufen, hat dazu beigetragen, die erste Welle in diesem Wellenwerk der Junkerherrschaft zu legen und der Sozialdemokratie den Weg ins Junkerparlament zu ebnen. Die Junker und die ihnen gesinnungsverwandten Freisinnigen, die sich bisher schützend vor das Palladium der Volksvertretung stellten, haben einsehen müssen, daß auch das reaktionärste Wahlrecht seine Räder hat und daß in einer bestimmten Situation der Revolution näher kann, was man Schutze der Reaktion eronnen wurde. Nichts kann deshalb amüsanter sein, als das Geschrei der entrüsteten Schelte über den „Terrorismus“ der Sozialdemokratie, bedanken sie doch selber ihre ganze Position nur einem jahrzehntelangen aufs schamloseste getriebenen Schreckensregiment, und haben sie sich doch erst noch im Januar durch den Mund Bülow's zur ungeschmälerten Verheißung dieses tief unbilligen Wahlrechts befangen. Wenn die Herren aus dem gestrigen Wahlsieg die nötigen Lehren ziehen und die verfaulte Massenwahl in die Müllgrube werfen wollen, so soll uns das nur lieb sein.“

In der Tat erblicken wir in dieser frühlichen ad absurdum-Führung des preussischen Wahlrechts den Haupterfolg der gestrigen Landtagswahl; denn was die kleine sozialdemokratische Fraktion an „positiver Mitarbeit“ wird leisten können, vermag natürlich ein Spatz auf dem Schwanz wegzutragen. Diese „positive Mitarbeit“ ist auch nicht der Zweck der Wahlbewegung gewesen. Der lag in der Agitation. Es kam darauf an, den Massen darüber die Augen zu öffnen, welche empörende, niederträchtige Brutstätte sozialer Mauthoch die preussische „Volksvertretung“ ist, wie eine Bande fleupelloser Schnapphähne mit den Interessen der beschlossenen Massen ein freventlich Spiel treibt, durch ein feiole Schulpolitik die Verarmung organisiert, durch raffinierte Stellenverteilung in Oer und Verwaltung alle Fäden in der Hand hat, durch eine schamlose Finanzpolitik in Reich und Staat sich selber nahezu Steuerfreiheit sicherte und außerdem noch durch große und kleine Liebesgaben Hunderte und Tausende von Millionen in den eigenen Beutel wirtschaftet, durch die rücksichtsloseste Schreckensherrschaft jede freie Meinung niederrümpelt, die Staatsbeamten und Arbeiter in Staatsflaven verwandelt, ihnen das Koalitionsrecht raubt, sie mit Hungerlöhnen abspeist und das ganze System krönt durch ein Wahlrecht, das an hinterhältiger Verlogenheit und Perfidie seinesgleichen sucht. Darüber den Massen die Augen zu öffnen, ist der Sozialdemokratie zum Teil gelungen, und Sache der Abgeordneten wird es sein, die aufstrebende Arbeit der Wahlagitation in diesem sogenannten „Parlament“ fortzusetzen.“

Der Wahlausgang selber ist die Antwort auf jenen 10. Januar 1908, als Herr Bülow dem entrechteten preussischen Volke seine Verachtung ins Gesicht spie. Es hat ihm mit einem derben Faustschlag geantwortet und Herr Bülow mag ihn sich als die erste Frucht seiner Blodpolitik antreiben, die auch im außerpreussischen Deutschland mit unverhohlener Genugtuung begrüßt wird.“

### „Frankfurter Tagespost“ (Münberg):

„Ohne Erwartungen ist die preussische Sozialdemokratie in den Wahlkampf gezogen. Sie begehrte nur, ihre Pflicht zu tun, mit aller Leidenschaft und Hingabe, auch wenn ein unmittelbarer Erfolg nicht möglich wäre. Das, was unsere preussischen Genossen aber erreicht haben, übersteigt selbst die kühnsten Hoffnungen.“

„Zum erstenmal sind Sozialdemokraten auch in das preussische Dreiklassenhaus eingedrungen.“

„So werden denn künftig nicht mehr bloß die Rufe der demonstrierenden entrechteten Masse vor den Toren des Parlaments zu tauben Ohren vergeblich zu dringen versuchen, die Forderung des Volkes brauchen wird sich verbinden mit der entschlossenen Listkraft ihrer Vertreter innerhalb des „Vollwerkes der Reaktion“. In inniger Einheit und bewegter Zusammenarbeit der Wähler und Gewählten wird fortan der Kampf um das Wahlrecht geführt werden können. Die lauten, stürmischen Stimmen brauchen werden aufgenommen von den Volksvertretern innen.“

Der „Reich“ steht nicht mehr bloß vor den Toren, er erhebt sein Haupt innerhalb der Feste. Nicht mehr können deutsche und preussische Wähler, wenn sie im Reichstag zur Rede gestellt werden sollten, sich ins Dreiklassenwahlhaus flüchten; auch hier wird sie fortan die Stimme des Volksgewissens, die Anlage der Freiheit und Wahrheit ertönen und niederstücken.“

Das neue Preußen hält seinen Einzug in das verfluchte Haus feudaler Privilegien, freilich nicht um die Zwangsbund zu restaurieren, sondern um sie nun auch von innen heraus zu zerstören. Eine Verstärkung durch die unüberwindliche positive Arbeit der Sozialdemokraten. Indem sie ihre Forderungen erhebt, ihre Bereitwilligkeit zu Reformen eindringlich bekundet und bewährt, trägt sie im schaffenden Zeichen des neuen Preußens das alte Preußen ab. Jede verweigerte Forderung der Sozialdemokraten, jede Vergewaltigung und Niederstimmung unserer Anregungen und Anträge wird als eine weitere Anlage gegen das Dreiklassenwahlrecht wirken, auf dem die Macht des preussischen Junkertums beruht und ihr parlamentarischer Ausschluß.“

Der Kampf um die Demokratisierung Preußens kann nun mit gesteigerter Energie beginnen.“

Der Wahlausfall ist zugleich ein Volksgericht über jene wüsten Ausschweifungen der Reaktion, die man Blodpolitik nennt. Es gärt in den Massen. Der Nebermut der Herrschenden war allzu frech geworden. Im Zentrum ihrer Fäulnis, in Berlin, ist die Korruption des Volkseifers abgeurteilt worden.“

Der deutsche Süden begrüßt dieses Erwachen Preußens mit besonderer Genugtuung. Die preussische Reaktion ist feste Gefahr und Hemmung auch für die freiere Entwicklung des Südens. Die neue Hoffnung und der neue Ansporn in Preußen belebt und sichert auch unsere Arbeit jenseits des Rheins.“

### „Rheinische Zeitung“ (Aöln):

„Was früher für ganz unmöglich gehalten wurde, was bis in die letzten Tage hinein nur rosafarbene Optimisten leise zu hoffen gemagt hatten, ist am 3. Juni stolze Tatsache geworden: Die Sozialdemokratie zieht eigener Kraft in das preussische Dreiklassenparlament ein. Die „Niedergerittenen“ von 1907 haben am 3. Juni 1908 bewiesen, daß auch sehr hohe Herren falsch prophezeien können; sie haben gezeigt, daß sie fester als je zuvor im Sattel sitzen und mutiger denn je in die Schranken springen zu dem großen Kampfe um des Volkes Wohlfahrt, um seine Rechte und seine Kulturideale. Sieben Sozialdemokraten im Landtag wollen der Zahl nach recht wenig bedeuten, aber diese Sieben werden in die muffige Landtagstube frische Luft hineinbringen, sie werden geradezu revolutionierend wirken und mit einem Schlag das Ansehen des Landtages völlig verändern.“

„Und daß der neue Landtag im Zeichen der Reformen zusammentritt und nicht Ruhe haben wird, bis die Reform in Fluß gebracht ist, und daß die Reform den Forderungen der Volksmehrheit möglichst nahe kommt; dafür werden die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zu sorgen haben, denen das rechtlose Volk millionenfach seine Unterstützung leihen wird!“

### „Volksstimme“ (Frankfurt a. M.):

„Seit 60 Jahren zum ersten Male Vertreter des Proletariats in einem Abgeordnetenhaus, das bisher lediglich Angehörige des Junkertums, der Bureaucratie und der Bourgeoisie in meist traulichem Verein umschloß. Damit ist der Mann gebrochen und in den Wall der preussischen Dreiklassenwahlrechts Welle gelegt, allen entgegenstehenden Bemühungen der bürgerlichen Parteien zum Trotz. Man wird zwar das kleine Häuflein unter 448 Abgeordneten so oft zu vergeblichen suchen als man kann. Aber es sind sieben Sozialdemokraten, und die lassen sich nicht tot machen! Man wird ihnen auf Grund der Geschäftsordnung das Recht zu selbständigen Anträgen betreiten — aber das wird sie nicht hinberz, mit Hilfe der Massen, die sie wählten und die zu Millionen hinter ihnen stehen, Regierung und Parteien in der preussischen „Volksvertretung“ vorwärts zu treiben. Die Arbeiterklasse spricht von jetzt ab auch im Parlament des reaktionärsten und mahgebendsten deutschen Bundesstaates mit, und dieser Erfolg, lediglich aus der Kraft des verkümmerten Volkes selbst errungen, bedeutet einen geschichtlichen Wendepunkt nicht bloß in der preussischen, sondern auch in der deutschen Geschichte. Er bekräftigt außerdem die sieghafte Wirkung des Evangeliums des Klassenkampfes, das uns auf allen Wegen führt.“

### „Volksstimme“ (Hannover):

„Es ist erreicht! Mit einem kräftigen Fußtritt hat die sozialdemokratische Arbeiterklasse die festgerammelten und für uneinnehmbar gehaltenen Tore des preussischen Reichsparlamentes gesprengt.“

Der Ausgang der Wahl nicht nur in Linden und Berlin, sondern auch an zahlreichen anderen Orten, wo ein Mandat leider nicht erobert worden, ist ein mutiger Protest gegen die Junkerfreiheit, die in der arbeitenden Bevölkerung lediglich „Objekte der Geseßgebung“ erblickt; gegen die famose Wahlrechtsklärung des preussischen Ministerpräsidenten v. Bülow, der dem Preußenvolke Steine statt Brot zu bieten wagte; gegen das unverständliche Verhalten der Militärbehörden den Wahlrechtsdemonstranten gegenüber.“

Die „Niedergerittenen“ erheben stolz ihr Haupt. Anstatt aber auszuruhen auf den errungenen Mandaten, werden sie den Wahlrechtskampf jetzt mit verdoppelter Energie fortsetzen.“

### „Volksstimme“ (Dresden):

„Es ist erreicht! Mit ungeheurem Jubel konnten unsere Berliner Genossen gestern abend das Resultat begrüßen, daß sie als Lohn ihrer aufopfernden Tätigkeit fünf Sozialdemokraten in das Dreiklassenhaus hineingewungen haben — trotz öffentlicher, trotz indirekter, trotz schäblicher Klassenwahl fünf Mann auf einen Stieb, ein Resultat, das sie selbst aufs freudigste überraschte, den Genossen im ganzen Lande aber die Stellung Berlins als sozialdemokratische Hochburg aufs neue freudig bestätigt.“

### „Volksstimme“ (Magdeburg):

„Hinter der Dreiklassenwahlrecht mit den Palisaden der öffentlichen und indirekten Stimmabgabe wählten sie sich sicher, die Herren vom hohen Adel und p. t. Bürgerchaft. Ueber diesen hohen Wall konnten die roten nicht klettern; diesen breiten Damm nicht übersteigen.“

Nun ist der Traum des echten Preußentums ausgeträumt, die Wahrheit vom 2. Juni am Tage danach zur Lüge geworden. Es ist Welle geschossen worden in die Mauer, hinter der die Volksverächter und Volkseusbeuter über die anstürmenden Rechtlosen höhnten und lästerten; der Wall ist überhoben worden, der Damm durchbrochen! Sozialdemokraten halten ihren Einzug in den preussischen Landtag.“

Nicht einer oder zwei, wie lähne „Vertrauensdusler“ am Morgen des heißen 3. Juni zu hoffen wagten, sondern sechs oder sieben. Genug, um einen regelrechten Fraktionsvorstand zu stellen. Was gestern jedem von uns noch unsahbar war, und was gestern jeder von uns nur mit einem flüchtigen Lächeln begrüßt hätte, ist heute unzerrörbare Wirklichkeit.“

### „Bremer Bürgerzeitung“:

„Der Tage Mühen, die ungeheueren Opfer unserer preussischen Genossen an Zeit und aufreibender Arbeit waren nicht umsonst: Künftig wird auch im preussischen Junker- und Reichsparlament die Sozialdemokratie, und damit die preussische Arbeiterklasse zu Gehör kommen. Sei, wie werden die Geister da aufeinander schlagen! Die Sozialismus! Die Reaktion! Und damit die der Liberalismus wie der Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Die Sozialdemokratie hat die Schlacht gewonnen! Es ist eine Welle geschlagen. Der Weg ins Dreiklassenparlament ist frei! Ein Bravo den tapferen Kämpfern!“

### „Tribüne“ (Erfurt):

„Zum ersten Male, seitdem ein Staatsreich und königlicher Eiddrud das Dreiklassenrecht rechtswidrig dem Volke auf-

offroberte, wird die Stimme des Volkes in dem Hause des Unrechts gehört werden. Und wenn der freisinnige Abgeordnete Traeger am 10. Januar mit Recht sagte, er wage sich nicht als Volksvertreter zu bezeichnen, so ziehen die Sozialdemokraten als millionenstimmig beglaubigte Vertreter des Volkes in das Klassenhaus. Sie wirken dort innerhalb der Mauern im Namen des Volkes für das gleiche Recht, das das Volk außerhalb der Mauern in heroischem Kampfe erringen muß. Der Wahlrechtskampf wird jetzt mit verschärften Waffen und verdoppelten Kräften geführt werden. Es lebe das gleiche Recht!“

### „Offenbacher Abendblatt“:

„Was das Feuer der Leidenschaft und hingebungsvoller Ernst vermögen, das haben die preussischen Arbeiter gestern bewiesen. Am Morgen noch galt für unwahrscheinlich, was am Abend frohe Gewißheit war: mit fürmender Hand wurden die Wälle des Zwinguri Dreiklassenwahlrechts erstiegen, oben flattert nun stolz die rote Fahne. Nicht nur von außen, auch von innen wird jetzt gearbeitet, daß es breite Brechen gibt für das Hereinfluten der Vertreter des revolutionären Proletariats.“

Eine von mehreren Parteiblättern benutzte Korrespondenz sagt:

„Damit hat der preussische Landtag ein für allemal aufgehört, der verschlossene Garten der Junker und Pfaffen zu sein, damit hat auch das Dreiklassenwahlrecht für die Vertreter der preussischen Reaktion das Beste seines Wertes verloren. Auch das „bemährte“ Dreiklassenwahlrecht hat sich diesmal im Sinne der Junker nicht mehr bewährt.“

In den sozialdemokratischen Abgeordneten Preußens wird ein Brennpunkt aller preussischen Volksinteressen geschaffen und ein mächtvoller Herd der Agitation, welche jetzt mit erneuten und verstärkten Kräften an ihre Arbeit gehen wird. Die Frage des Wahlrechts wird jetzt in allen Debatten des Abgeordnetenhauses auf der Tagesordnung stehen und jeder Versuch, sie zu lösen, wird der Ueberwachung durch prinzipientreue Vertreter des gleichen Rechts unterworfen sein. Und so gering die Zahl der gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten im Verhältnis zur Gesamtzahl des Hauses erscheinen mag, so werden sie doch als die Vertreter einer großen Idee und einer großen Masse, als die einzigen wirklichen Volksvertreter, eine besondere Stellung einnehmen. Sie dürfen sich darauf berufen, daß sie die Repräsentanten der größten Massenpartei des preussischen Staates sind, daß hinter ihnen das arbeitende Volk steht, das nicht fehlen wird, wenn sie es rufen.“

## Amtliche Verächtlichmachung des Reichstagswahlrechts.

Bekanntlich interpellierte am 22. Januar die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Regierung wegen der herabsetzenden Form, in der Bülow am 10. Januar von dem Wahlrecht des Reiches gesprochen hatte. Dieser Teil der Interpellation richtete an den Reichskanzler die Frage, aus welchen Gründen er in jener Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat „als dem Staatswohl nicht entsprechend“ bezeichnet habe.

Herr Bülow entzog sich der Verantwortung dieser Frage durch die groteske Ausrede, daß er es „ablehnen müsse, auf die Verhandlungen über die Gestaltung des Landtagswahlrechts in Preußen einzugehen, da dieser Gegenstand eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preussischen Staates“ darstelle. Genosse Richard Fischer brandmarkte sofort in gebührender Weise diese faule Ausrede. Es mußte das höchste Verbrechen erregen, daß der Ministerpräsident des größten deutschen Bundesstaates in einer offiziellen Regierungserklärung von dem Reichstagswahlrecht als einem nicht dem Staatswohl entsprechenden gesprochen habe. Der Ministerpräsident sei durch seine Eigenschaft als Reichskanzler verpflichtet, die Verfassung des Deutschen Reiches hochzuhalten und ihre Grundzüge zu verteidigen!

War dieser verdeckte Vorstoß des preussischen Ministerpräsidenten Bülow, für den sich der Reichskanzler Bülow in so bequemer Weise der Verantwortlichkeit vor dem Reichstag entzog, schon überaus kennzeichnend für die eigentümliche Haltung, die die amtlichen Organe der Verfassung des Deutschen Reiches gegenüber einnehmen, so beweist unter anderem eine neuerliche Stellungnahme der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, von welcher Richtung die höchsten amtlichen Organe gegenüber den verfassungsmäßigen Rechten des deutschen Volkes erfüllt sind.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ druckt eingehend und ohne jede kritisch einschränkende Glossen einen Artikel ab, den die „Kreuzzeitung“ über einen kürzlich erschienenen Artikel des Senatspräsidenten Schmüder im „Tag“ veröffentlichte. Der Artikel des Herrn Schmüder nannte sich „Byzantinismus nach unten“ und war von Anfang bis zu Ende ein einziger Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht. Natürlich spendete die „Kreuzzeitung“ diesen ultrareaktionären Ausführungen ihren ungeteiltesten Beifall. Das konservative Organ schließt mit folgenden Sätzen:

„Der Byzantinismus nach unten treibt neuerdings im deutschen Volke in stärkerem Maße als jemals sein Unwesen. Es ist sogar schon so weit gekommen, daß, wer sich vor dem allgemeinen gleichen Wahlrecht nicht beugt, sich den Vorwurf des Verates an der Reichsverfassung gefallen lassen muß. Aber dieselben Leute, die mit diesem Vorwurf am schnellsten bei der Hand sind, verlangen selbst eine Aenderung der Reichsverfassung, indem sie die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle über zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen fordern! — Schmüder verdient Dank für die Deutlichkeit, mit der er den Byzantinismus nach unten gekennzeichnet hat. Leider gibt es Leute genug, die für seine Gefahren wohl Verständnis haben, aber nicht den Mut zeigen, ihn zu bekämpfen, ihn zu bekämpfen. Es wäre erfreulich, wenn sie durch die Darstellung Schmüders sich zur offenen Bekämpfung dieser Gefahren bestimmen ließen.“

Die „Kreuzzeitung“-Mitter verwerfen also nicht nur die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen, sondern sie reißen gleichzeitig das deutsche Reichstagswahlrecht selbst herunter und bezeichnen auch ihrerseits das Eintreten für dieses Wahlrecht als „Byzantinismus nach unten“. Ja, sie geben sich der Hoffnung hin, daß diejenigen, die für die Befahren des Reichstagswahlrechts „wohl Verständnis haben, aber nicht den Mut zeigen, ihn zu bekämpfen“, (gemeint sind, wie aus einer anderen Stelle des Artikels der „Kreuzzeitung“ hervorgeht, gewisse freisinnige und die reaktionären Elemente des Zentrums) sich sogar zur offenen Bekämpfung des Reichstagswahlrechts bestimmen lassen werden!

So ruft das führende Organ der konservativen Partei zum Kampf gegen das Reichstagswahlrecht auf, und das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, brandt diesen von Staatsrechtgelehrten erfüllten Ausfall gegen das Reichstagswahlrecht ohne jede Anmerkung ab, scheint also nicht im mindesten den Anschein, als ob sich ihre Ansicht durchaus mit der des konservativen Klattes decke!

Auch diese unversöhnlichen Wählerlein der reaktionären Staatsrechtler gegen das Reichstagswahlrecht können das Proletariat nur

beranlassen, desto unerwünschter und unwillkürlicher den Sturm auf gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht Preußens fortzusetzen. Die beste Deduktion ist noch einmal der Hieb gewesen! —

## Freisinn und Landtagswahl.

Einige freisinnige Freistimmen verdienen noch nachgetragen zu werden.

Der „Freisinnigen Zeitung“ geht der Erfolg der Berliner Sozialdemokratie nicht minder nahe, wie der „Vossischen Zeitung“. Die Wahlerfolge des arbeitenden Volkes Berlins sind für sie um so schmerzhafter, als sie auf Kosten des Blockfreisinn erfolgt sind und nicht nur die Herren Goldschmidt und Schulz unter den Karren gebracht, sondern die Fraktion der Kopsch und Konforten auch um einen so gleichwertigen Zuwachs gebracht haben, wie ihn der famose Herr Schöler darstellte.

Gleich der ehrenwerten Vossin macht das Wienerblatt seinem Kerger Lust in einer Schimpferei auf die neue Wahlkreiseinteilung in Berlin und Lektow-Deestow und das System der Drittelung der Urwahlbezirke. Die „Frei. Ztg.“ entwirft sich über die „Verfälschung der Städte Schöneberg und Niddorf.“ Seitdem man es erlebt hat, daß das stark bourgeoise Schöneberg durch die Proletarierstadt Niddorf überstimmt worden ist, nimmt der Freisinn Anstoß an dieser „Verfälschung“. Wäre es der erst- und zweiklassigen Minorität in Schöneberg möglich gewesen, die zehntausende proletarischer Wähler trotz des schändlichen Klassenwahlprivilegs niederkommen zu lassen, so würde die „Frei. Ztg.“ in dieser Verfälschung nur einen Akt „ausgleichender Gerechtigkeit“ erblickt haben!

Die „prinzipielle“ Haltung des Wiener-Blattes offenbart sich dann besonders hübsch in dem Klagespiel über die Drittelung nach Urwahlbezirken:

„In der sonderbaren Wahlkreiseinteilung kam als weiteres Hilfsmittel der Sozialdemokratie die Drittelung der Urwahlbezirke, die nicht einmal durch den ganzen Wahlbezirk hindurch eine Gleichmäßigkeit verbürgt, sondern die wunderlichsten und abgeschmacktesten Unterschiede in der Zuweisung der Wähler zu den einzelnen Klassen herbeiführt. Diese Drittelung der Urwahlbezirke hat sich die Sozialdemokratie vorzüglich zu Nutzen machen können. Denn in den äußeren Stadtteilen, wo schon ein geringer Steuerbetrag genügt, um in die 2. und 1. Klasse empor zu steigen, vermochten die Angehörigen jener Partei vielfach ihre Wahlmänner durchzubringen.“

Wenn es also nach dem Blockfreisinn ginge, bekämen wir alsbald wenigstens eine „Reform“ des Dreiklassenwahlrechts: die Drittelung nach Wahlbezirken! Daß dadurch die — wie man wohl schätzen darf — annähernd 200 000 sozialdemokratischen Wähler Berlins, deren fünf Vertreter zugleich noch 300 000 Wähler des Landes mitvertreten müssen, in ihrer ohnehin so schwachen Vertretung noch mehr verkleinert werden würden, kümmert den gesinnungstüchtigen Wiener-Freisinn nicht! Für ihn sind die „wunderlichen und abgeschmacktesten Unterschiede“ in der Klasseneinteilung anstößiger, als die Entrechtung der großen Masse des arbeitenden Volkes! Sein ausgeprägter Gerechtigkeitsinstinkt schlägt vor allem die „Gleichmäßigkeit“, wenn es auch die Gleichmäßigkeit der unangenehmsten, brutalsten Massenentrechtung ist!

Und da behauptete man noch, der Freisinn habe keine „Prinzipien“ mehr!

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt:

„Wenn man noch eines Beweises dafür bedürfte, wie miserabel das preussische Dreiklassenwahlrecht ist, dann ist dieser Beweis durch den Ausfall der preussischen Landtagswahlen wieder einmal zu Genüge erbracht. Nicht als ob nicht auch unter dem Dreiklassenwahlrecht Besseres zu erreichen gewesen wäre; aber daß überhaupt dies Wahlrecht mit seiner ungerechten Abstufung, mit seiner Behinderung für viele, ihrer politischen Ueberzeugung gemäß abzustimmen, es so ungeheuer erschwert und zum großen Teil ganz unmöglich macht, die wahre Stimmung der Wählerschaft zum Ausdruck zu bringen, das gibt den reaktionären, auf ihre äußere Uebermacht gefügten Parteien ein solches Uebergewicht, daß die anderen Parteien im besten Falle nur mit Erfolg rechnen können, die sie um einige Duzend Mandate verstärken könnten. Das wäre diesmal wohl möglich gewesen, wenn für alle diejenigen Parteien, welche ernstlich die Reform des Landtagswahlrechts erstreben, eine einheitliche Frontstellung zu erreichen gewesen wäre. Leider gelang das nicht; die, welche hätten zusammenkämpfen sollen, tritten gegeneinander am bestigsten, und den Vorteil haben die Gegner gehabt. Es ist müßig, im jetzigen Augenblick nochmals die Schuldfrage abzuwägen. Jedensfalls war die Wirkung, daß die Signatur des Landtags keine wesentliche Veränderung erfahren wird, was das Stärkeverhältnis der Parteien anbelangt, wenn auch der Einzug der Sozialdemokratie in den Landtag ein Kobum ist.“

Daß die „Frei. Ztg.“, die jetzt mit pharisäischem Augenaufschlag beklagt, daß es nicht gelungen sei, eine einheitliche Frontstellung aller Freunde einer ernstlichen Wahlreform gegen die Reaktion zu bilden, es für „müßig“ erklärt, „nochmals die Schuldfrage abzuwägen“, gibt verzweifelt wenig Aussicht auf eine Besserung des Blockfreisinn!

War es doch die Blockpolitik, die den Freisinn der Reaktion hebingungslos in die Arme trieb, die ihn, den angeblichen Verfechter der Wahlreform, während des Wahlkampfes zum Jutreiber des Junkertums degradierte und seine Front fast nach rechts, nach links richtete!

Wenn man es trotzdem für „müßig“ erklärt, die Ursachen des liberalen Fäulnisprozesses festzustellen, kann der Verrottung des Freisinnes natürlich kein Einhalt geschehen!

Die Blockgegnerische, den Standpunkt der „Demokratischen Vereinigung“ der Paris-Gruppe vertretende „Voss-Ztg.“ urteilt:

„Die Niederlagen der Freisinnigen Volkspartei in den letzten Wahlen sind Symptome und zugleich Früchte einer faulen Politik. Friedrich Wilhelm IV. sagte einst von der ihm angebotenen deutschen Kaiserkrone, sie trage den „Lubbergeruch der Revolution“ an sich. Das Wahlklagespiel von gestern fördert den Verwesungsgeruch des Blockfreisinnes aus. Was diese Sportgeburten von politischer Kurzsichtigkeit und Grundlosigkeit im letzten Jahre gefügt hat, das hat sie gestern in Berlin geerntet. Der empörte Unwille der Bevölkerung hat das Urteil über die Verlegungen des freisinnigen Programms gesprochen, zu denen sich die „führenden“ Geister des Blockfreisinn in Worten und Taten erniedrigt haben. Alle im Laufe der letzten Monate mit mehr Unerschämtheit als Geschäftlichkeit vorgebrachten Beschönigungen der fortumpeierten Blockpolitik sind fruchtlos gewesen. Die Blockfreisinnige Presse mag die freisinnigen Wähler Berlins für sehr untreu, für sehr leichtgläubig, für sehr gutmütig, für sehr dumm, für sehr blindgläubig, für sehr idiotisch ist

sie doch nicht gewesen, daß sie sich von dem Blockschwindel auf die Dauer hätte überdrehen lassen. Und so hat denn der Blockfreisinn gestern die Quittung erhalten für seinen skrupellosen und würdelosen, systematischen Verrat von Grundfragen, die früher von den besten Volksmännern mit heiligem Ernst und aus innerstem Herzensdrange hochgehalten worden waren. Die Blamage der Parteipresse in der Zimmerfrage ist riesengroß. Freilich, ob sie sich in dem Gefühl ihrer Gottähnlichkeit werden fördern lassen, das ist eine andere Frage. Sie haben in den letzten Monaten die vergifteten Pfeile für ihre Schießübungen nach links lediglich aus den Köchern ihrer konserverbauben Blockfreunde genommen; sie werden vermutlich auch jetzt mit diesen unfaulereu Waffen kämpfen.“

## Die Füllade von Draveil.

Paris, 4. Juni. (Eig. Ber.)

Die Pariser Arbeiterschaft ist über das Blutbad, das die Gendarmen unter den streikenden Arbeitern von Draveil angerichtet haben, in einer Erregung, die um so mehr steigt, je mehr die Details der Begebenheit in die Masse dringen. Für die kapitalistische Presse aller Parteien ist die Schießerei, die einen Toten und sieben Schwerverwundete, darunter einen Sterbenden, zum Opfer gefordert hat, ein bloßer „Zusammenstoß“, und die sogenannte „Informationspresse“ sieht ihre Aufgabe darin, in scheinbarer Unparteilichkeit die begründeten Ausreden der schuldigen Gendarmen als glaubwürdige Darstellung zu präsentieren. Von der ganzen radikalen Presse macht nur der „Rappel“, das Organ der Combisten, gegen das jetzige Regime Front, das in den sozialen Konflikten die Schießwaffe öfter hat zu Worte kommen lassen, als irgend einer seiner Vorgänger.

Das Unglaublichste aber hat diesmal der offiziöse Nachrichtenapparat geleistet. Die amtliche Darstellung sprach sofort von der „Notwehr“, worin sich die Gendarmen befunden hätten. Aus dem Hofhaus, wo die Versammlung stattfand, sei ein Schuß auf sie abgegeben worden und sie hätten erst dann geschossen, als die Arbeiter sie auf der Straße umzingelt und mit Steinen bombardiert hätten. Durch die Fenster sei überhaupt nicht geschossen worden. Aber dem stehen die Aussagen durchaus unbefangener Zeugen, bürgerlicher Dräbwohner, entgegen. Auch ist es höchst unwahrscheinlich, daß in dem Fall, daß wirklich ein Arbeiter eine Schußwaffe gehabt hätte — was aus dem entschiedensten bestritten wird — er in dem folgenden Getümmel keinen Gebrauch davon gemacht hätte. Aber es besteht ein sehr dringender Verdacht, daß der Ueberfall auf die Arbeiter geplant war. Vier Arbeiter haben gehört, daß ein Gendarmenwachtmeister zu seinen Leuten gesagt hat: „Die Streikenden wollen Blut, sie sollen es haben!“ Die verübte Verhaftung, die die Veranlassung der Füllade wurde, wäre demnach nur der gesuchte Vorwand gewesen. Und über die eine Tatsache kommen auch die kunstvollsten offiziellen Reinschönungsversuche nicht hinweg, daß die Gendarmen in den gefüllten Versammlungsraum eindringen wollten, wo sie doch, wofern sie wirklich nur die Verhaftung vornehmen wollten, ganz gut bis zum Schluß der Versammlung hätten warten können.

Die Enttötungskundgebungen in der Arbeiterschaft mehren sich. Nach der Verwaltungskommission der gemeinsamen Partei, die eine Resolution beschlossen hat, tritt die Arbeiter-Lonföderation mit einem Manifest hervor, das den Titel „Die Wärderegerung“ hat — denselben, den sie über ihr Manifest nach der Füllade von Marbonne gesetzt hat und der den Anlaß des mißglückten Prozesses gegen sie geworden ist. Das Manifest fordert die Arbeiterschaft zu Kundgebungen gegen die Regierung auf. Welche Form sie annehmen werden, ist noch nicht bestimmt. Die erste Manifestation hat heute in Draveil selbst stattgefunden. Ueber 6000 Pariser Arbeiter waren in Extrazügen hinausgefahren, um am Zeichenbegniss des erschossenen Lefol teilzunehmen. Am Sonnabend wird im Manege Saint-Paul, dem größten Versammlungsraum von Paris, ein Protestmeeting abgehalten. Es besteht eine deutliche Stimmung zugunsten eines eintägigen Generalstreiks.

Die Kammer wird sich morgen mit dem Ereignis beschäftigen. Die Deputierten Argelies und Dalimier, in deren Wahlkreis das Streikgebiet liegt, werden eine „Anfrage“ an den Minister des Innern richten. — Zu einer Interpellation ist den radikalen Herren der Vorfall wohl zu unbedeutend. Unsere Genossen werden natürlich interpellieren. Clemenceau hat vorläufig verfügt, daß die schuldigen Gendarmen — nicht etwa verhaftet, sondern nur von anderen abgelöst würden. Die Nachfolger aber scheinen es auch nicht besser zu treiben. Die „Humanité“ beklagt sie heute der verübten Zeugenbeeinträchtigung.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Juni 1908.

### Die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten.

In dem eben erschienenen Vierteljahrheft zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Sie behandelt wiederum die Ausgaben, Einnahmen, wichtigere Bestandteile des Staatsvermögens sowie die Schulden. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Vorschläge auf das Rechnungsjahr 1907, für die Staatsrechnungen auf das Rechnungsjahr 1905.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Vorschlägen der Bundesstaaten 4986 Millionen Mark (darunter 158 außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 7746 Millionen Mark (darunter 415 außerordentliche). Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4967 Millionen Mark, bei Reich und Bundesstaaten auf 7727 Millionen Mark; davon sind außerordentliche Einnahmen (aus Grundstod, Anleihen und sonstigen Staatsfonds) 142 bezw. 400 Millionen Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 241 Millionen Mark in Ausgabe und 3355 Millionen Mark in Einnahme an erster Stelle. Der Hauptanteil hiervon entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 1790 bezw. 2483 Millionen Mark in Ausgabe und Einnahme. Der Rest verteilt sich auf die Domänen, Forsten, Bergwerke, die Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe. Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An Zöllen, Aufwands- und Verlehrssteuern erhebt das Reich 1351, die Bundesstaaten 185 Millionen Mark, letztere außerdem an direkten Steuern 524 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestand-

teile erbracht werden. Neben Ueberflüssen früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 758 454 Hektar, an Forsten 4 955 603 Hektar. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 51 141 Kilometer und ein Anlagekapital von 14 110 Millionen Mark.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1907 für die Bundesstaaten auf 12 887, für das Reich auf 3844 Millionen Mark, die schwebenden Schulden betragen insgesamt 233 Millionen Mark, sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (190) und Hamburg (51 Millionen Mark).

### Die gesoppten Beamten:

Unter der Stichmarke „Die wegbleibenden Teuerungszulagen“ schreibt die „Voss-Ztg.“: „In Stettin, Frankfurt, Potsdam reißt sich in unserer Weichherbste aus unserem Abonnentenkreise nun auch der Regierungsbegirt Erfurt an. Von dort schreiben und Lehrer und Lehrerinnen, daß sie bis heute vergebens auf die Teuerungszulagen gemartet haben!“

Aber weiter! Auch in den Kreisen der Reichsbeamten vernimmt man schmerzlich die noch nicht eingetroffene Teuerungszulage. Weder im Reichsamt des Innern noch im Reichsverwaltungsamte hat bisher eine Auszahlung stattgefunden. Dabei sollte das Geld schon vor der Landtagswahl gezahlt werden. Die Beamten haben jetzt sicher mit dem Gelde gerechnet. Mancher kommt durch das Ausbleiben in peinliche Verlegenheit. Woran liegt die Verzögerung? Muß denn alles im Schneidengang gehen?“

Daß man die Auszahlung, die man mit Rücksicht auf die Landtagswahl am 1. Juni auszusahlen versprochen hatte, so sträflich verzögert, ist allerdings eine arge Fopperie der ohnehin seit Jahren so unversoreten gesoppten Beamten! —

### Auch in Gotha Sieben!

Gotha, 5. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das siebente Landtagsmandat ist in der Stichwahl im Wahlkreis Sieben von der Sozialdemokratie gewonnen worden.

### Das interkonfessionelle Zentrum.

Das Zentrum will um jeden Preis der Welt beweisen, daß es eine nichtkonfessionelle Partei ist. Deshalb hat es jüngst in Köln einen Protestanten und Freimaurer in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und aus demselben Grunde erkennt es der Zusangeschen „Westdeutschen Volkszeitung“, die nicht von dieser Interkonfessionalität wissen will, den Charakter als Zentrumorgan ab.

Herr Fuzangel in Hagen, der Verleger der „Westf. Volksz.“, kündigt in seinem Blatte an:

Weil der Verleger Fuzangel sich entschieden geweigert hat, ein Schriftstück zu unterzeichnen, in welchem er anerkennt sollte, daß das Zentrum eine interkonfessionelle Partei sei, ist der „Westdeutschen Volkszeitung“ der Charakter als Zentrumorgan aberkannt worden.

Eine sonderbare Methode. Selbst wenn Herr Fuzangel den Zentrumsführern auf zwanzig Stempelbogen befehligen würde, das Zentrum sei interkonfessionell, würde kein vernünftiger Mensch diese Behauptung glauben. —

### Auch eine Reform!

Ueber die Pläne auf Veränderung der Fahrkartenteuerer erfährt der „Bayerische Kurier“ zu München aus angeblich besser Quelle, daß die Stäffeler der Steuer fortzuführen soll, daß man jede Fahrkarte unter 2 Mark steuerfrei lassen will und daß man für alle Fahrarten einen festen Stempel einführen plane. Ob dieser für alle Klassen gleich sein soll, sei noch nicht entschieden. Die „Reform“ würde danach darin bestehen, daß man die Reisenden der ersten und zweiten Klasse entlastet und die der vierten Klasse belastet! —

### Die „gründliche Reinigung“.

Wegen Verjährung ist Graf Hohenau vor dem Kriegsgericht von der Auflage des Mißbrauchs Untergebener und Vergewaltiger wider § 175 freigesprochen worden. Vom Ehrengericht ist er, wie jetzt bekannt wird, „mangels ausreichender Beweise“ freigesprochen worden.

Verjährung einerseits, unzureichende Beweise andererseits — wie reimt sich das zusammen? Nicht nachgewiesene Taten können zweifellos nicht verfahren.

Der Spruch des Ehrengerichts erhält dem deutschen Offizierkorps einen Hohenzollernproh und läßt diesem Hohenzollernproh eine Pension von etwa 10 000 Mark!

Man nennt das in Einem: Gründliche Reinigung!

### Die Antwort der welfenbunischen Regierung.

Die Regierung des Oböberrheinlandes hat auf die Verwerfung ihres famosen Verfassungsreform-Entwurfs durch die Ritterschaft eine kräftige Antwort gegeben. Sie hat den außerordentlichen Landtag vertagt — bis auf weiteres! —

### Veranschuldung der preussischen Landkreise.

Das Heft 205 der Preussischen Statistik bringt eine Reihe interessanter Angaben über die Schuldenlast der preussischen Landkreise im Jahre 1908.

Die Gesamtschuldenlast erreicht am Schlusse dieses Jahres eine Höhe von 867,75 Millionen Mark oder 13,79 M. auf den Kopf der Bevölkerung, und zwar in

Hohenzollern	2,04 M.	Hannover	12,18 M.
Hessen-Nassau	4,32	Sachsen	15,77
Rheinland	5,94	Baden	17,70
Sachsen	7,93	Pommern	19,88
Westfalen	9,23	Westpreußen	24,48
Schlesien	12,16	Brandenburg	27,24

Schleswig-Holstein 30,80 M.  
Die Veranschuldung der Kreise ist also im Osten der Monarchie wesentlich höher als im Westen. Fast alle Schulden, nämlich über 90 Proz., waren Anleihschulden (854,36 Mill.). Gänzlich schuldenfrei waren am 31. März 1904 52 Landkreise, d. h. mehr als der zehnte Teil. Von ihnen entfielen 1 auf Schlesien, 2 auf Pommern, 3 auf Westfalen, 5 auf Brandenburg, 6 auf Sachsen, je 11 auf Hannover und die Rheinprovinz und 13 auf Hessen-Nassau. Für Schuldenzinsen brachten die Landkreise im Berichtsjahre 11,6 Mill., für die Tilgung 13,76 Millionen Mark auf, also 0,45 bis 0,58 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Durch Milderung ermäßigten sich die Zins- und Tilgungsbeträge auf zusammen 0,88 M. pro Kopf.

Die Gesamtausgaben der Landkreise beliefen sich auf 183,62, ihre Einnahmen auf 104,93 Mill. M. Darunter waren 48,23 bezw. 54,30 Millionen aus außerordentlichen Ausgaben bezw. Einnahmen. Bei letzteren rührten 44,29 Millionen aus der Aufnahme von Anleihen her. An den Gesamtausgaben waren beteiligt die Landkreise der Provinz:

Brandenburg	27,1 Mill. M.	Schleswig-Holstein	13,5 Mill. M.
Sachsen	26,2	Sachsen	12,7
Rheinprovinz	16,9	Sachsen	12,6
Baden	16,2	Pommern	10,0
Westpreußen	14,8	Hessen-Nassau	5,7
Hannover	14,2	Hohenzollern	0,8
Westpreußen	13,6		

Zur politischen Anebelung dienen die Wohlthätigkeitsanstalten der Unternehmer. Dies kann den Arbeitern nicht oft genug gesagt und

**Bewiesen werden.** Die Firma Köhling in Althausen in Lothringen hat zur Unterstützung aller Arbeiter einen Fonds von 10 000 M. gestiftet. Kürzlich erhielten nun einige Arbeiter aus diesem Fonds Unterstützung, ein 70jähriger Arbeiter, der 48 1/2 Jahre im Dienste der Firma stand, ging leer aus. Auf seine Frage erhielt er von der Direktion die Antwort: „Sie haben bei der letzten Reichstagswahl schwarz gewählt. Der Herr Kommerzienrat Köhling verlangt, daß seine Leute liberal wählen. Gehen Sie zu ihren schwarzen Brüdern und lassen Sie sich dort die Unterstützung zahlen.“

Das ist das wohlthätige Unternehmertum, wie es selbst und lebt. Ob blau oder schwarz, wenn die Arbeiter sich politisch nicht knebeln lassen, dann ist es mit aller „Wohltat“ aus, und wenn der Arbeiter auch ein ganz Menschenalter den Reichtum des Unternehmers vermehren half. —

### Die Opfer einer Ausweisung.

Weil seine Tochter, ein 12jähriges Kind, sich „lästig“ gemacht, sie hatte irgendwas sorgenommen, erhielt der Fabrikarbeiter Soerland in Düsseldorf, ein geborener Holländer, vor Oftern die Aufforderung, Preußen zu verlassen. Soerland wohnte schon 18 Jahre in Düsseldorf und war länger als 12 Jahre dort verheiratet. Er konnte nicht glauben, daß die Aufforderung ernst gemeint sei, denn als man ihm die Mitteilung machte, daß sein Kind sich fremde Sachen angeeignet hatte, ersehnte er sofort den Schaden und sandte seine Tochter nach Holland zu Verwandten. Durch Vermittelung des Arbeitersekretärs in Düsseldorf gelang es dem Soerland, von der Polizei wenigstens das Versprechen zu erhalten, daß die Sache untersucht würde. Dem Manne wurde dann erklärt, daß seine Frau von dem Treiben seiner Tochter Kenntnis hatte, deshalb müsse die Ausweisungsbefehl ausgeht erhalten werden.

Die Frau nahm sich Karfreitag aus Scham das Leben! Der Polizei war vorher schon mitgeteilt worden, daß sie im Irrtum sei. Es muß sich die Unschuld der Frau dann auch wohl herausgestellt haben, denn am Tage vor Oftern erhielt Soerland ein Schreiben, daß er bleiben könne. Der Mann war aber durch den Tod seiner Frau in einen Zustand fortwährender Aufregung gekommen, und dieser Tage griff auch er zum Strick! Mit rauher Faust griff hier die Polizei in ein glückliches Familienleben und zerstörte es von Grund aus. In nächster Zeit werden wir wohl erfahren, daß die fünf elternlosen Waisen, alles noch kleine Kinder, als „lästige Ausländer“ über die Grenze transportiert werden! Das ist dann das Ende einer preussischen Polizeifaktion. —

### Zum Fall Graf Wedel

wird mitgeteilt, daß der Graf nicht ins Ausland gegangen ist, sondern sich auf einem Gut in der Mark Brandenburg befindet.

### Frankreich.

#### Der Arbeitermord von Vigneux.

Paris, 5. Juni. Die in der Kammer eingebrachten Interpellationen über die jüngsten Ereignisse in Vigneux wurden mit 435 gegen 94 Stimmen bis zum Donnerstag zurückgestellt, da Clemenceau erklärte, er habe noch nicht alle Unterlagen, die er zur Beantwortung brauche. Aus den Reihen der aufs heftigste protestierenden äußersten Linken fiel der Zwischenruf: Es leben die Mörder.

### Die Ehrung Zola's.

Paris, 4. Juni. Im Pantheon war der Sarg mit der Leiche Zola's auf einem großen Katafalk aufgebahrt. Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortrag der Marschälle und anderer anderer Musikstücke. Dann hielt Unterrichtsminister Doumergue im Namen der Regierung eine Rede, in der er ausführte, das Parlament habe dem Gedächtnis des großen Bürgers eine Huldigung darbringen wollen, der nicht gezögert habe, in einer tragischen, schmerzlichen Stunde seine Ruhe, sein Wohagen, seine Freiheit zu opfern, um eine Pflicht zu erfüllen, die ihm von seinem nach Gerechtigkeit und Wahrheit verlangenden Gewissen diktiert wurde, und der sich so viele Bürger entgegen. Zola habe den ersten Platz unter den ersten Verteidigern der Gerechtigkeit eingenommen, er habe laut die Wahrheit ausgerufen, die er ganz gekannt habe, er habe auf Irrtümer, Lügen und Ungerechtigkeiten aufmerksam gemacht, ohne jemals zu verzweifeln. Zola habe den Haß und die Verleumdung kennen gelernt; die Verurteilungen und die Wut der Masse, die Bitternisse des Exils und der Flucht. Er sei gestorben, ehe der Gerechtigkeit voll Genüge geschehen sei, und er habe nur die Strahlen des siegreichen Morgenroths durchschimmern sehen. Die Ehre und die Dankbarkeit, die Zola von der Nation erwiesen würden, seien frei von jedem Gedanken an Nebenbanc und Herausforderung, obgleich diejenigen immer noch zornig grölten, die auf der Seite der Lüge und Ungerechtigkeit ständen; diese könne die Nation nur bemitleiden. In den Schlachten werde die Volkseele gestärkt. Doumergue sprach schließlich die Ueberzeugung aus, daß die Zukunft die Zola erwiesene Huldigung gutheißen und sich ihr anschließen werde.

### Das Attentat auf Drexfus.

Paris, 4. Juni. Zu dem gegen Major Drexfus verübten Anschlag sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Gregory, der 73 Jahre alt ist, welcher unter dem Namen Gregoire seit langen Jahren für „Gaulois“ und für „France Militaire“ schreibt und Vorsitzender des Vereins der militärischen Presse ist, wohnte der Feier im Pantheon auf der Journalistentribüne bei. Als Drexfus sich anschickte, mit seiner Familie und Frau Zola das Pantheon zu verlassen, eilte Gregory ihm nach und feuerte einen Revolver schuß hinter Drexfus ab. Drexfus wandte sich um und erhob instinktiv den rechten Arm wie zum Schutze. Nur diesem Umstande hatte Drexfus es zu danken, daß er keine schwere Verletzung davontrug, denn Gregory feuerte noch aus unmittelbarer Nähe einen zweiten Schuß ab, welcher Major Drexfus tief in den rechten Vorderarm eindrang. Mathieu Drexfus, der Bruder des Majors, packte Gregory am Hals. Der Täter sagte ruhig: Der Revolver ist nicht geladen, ich schloß blind, es ist mir bloß um eine Demonstration zu tun. Mathieu Drexfus ließ Gregory los und suchte ihn gegen die erbitterte Menge zu schützen. Gregory ist ein ehemaliger Mittelschulprofessor, er wohnte wiederholt als Berichtserklärer auch den deutschen Herbstmanövern bei. In nationalistischen Kreisen gibt man sich der Hoffnung hin, daß der Schwurgerichtspräsident gegen Gregory, welcher zweifellos wegen Mordversuchs angeklagt werden wird, Gelegenheit zu einer Art Gegenreaktion des vom Kassationsgerichtshof verurteilten Freispruchs des Majors Drexfus geben werde. Infolge von Schmährufen gegen Zola und die Regierung wurden nach der Feier im Pantheon auf dem Boulevard Saint Michel etwa hundert Leute verhaftet.

Paris, 4. Juni. Der Untersuchungsrichter verhörete heute mehrere Zeugen, u. a. auch Mathieu Drexfus, den Bruder des Majors. Die Zeugen waren der Meinung, daß Drexfus durch den zweiten Schuß, den Gregory abgab, verletzt wurde. Man fand noch in dem oberen Teil des Rückens von Drexfus Spuren einer Kugel und die Ärzte stellten heute nachmittags an der Schulter Drexfus' eine Verletzung fest, welche von der ersten Kugel herühren muß, die in den Blumen, welche den Katafalk umgaben, gefunden wurde.

### Das Schmerzensgeld.

Paris, 5. Juni. Der Kriegsminister Picquard wird, wie die „Aurore“ meldet, im heutigen Ministerrat den Vorschlag einbringen, Drexfus zum Offizier der Ehrenlegion zu ernennen. —

### England.

#### Der Besuch bei dem Zaren.

London, 5. Juni. Der Eindruck der gestrigen Sitzung des Unterhauses ist in wirklich liberalen Kreisen ungünstig und man zollt den Sozialisten heimlich Beifall, daß sie sagten, was die Wahrheit denke. Besonders wundert man sich, daß Sir Edward Grey in den russischen Verhältnissen eine Besserung sieht, während die Presse täglich genaue Statistiken über die von den Richtern und Jenseitern des Zaren vollzogenen Todesurteile veröffentlicht.

### Rußland.

#### Das der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Man schreibt uns aus Petersburg, 1. Juni: Gestern hat, wie bereits gemeldet, die Duma-majorität mit 177 gegen 109 Stimmen den Sozialdemokraten Kossorotow aus der Duma ausgeschlossen, weil er angeklagt ist, einige Tage vor der Eröffnung der Duma eine „aufreißerische“ Rede gehalten zu haben. Anfang Juli steht sein Prozeß bevor, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er vom „unabhängigen“ russischen Gericht verurteilt werden wird. Das gleiche Schicksal steht allem Anschein nach auch dem Sozialdemokraten Kirichangew bevor, gegen den die gerichtliche Untersuchung schon eingeleitet ist. Es kann also erwartet werden, daß, wenn die Herrenduma längere Zeit existiert, alle Sozialdemokraten allmählich der Regierung ausgeliefert werden. —

Was die inneren Fraktionsverhältnisse betrifft, so sei auf folgendes hingewiesen. Eine ganze Reihe russischer und ausländischer Blätter übernahmen aus der „Wirshewija Bedomosti“ die sensationell zugespitzte Nachricht, daß die sozialdemokratische Fraktion aus der Duma ausscheiden wolle. Dem gegenüber bin ich in der Lage zu erklären, daß diese Nachricht vollkommen aus den Fingern gezogen ist. Allerdings wurde diese Frage in den Kreisen der Fraktionsmitglieder in privaten Unterredungen berührt, sie war aber kein einziges Mal Gegenstand einer ernstlichen Besprechung in der Fraktion. —

### Persien.

#### Die Flucht des Schahs dementiert.

London, 5. Juni. Eine Meldung des Reuterschen Bureau aus Teheran von gestern besagt, daß die parlamentarischen politischen Klubs mit der Entlassung von sechs beim Volke nicht beliebten Hofleuten aus der Umgebung des Schahs nicht zufrieden sind, sondern ihre Verbannung fordern. Der Schah hat gestern vormittag Teheran verlassen, um sich nach seiner Sommerresidenz zu begeben, wie er es alljährlich, wenn auch früher als im Juni, zu tun pflegt. Die diesjährige Verzögerung seiner Ueberriedelung wird dem am 28. Februar gegen ihn verübten Bombenschlag zugeschrieben. Die persischen Kreise in London erklären das Gerücht, daß der Schah außer Landes geflohen sei oder eine Flucht beabsichtige, für vollkommen unbegründet.

### Japan.

#### Der Aufstand in Korea.

Soul, 5. Juni. In den letzten Tagen haben zwischen japanischen Truppen und Koreanischen Insurgenten eine Reihe von Gefechten stattgefunden, bei denen 372 Insurgenten getötet und 55 gefangen genommen worden sind. Die japanischen Verluste sind nicht bekannt.

### Marokko.

#### Die unermüdblichen Gesandten.

Paris, 5. Juni. Dem Minister des Reuterschen Bureaus wurde durch ein Schreiben der Gesandten Mulay Hafids vom 4. Juni mitgeteilt, daß dieser in kurzer Zeit seinen feierlichen Einzug in Fes halten werde, nachdem er seine Herrschaft über ganz Marokko durch die Niederlage der Mahalla von Wuchia Ben Bagdadi festgesetzt habe. Die Gesandten erneuern das Anerbieten Mulay Hafids, in freundschaftliche Verhandlungen mit der französischen Regierung einzutreten und betonen von neuem seinen Wunsch, alle mit den Mächten abgeschlossenen Verträge zu erfüllen.

### Neuerlicher Aufschub.

Paris, 5. Juni. Die letzten aus Fes und Reines in Tanger angelangten Nachrichten besagen, daß der Marsch Mulay Hafids nach Fes auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben ist.

## Gewerkschaftliches.

### Fängnisgefang.

Den Arbeitern der Firma Ludwig Löwe wurde eine recht unangenehme Ueberraschung durch folgende Bekanntmachung:

29. Mai 08.

1. Mit Rücksicht auf die ungünstige Lage der Geschäfte wird denjenigen Arbeitern, die in Stundenlohn stehen, von Montag, den 1. Juni, ab die einviertelstündige Pause von 7 1/2 bis 12 Uhr nicht mehr als Arbeitszeit bezahlt werden.

Diejenigen Leute, die hiermit nicht einverstanden sind, wollen sich am Sonnabend, den 30. Mai, als entlassen betrachten.

2. Erhöhungen der jetzt geltenden Stundenlohnsätze sind nur noch mit Zustimmung der Direktion gestattet.  
Berlin, den 29. Mai 1908.

Die Direktion.  
(Zwei Unterschriften.)

Kurz und bündig: Wer den Schmachtriemen nicht enger schnallen will — fliegt hinaus. Das nennt man im Reich der fortgeschrittensten Sozialpolitik: Arbeiterfürsorge.

### Berlin und Umgegend.

Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. (Zentrale Berlin) hielt Donnerstag in Freyers Festhallen, Kopenstraße, eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Zoller-Hamburg sprach über: Die diesjährige Lohnbewegung und deren Resultat für das Malergewerbe. Er schilderte Vorgänge aus der Malerbewegung der letzten Jahre und kam zu dem Schluß, daß es ziemlich unerheblich sei, ob ein Tarif im Malergewerbe zur Zeit der Flau oder zu anderer Zeit ablaufe. Man könne zu eigenem Vorgehen warten bis zur günstigen Zeit, und die Erfahrungen hätten gelehrt, daß Ausperrungen durch die organisierten Arbeitgeber, die das verhindern sollten, ins Wasser fielen. Es komme immer darauf an, wie die Organisation der Arbeiter dasche. Eingehend behandelte Redner die Vorgesichte der Bekannten diesjährigen Berliner Verhandlungen und diese Verhandlungen selbst, sowie ihr Resultat. Nachdem der Schiedspruch von beiden Seiten anerkannt worden sei, habe sich eine Streitfrage heraus-

gestellt, die noch der Erledigung harre. Es handele sich um die Bestimmung, die unter gewissen Voraussetzungen eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. im fraglichen Lohngebiete vorsehe. Die Arbeitgeber meinten, die Zulage sei nur den bestehenden Mindestlöhnen zuzuschlagen, nicht aber als allgemeine Lohnaufbesserung gedacht. Demnach bestritten die Herren, daß Kollegen, die schon mehr als die Minimallohne erhielten, Anspruch darauf hätten. Die Arbeitervertreter vertraten jedoch den entgegengelegten Standpunkt. Man habe sich beschwert und die Arbeitgeber hätten erklärt, sich einem weiteren Schiedspruch zu unterwerfen. Zum Schluß seiner Ausführungen ging der Referent auf die Tarifverhältnisse Berlins ein. Mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse im Beruf empfahl er, den Tarif nicht zum 31. Dezember 1908 zu kündigen, so daß er am 31. Dezember 1909 erst ablaufen würde. Dann würde man sich darauf vorbereiten können, mit Nachdruck Forderungen zu vertreten, und zu kündigen hätte doch nur einen Zweck, wenn man dies könne.

Nach einer Diskussion wurde gegen die Stimmen einer kleinen Minderheit folgende Resolution angenommen:

Die Filiale Berlin stimmt der Verlängerung des Berliner Tarifs bis zum 31. Dezember 1909 zu unter der Bedingung, daß der Hauptvorstand schon jetzt erklärt (das geschah durch Zoller), daß er bei Abfassung des zu erwartenden Normaltarifs auf keinen Fall einer Leistungsklausel zustimmt, welche den Minimallohn illusorisch macht.

Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress in Hamburg wurde Jakobkeit gegen nur vereinzelte Stimmen gewählt.

Zentralverband der Dachdecker. In einer am 4. Juni abgehaltenen regelmäßigen Mitgliederversammlung gaben die Delegierten den Bericht von dem in Mannheim stattgefundenen Verbandstage. Da hierüber schon im „Vorwärts“ ausführlich berichtet wurde, erübrigt sich eine nochmalige Wiedergabe.

In der nachfolgenden ausgedehnten und ziemlich erregten Debatte mißbilligten fast sämtliche Redner die gefassten Beschlüsse des Verbandstages. Die Erhöhung der Beiträge sowie die Einführung der Kranken-, Reise- und Umzugsunterstützung, deren Notwendigkeit in Zweifel gezogen wurde, unterstanden einer scharfen Kritik. Allenfalls kam die Ansicht zum Ausdruck, daß an Stelle der oben genannten Einrichtungen eine Arbeitslosenunterstützung dringlicher und vorteilhafter gewesen wäre. Desgleichen wäre die Neuerung, das Verbandsorgan von 1909 ab wöchentlich erscheinen zu lassen, verurteilt. Die Festsetzung des Verbandstages, die dem Zentralvorstande das Recht einräumt, künftig bei Streiks die Höhe der Zuschüsse aus den örtlichen Lokalfonds zu bestimmen, entfiel eine erteilte Diskussion. Eine vorgelegte Resolution, in der die Berliner Ortsverwaltung dem Verbandstage ihre Zufriedenheit mit dem geleisteten Arbeiten ausdrückt, wird mit überwiegender Majorität abgelehnt. Vorstehender Bericht ist ebenfalls mit dem Resultate des Verbandstages nicht zufrieden, in der Frage des Lokalfonds sei es auch nicht nach seinem Wunsche gegangen. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung hätte auch er deren Einführung gern gesehen, doch läge zurzeit diese Möglichkeit wirklich nicht vor. Das einzig gute sei die Krankenunterstützung, alles andere hätte der Verbandstag weglassen können, dann hätte sich auch die Erhöhung der Beiträge vermeiden lassen. Die Frage der Beitragserhöhung selbst, die als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stand, betingte noch eine längere Diskussion. Doch wurde der Antrag, die Beiträge für Berlin auf 85 Pf. wöchentlich zu erhöhen, angenommen. Am 11. d. M. findet eine Versammlung der im Dachdeckerberuf beschäftigten Hilfsarbeiter statt.

Achtung, Metallarbeiter! Wegen Preisreduzierungen haben die Schlosser bei der Firma Tenner, Lehrter Straße 18/19, die Arbeit niedergelegt.

Die Kollegen ersuchen wir, diesen Betrieb zu meiden. Die Firma Tenner ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Differenzen sind für unsere Verbandsmitglieder gesperrt: Wildmann, Greifswalder Straße 208; Schnupp, Marienburger Straße 6. Gezeigt: Weh, Rantewellstraße 80; Fröhlich, Mulackstr. 28. Am zweiten Feiertag, in der Zeit von 8—10 Uhr, melden sich die Mitglieder im Bureau, zwecks Kontrolle.

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin, Hofenthaler Straße 57.

### Deutsches Reich.

Achtung, Glaschleifer (Fassetten-Schleifer). Bei der Firma Ehr. Wichmann, Hamburg, haben sämtliche Schleifer gekündigt. Die Firma hat einen organisierten Hilfsarbeiter, der das Anstimmern, Schleiferarbeiten zu verrichten, ablehnt, sofort entlassen. Wir bitten den Zugang nach Hamburg streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

J. A.: A. Luz, Hamburg 6, Alststraße 7, IV.

Die Barbiergehäufsperr in Romawes aufgehoben. Die Verhandlungen mit dem Vorstände der Barbier-, Friseur- und Perückenmacherinnung Potsdam und Umgegend vom 4. Juni bewirkten eine Erklärung des Obermeisters Herrn E. Pabst, daß den Gehilfen, welche dem Verbände der Friseurgehilfen beitreten wollen, nichts in den Weg gelegt wird und Entlassungen wegen der Verbandszugehörigkeit nicht erfolgen werden.

Auf Grund dieser Erklärung beschloßen unterzeichnete Vorstände, die Sperre aufzuheben und dies hiermit bekanntzumachen. Der Verband behielt sich vor, der Arbeiterschaft die Geschäfte mit organisierten Gehilfen besonders zu empfehlen.

Der Vorstand des Gewerkschaftsartells der Verbände der Friseurgehilfen Romawes. Der Vorstand Deutschlands.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein lobenswerter Beschluß.

Paris, 5. Juni. (B. L. W.) Die Kammer hat mit 400 gegen 107 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Legitimierung im Ehebruch erzeugter Kinder angenommen.

### Der Petent mit dem Revolver.

Budapest, 5. Juni. (B. L. W.) Im Handelsministerium überreichte heute der Tischlermeister Alexander Usahay eine Eingabe, in der er sich über die Geschäftstätigkeit der Pfandleihanstalten beschwerte. Als ihm der Staatssekretär des Handelsministeriums, Zsgerent, erklärte, daß dieses Geschäft schon im vorigen Jahre überreicht worden sei, daß die eingeleitete Untersuchung aber zu keinem Ergebnis geführt habe, zog Usahay einen Revolver und schoß sich in die Brust! Die Kugel durchbohrte die Lunge. Usahay wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht.

### Unwetter.

Vena, 6. Juni. (B. L. W.) Ein mit Sturm und Hagel verbundenen Unwetter, das heute nachmittags über die Stadt und Umgegend niederging, hat namentlich im oberen Saale-Tale furchtbare Verwüstungen angerichtet. In Ruita wurde vom Wollenbruch die Ober-Mühle zur Hälfte weggeschwemmt. Bei Burgau wurde vom Sturm eine Feldheune weggeführt. In der ganzen Umgegend wurden viele Dächer abgedeckt und durch Hagel Fenster eingeschlagen, Bäume wurden entwurzelt und Telegraphenstangen umgeworfen.

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1907.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat soeben den 10. Jahresbericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1907 herausgegeben. Es ist eine stattliche Broschüre mit 146 Seiten Text und Tabellen über Mitgliederbestand, finanzielle Leistung der Gewerkschaften, Streiks usw. Der zweite Teil enthält den Bericht des Sekretariats. Auch in diesem Teile findet der Sozialpolitiker Materialien über die Arbeiterversicherungsgeetze (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung).

Wie gleich vorweg gesagt sein soll: Wenn der Bericht auch keine Zunahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, vielmehr einen schmerzlichen Mitgliederverlust konstatieren muß, kann man mit der Arbeit und dem Erreichten der Berliner Gewerkschaften, unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, zufrieden sein. Obwohl in einer ganzen Reihe von Industriezweigen sich der Niedergang der Konjunktur unzweifelhaft bemerkbar machte, so steht als Kampfesjahr 1907 hinter den Vorjahren nicht zurück. Leider haben Zersplitterungsbestrebungen nicht endgültig beseitigt werden können. Indessen ist anzunehmen, daß das Jahr 1908 auch in dieser Beziehung endgültig freie Bahn schaffen wird.

Erfreulich ist es, daß eine der größten Vorkriegsorganisationen, der „Verein Berliner Hausdiener“, die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Berufsangehörigen zu einer kraftvollen Organisation erkannte und sich dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter angliederte. Die Mitgliederzahl der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen betrug Ende des Vorjahres 235 980 gegen 252 069 Ende 1906. Das ist ein Verlust von 16 089 Mitgliedern. Verlust an Mitgliedern haben zu verzeichnen: Bauarbeiter 4996, Maurer 4800, Holzarbeiter 3845, Zimmerer 1157, Maler 949, Töpfer 824, Glaser 274, Bildhauer 264, Stukkateure 252, Tapezierer 197, Stein- und Marmorarbeiter 76, Dachdecker 48, Handels- und Transportarbeiter 2532, Fabrik- und Hilfsarbeiter 885, Wäschearbeiter (Sektion im Schneiderverband) 1232. Dann folgen mit ganz geringen Verlusten: Buchdruckerhilfsarbeiter (Sektion 5), Gärtner, Glaschleifer, Hofenarbeiter, Handlungsgeschäften, Krankenschwestern, Kupfer- und Schmiedearbeiter (Sektion 1 und 2), Maschinisten und Heizer, Mühlenarbeiter, Fotografen, Sattler, Schirmmacher und die Hutmacher. Insgesamt sind 33 Organisationen von dem Mitgliederverlust betroffen.

Eine Mitgliederzunahme haben 25 Gewerkschaften zu verzeichnen. An erster Stelle stehen hier die Textilarbeiter mit 1085; dann folgen die Steinseher mit 676, die Buchdrucker-Hilfsarbeiter mit 639, Buchdrucker mit 561, Metallarbeiter mit 519, Buchbinder mit 349, Wäcker mit 316 und die Schneider mit 300. Eine auffällige Erscheinung ist die Fluktuation. 101 296 Mitglieder, darunter 12 006 weibliche, werden als ausgetreten beim abgelaufenen Jahre 1907 ein Mehr von 35 122 gegen 1906. Ganz besonders trag ist die Fluktuation bei den Bauarbeitern und bei den Berliner Hausdienern (Sektion des Handels- und Transportarbeiterverbandes). Die letztere Organisation hat bei 9993 Mitgliedern 11 925 Neuaufgenommene und die der Bauarbeiter bei 6427 Mitgliedern 4631 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Fast noch größer ist die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern. Wir zählen deren 16 982. Im Jahre 1907 sind 11 307 ein- und 12 906 ausgetreten, demnach sind 1599 Personen mehr als eingetreten.

Interessant gestaltet sich das Stärkeverhältnis der Organisationen. An erster Stelle steht der Deutsche Metallarbeiterverband mit 63 109 Mitgliedern, ihm folgt der Handels- und Transportarbeiterverband mit 31 200 und der Holzarbeiterverband mit 24 206, die Maurerorganisation mit 11 124, der Buchdruckerverband mit 8838, die Organisation der Schneider mit 8001, die der Bauarbeiter mit 6427, Buchbinder mit 6393, Fabrikarbeiter mit 6011 und der Gemeindefördererverband mit 5839 Mitgliedern. Diese 10 Organisationen haben einen Mitgliederbestand von zusammen 178 051 Personen. 1000 bis 5000 Mitglieder haben 16 Gewerkschaften. Es zählen hierzu: Bäcker, Bildhauer, Brauer und Brauereiarbeiter, Buchdrucker-Hilfsarbeiter, Gärtner, Gastwirtsgehilfen, Handlungsgeschäften, Fotografen, Maschinisten und Heizer, Sattler, Schmiede, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter und Töpfer. 18 Gewerkschaften haben 500 bis 1000 Mitglieder. Die Asphaltseher haben 231, die Fotografen und Schirmmacher je 197, Technisches Mühlenpersonal 170, Fotografen 167, Handschuhmacher 163, Blumen- und Blätterarbeiter 100, Formen-

stecher 88, Lagerhalter 66 und Zigarrenfortierer 56 Mitglieder. Es sind dieses die 10 kleinsten Organisationen.

Die Kämpfe der Berliner Gewerkschaften im Jahre 1907 sind folgende: Es fanden 113 Angriffstreiks statt, an denen 30 Gewerkschaften mit 36 060 Personen (darunter 90 weibliche) beteiligt waren. Hierzu kommen noch 1038 männliche und 11 weibliche unorganisierte Personen, insgesamt waren demnach 37 117 Personen beteiligt. An den 113 Streiks waren beteiligt: der Holzarbeiterverband in 37 Fällen mit 771 Personen (darunter 74 unorganisierte), die Metallarbeiter in 25 Fällen mit 612 Personen, die Handels- und Transportarbeiter in 15 Fällen mit 1869 Personen, die Bauarbeiter in 4 Fällen mit 8474 (43 unorganisierten), die Sattler in 4 Fällen mit 61, darunter 13 weibliche Personen, die Bäcker und Konditoren in 3 Fällen mit 2378, darunter 23 weiblichen Personen, und 501 Unorganisierten, die Maurer in einem Falle mit 11 804, die Zimmerer in einem Falle mit 4134, die Schneider in 2 Fällen mit 2785 (15 unorganisierten) und die Dachdecker in einem Falle mit 500 Personen.

Die höchste Dauer der Streiklage war mit 68 die Zimmerer auf; ihnen folgen die Maurer und Steinarbeiter mit je 81 Tagen und die Dachdecker mit 77 Tagen. Streikunterstützung an Unorganisierte zahlten: die Buchbinder, Gärtner, Porzellanarbeiter und Marmorarbeiter. Die Ursachen der Streiks waren: in 17 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit, in 58 Fällen Lohnforderungen, in 30 Fällen Lohnreduktion und Verlängerung der Arbeitszeit, in 32 Fällen die Einführung eines Tarifes, in 6 Fällen Erfüllung des Tarifes usw. Von den 113 Streiks endeten mit vollem Erfolg 57 (rund gerechnet 50 Proz.), mit teilweisem Erfolg 29 (27,66 Proz.) und nur 27 Streiks (23,66 Proz.) waren erfolglos. Die 113 Angriffstreiks verursachten 2 262 361,47 M. Ausgabe an Streikunterstützung.

Abwehrstreiks bzw. Aussperrungen haben 121 stattgefunden, an welchen 31 Gewerkschaften mit 18 116 Personen, darunter 288 weibliche, beteiligt waren. Hingezuwanden noch 320 unorganisierte Personen, so daß die Gesamtzahl 18 436 beträgt.

Daran sind die Metallarbeiter in 31 Fällen mit 1016, die Holzarbeiter in 23 Fällen mit 11 357 (darunter 87 weibliche), hinzu kommen noch 153 Unorganisierte — insgesamt 11 540, die Transportarbeiter in 10 Fällen mit 968, die Töpfer in 6 Fällen mit 2486, die Zimmerer in 6 Fällen mit 62, die Schuhmacher in 5 Fällen mit 131, darunter 7 weibliche — hinzuzukommen noch 13 Unorganisierte —, insgesamt 144, die Bildhauer in 4 Fällen mit 1333, die Schmiede in 4 Fällen mit 40, die Steinarbeiter in 4 Fällen mit 199, die Stukkateure in 4 Fällen mit 518, die Textilarbeiter in 2 Fällen mit 312, darunter 114 weibliche, die Sattler in 2 Fällen mit 115, die Maler und Radierer in 2 Fällen mit 156, darunter 2 Unorganisierte, und die Brauereiarbeiter in 3 Fällen mit 126, darunter 6 Unorganisierte, beteiligt. Die höchste Dauer der Streiks hatten die Textilarbeiter mit 99,12 Tagen, es folgen die Maler mit 90,9, Bildhauer mit 73,50, die Sattler mit 76,10, die niedrigste Dauer hatten die Brauer mit 1,30 Tagen. Die Ursachen der Aussperrungen bzw. Abwehrstreiks waren: in 25 Fällen Lohnregelung, in 51 Lohnreduktion, in 5 Verlängerung der Arbeitszeit, in 27 Nichterhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, in 2 Einführung einer Fabrikordnung, in 3 schlechte Behandlung der Arbeiter und in 13 Fällen andere Ursachen.

Mit vollem Erfolge endeten 49 Streiks (40 Proz.) und nur 45 (37 Proz.) mußten erfolglos aufgegeben werden, während in 8 Fällen am Jahreschluss der Kampf noch nicht beendet war. Die 121 Abwehrstreiks bzw. Aussperrungen verursachten eine Ausgabe von 2 468 219,10 M. an Unterstützung.

Demnach sind die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1907 in 41 Berufsarten mit 54 579 Mitgliedern an 224 Kämpfen um die Erreichung einer höheren Lebenshaltung, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse beteiligt gewesen. Von diesen wurden 108 (14,15 Prozent) mit vollem, 53 (22,66 Proz.) mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter beendet, 68 (32,66 Proz.) aller geführten Kämpfe mußten ohne Erfolg aufgegeben werden. Von 6 Kämpfen konnte das Resultat nicht festgestellt werden, da sie noch nicht beendet waren.

Die Gewerkschaften haben für die Kämpfe im Jahre 1907 insgesamt 5 021 276,74 M., also mehr als 5 Millionen Mark aufgewendet.

Bei allen Kämpfen kommen insgesamt 1 681 954 Streiktage, darunter 12 187 für die weiblichen Mitglieder in Frage.

Die direkten Einnahmen der Berliner Gewerkschaften im Jahre 1907 betragen 10 423 439,52 M. Die indirekte Einnahme (Zuschüsse von den Hauptvorständen) betrug 13 961 112,82 M. Die Ausgaben sämtlicher Gewerkschaften betragen 11 047 876,03 M., das sind 4 202 771,28 M. mehr als im Vorjahre. Die Ausgaben

der Gewerkschaften gestalten sich wie folgt: Streikunterstützung und 5 Millionen Mark (gegen 1 1/2 Millionen im Jahre 1906), Maßregelungsunterstützung 314 786,70 M., Streikunterstützung 72 005,08 M., Arbeitslosenunterstützung 1 492 617,18 M., Krankenunterstützung 1 262 402,49 M., Sterbegeld 96 766,53 M., Invalidenunterstützung 83 382,20 M., Rechtschutz 110 450,26 M., besondere Unterstützungen 191 820,51 M. An Kassenbestand hatten die Berliner Gewerkschaften am 31. Dezember 1907 2 008 718,24 M. (gegen 2 065 865,49 M. im Jahre 1906).

Die Zahlen beweisen, daß die Zentralverbände ihrer vornehmsten Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, in vollem Maße gerecht werden.

Mehr als 5 Millionen Mark, bei einer Einnahme von 10 bezw. 13 Millionen Mark, wurden für Streiks an die Mitglieder als Unterstützung gezahlt. Damit wird doch wohl denen, die behaupten: die Zentralorganisationen sind keine Kampforganisationen, der Schar geantwortet. Die Gewerkschaften haben gezeigt, daß sie den Staat und die Kommune in bezug auf soziale Fürsorge weit hinter lassen. Hoffen wir, daß der Rückgang an Mitgliedern im Jahre 1908 wieder weitgemacht wird, die Entwicklung sich in denselben Bahnen wie bisher vollzieht.

Unfall oder Zufall?

Wie notwendig die Unterstützung durch Arbeitersekretariate für die Verfolgung der Rechte in den Unfallinstanzen ist, zeigt ein interessanter Fall, den Dr. Winter in Nr. 21 der „Medizinischen Reform“ mitteilt.

Ein Arbeiter Otto B. hatte an einem kalten Februartage einen mit Rohmaterialien beladenen Wagen geschoben und zwar in Begleitung eines Kollegen. Dieser verließ ihn in der Pringelstraße, wie er später aussagte, vollkommen munter und gesund. Später sah man ein Hausdiener den B. völlig bewußtlos an einer Hausstür liegend, aus einer kleinen Koffbox und eblutend. Ein Schürmann brachte ihn per Droschke nach dem Krankenhaus, in welchem noch krampfartige Zuckungen des linken Armes konstatiert wurden. Der Mann starb am nächsten Tage, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Sektion ergab etwas Eiter in der Nase, Schwarzfärbung des Blutes im Herzbeutel, eine unbedeutende Veränderung an der Lunge und eine ganz leichte Entzündung in den Bronchialdrüsen; sonst war der Sektionsbefund vollkommen negativ, speziell auch im Herzen und im Gehirn. Was war nun dem Manne passiert? Woran war er gestorben?

Die Frau des Verstorbenen erhob Anspruch auf Unfallrente, indem sie geltend machte, daß ihr Mann in Ausübung seines Berufes verunglückt sei, wahrscheinlich durch Einwirkung einer äußeren Gewalt auf der glatten und schmutzigen Straße und dadurch verursachten Gehirnerschütterung.

Dann begann die bekante Rundreise bei den Ärzten; da aber in diesem Falle der zu Begutachtende schon tot war, so konnte nur seine Krankengeschichte umherwandern. Und das geschah denn in ausgiebigem Maße. Zuerst wanderte sie zu Professor K., dem Direktor der chirurgischen Abteilung, welcher begutachtete, daß der Mann, wie aus dem Befund an der Lunge und Nase zu schließen wäre, wahrscheinlich Influenza gehabt, unter dem Einflusse dieses Leidens einen Schwindelanfall bekommen hätte, somit also keine äußere Gewalt, also auch kein Unfall die Todesursache gewesen wäre. Die Frau wurde also abgewiesen. Auch das Schiedsgericht schloß sich den Ausführungen des Professor K. an.

Das Zentralarbeitersekretariat legte nun gegen diese Entscheidung Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Hier wurde in sehr gewissenhafter Weise Beweis erhoben. Das Reichsversicherungsamt ließ nochmals Zeugen (soweit angängig) vernehmen, bei dem Arbeitgeber Erkundigungen einziehen, der den Verstorbenen als einen nüchternen Mann ohne die geringsten Krankheitserscheinungen schilderte, und schließlich wurde ein erneutes Gutachten eingefordert, welches Dr. Winter und Professor Strang erstatteten. Diese kamen auf Grund von genauem Studium der Akten zu dem Schluß (wofür besonders die im Krankenhaus beobachteten Krämpfe im linken Arme sprachen), daß eine Gehirnerregung mit nachfolgender Lähmung als allerwahrscheinlichste Todesursache anzunehmen sei. Da trotz der sorgfältig ausgeführten Sektion keine Anzeichen für eine Eiterung im oder in der Nähe des Gehirns konstatiert werden konnten, so muß man als Ursache für die Gehirnerregung aller Wahrscheinlichkeit nach eine schwere Erschütterung des Gehirns, also eine äußere Gewalteinwirkung annehmen, demnach einen Unfall. Dieses Gutachten wurde nun dem Professor K. vorgelegt; da derselbe trotzdem auf seiner früheren Ansicht im großen und ganzen

Kleines feuilleton.

Der offizielle Ruhm. Man schreibt uns aus Paris: Wenn die Bürgerjugend so lau belohnt wird, ist die Sache nie besonders interessant, gleichviel ob die Akademie der vierzig Unsterblichen wackeren Provinzler für erfolgreichen Eifer im Ehebett einen Zuegnpreis und eine Rede von Maurice Barrès stiftet oder ob Clemenceau und seine Sippe den toten Emile Zola von ihren Beamten leben, von ihren Polizisten beschützen und von ihren Soldaten ehren lassen. War Zola überhaupt populär? So habe ich mich heute immer wieder fragen müssen. Die Zeremonie im Pantheon konnte die Antwort darauf wirklich nicht geben. Ein paar Tausend Leute waren wohl da. Nicht die große Pariser Welt der Müßiggänger, nicht das Publikum der Premieren, aber auch nicht die Welt der harten Arbeit, die sich täglich um das Brot plagt und dazwischen Republikan erobert und rettet — dies besonders auch für die „anderen“. Im ganzen war, von den Journalisten, Diplomaten, neugierigen Fremden abgesehen, vorwiegend der bürokratische Mittelstand vertreten, den materielle und ideologische Interessen mit dem Regime verbinden. Dazu die mehr oder minder republikanischen Offiziere, mit „idées avancées“ (vorgeführten Anschauungen) oder mit Anacronismen. ... Draußen aber, hinter der Polizeihede pfeifen ein paar Tausend junge Leute, Studenten der Universität und der Pfaffenkuren. Auch ein paar „keine Leute“ sind unter ihnen. „Gehört der ins Pantheon?“ schreit ein alter Geschäftsdiener. „Hat er je eine Platte auf dem Quader getragen? Und für so einen muß die Arme ausruhen?“ Der Mann weiß nicht, daß im Pantheon ein paar Duzend Leute liegen, die auch nicht den Schiefhügel getragen haben und so unbekannt sind, daß auf hunderttausend Franzosen sicher keine fünf ihren Namen kennen. Aber so unrecht hat er nicht. Gibt es nicht einen Mißklang, daß man nun den Dichter und großen Bürger zu ehren, auf dem Kolbseil Wirbel trommelt und den leeren militärischen Glanz entfaltete? Ob Zola wirklich populär war, hätte man vielleicht sehen können, wenn die Regierung nicht die Feier auf einen Wochentag angelegt, wenn sie das proletarische Paris zugelassen hätte. Hat sie, als sie die Feier auf die stimmungsförmige Abwidlung eines offiziellen Programms beschränkte, bloß der Furcht vor den Drohungen der Nationalisten nachgegeben? Oder fürchtete sie vielleicht auch die Popularität des Zolaschen Idealismus selbst? Fürchtete sie die Massen, die die Abrechnung von den glücklichen Testamentvollstreckern des großen Bürgers fordern könnten?

Kein Wiener und ohne überraschende univerrale Bedeutung. Das ist das Resultat, zu dem der Wiener Stadtrat in Sachen Robert Blum gekommen ist. So ein Sozialdemokrat, einer von

denen, die immer darauf aus sind, einer geregelten Verwaltung durch gänzlich überflüssige und konsolidierte Interessen verlegende Anträge zu belästigen, hatte im Wiener Gemeinderat angeregt, nach dem pp. Robert Blum in der Brigittenan eine Gasse zu benennen. Schließlich ist ja dieser Mann auch mit der Geschichte Wiens einigermaßen verbunden. Hat er doch für die deutsche und die Wiener Freiheit in Wien sein Leben gelassen. „Wer hat's ihm angeschafft“, sagen die magistratischen Luzeerleute heute. Was ging ihn unsere Sach' an, die besorgt Luzeer viel besser. Und so schrieb denn der Stadtmagistrat dem Antragsteller, daß von der Direktion der städtischen Sammlungen ein ablesendes Gutachten eingegangen. Im übrigen aber folgendes: „Bei der Benennung von Gassen und Plätzen nach verdienten Personen wurde bisher jeberzeit das Prinzip beobachtet, vor allem auf solche Personen Rücksicht zu nehmen, die aus Wien gebürtig sind oder die, wenn auch nicht Wiener von Geburt, sich um Wien verdient gemacht haben. Soudt wurden Namen von Ausländern nur dann herangezogen, wenn ihnen eine überragende univerrale Bedeutung zukommt. Da dies bei Robert Blum nicht zutrifft, hat die Stadt Wien keinen Anlaß, eine Gasse nach ihm zu benennen.“

Recht so! Was hat Robert Blum mit diesem Gefindel gemein, das sich in einem Gutachten von ihm berichten läßt: „Er galt als guter Redner, hatte aber wenig politischen Einfluß. Mit Julius Fröbel vom Parlament nach Wien entsendet, um den Revolutionären eine Adresse zu überbringen, nahm er mit bewaffneter Hand an den Varrilsadenkämpfen teil und wurde deshalb nach der Einnahme Wiens standrechtlich erschossen.“

Warum, zum Teufel, betrieb auch der Mann kein ordentliches lokales Geschäft oder warum machte er aus der Politik kein Geschäft!

Ruinenkunst für Entree. Die „Frankf. Volksstimme“ schreibt: Bekanntlich wurden die Ruinen der Hohenkönigsburg veräußert, um an ihre Stelle eine neue Burg hinzuzustellen, die mit der alten Burg zunächst nur den Namen gemeinsam hat. Das Schöne ist aber jetzt gekommen. Der Kaiser bzw. das Oberhofmarschallamt verlangt Eintrittspreis für den Besuch der Burg. Ehedem konnte man männiglich frei und ungehindert in den Ruinen wandern, sich an allem ergötzen und friedlich von dämmen ziehen. Und jetzt werden nicht nur in preußischen Stille bestimmte Besuchsstunden vorgeschrieben, es wird auch Eintrittsgeld verlangt. Also: 1. Man schenkt dem Kaiser 2/3 Millionen Mark, um die Ruinen zu restaurieren. 2. Die geschenkte Ruine wird mit von Steuerzahlern geschenktem Geld restauriert und — verschönert. 3. Der Kaiser fordert von jedem Steuerzahler, der die Burg besuchen will, Eintrittsgeld. Der deutsche Spielbürger sperrt entsezt Nase und Ohren auf ...

Humor und Satire.

Wegenliebe.

Schlaf, Michel, schlaf! Sei immer fromm und brav! Denn im Lande der Kanonen muß ein lieber Vater wohnen. Schlaf, Michel, schlaf! Sei immer fromm und brav! Schlaf, Michel, schlaf! Sei immer fromm und brav! Denn die immer friedlich schlafen, Wird der liebe Gott nicht strafen. Schlaf, Michel, schlaf! Sei immer fromm und brav! Schlaf, Michel, schlaf! Sei immer fromm und brav! Bleibst Du auch ein Schaf auf Erden, Troben wirst Du Engel werden. Schlaf, Michel, schlaf! Sei immer fromm und brav! Friedolin.

Notizen.

— Eine Ausstellung für Grabsteinkunst ist vom Kunstgewerbemuseum veranstaltet worden. Sie umfaßt zwei Abteilungen. Eine reichhaltige Anzahl von Abbildungen alter und neuer Grabmäler ist im Lichtbilde des Kunstgewerbemuseums zu sehen. Ein gartenartiger Friedhof mit neuen Grabsteinen ist im Garten neben dem Erweiterungsbau (Pringel-Albrecht-Str. 8) angelegt. Gegenüber dem geschmacklosen und anstößigen Figuren, die immer noch auf unseren Friedhöfen alles andere denn Weisheit und Ruhe verbreiten, sind hier Anlässe zu einer schlichten, einfachen Art Grabkunst vertreten, die wohlthuend und stimmungsvoll ihrem Zwecke angepaßt ist. Sowohl als historischer Ueberblick wie als Veranschaulichung moderner Bestrebungen ist die Sonderausstellung, die dem Direktor Dr. Jellen zu danken ist, wohl zu beachten. Sie kann vorbildlich und anregend wirken. Die Ausstellung ist unentgeltlich zugänglich. — Der Esperanto-Weltkongress wird, wie die Esperanto-Kunststelle mitteilt, vom 16. bis 22. August 1908 in Dresden stattfinden. Er soll beweisen, daß es möglich ist, mittels einer leicht erlernbaren Kunstsprache sich mit vielen Nationen verschiedener Sprache zu verständigen. Sowohl bei den Geschäftstreffen wie auch bei sämtlichen Festlichkeiten wird nur die Esperanto-Sprache benutzt werden. Nach der Zahl der vorliegenden Anmeldungen aus allen Weltteilen schätzt man die Teilnehmerzahl auf 2000. Der Rat der Stadt Dresden läßt im Interesse der Kongreßbesucher 24 Verleibbediente in der Esperanto-Sprache unterrichten.

— Das Riesche-Archiv in Weimar, das in der Unterhaltungsbeilage ausführlicher behandelt wird, hatte von einem Schweden 300 000 M. erhalten, die nun als Stiftung festgelegt wird. Sie soll ausschließlich wissenschaftlichen und humanitären Zwecken dienen. Wie die Verwaltung, die Frau Förster einem sieben-gliederigen Vorstand anvertrauen will, beschaffen sein wird, muß mit gebührender Skepsis abgewartet werden.

sehen blieb, wurde das ganze Material Herrn Professor Westhäger, Professor am Proabiter Krankenhaus, zur Begutachtung vorgelegt. Dieser begutachtete, daß mit absoluter Sicherheit eine schwere Störung des Gehirns anzunehmen sei; darauf deuteten die Wunde am Kopf, die Zudungen des linken Armes und die Bewußtlosigkeit. Da aber Professor F. hartnäckig bei seiner früheren Meinung blieb, so wurde noch ein Gutachten eingeholt und zwar von Geheimrat Orth, dem Nachfolger Rudolf Virchows. Dieser gab ein sehr lehrreiches und eingehendes Gutachten ab, woran ein Mensch überhaupt stirbt, und zwar unterscheidet er 4 Gruppen von Todesursachen 1. Blutverlust, 2. Stillstand des Herzens, 3. Stillstand der Atmung, 4. Funktionsunterbrechung des gesamten Nervensystems. Die erste Todesursache sei *eo ipso* auszuschließen und ebenso die dritte; die zweite sei ebenfalls auszuschließen; denn ein Stillstand des Herzens, ein sogen. Herzschlag, trete nur bei einem kranken Herzen ein. Hier seien aber weder im Leber noch bei der Sektion krankhafte Veränderungen des Herzens konstatiert worden. Es bleibt also nur die Todesursache: Funktionsunterbrechung des gesamten Nervensystems übrig. Da der Verunglückte vorher nie krank gewesen ist, also nicht infolge eines früheren Leidens zu Boden gestürzt ist, so spricht alles dafür, daß er durch eine äußere Gewaltwirkung getroffen und zu Boden gestürzt ist, wodurch eine schwere Gehirnerschütterung mit Funktionsunterbrechung des gesamten Nervensystems erlitten hat und an dieser gestorben ist. Es liegt also aller Wahrscheinlichkeit nach Tod Unfall vor.

Das Reichsversicherungsamt entschied zugunsten der Witwe: 1. Der Witwe B. werden sämtliche Kosten der Gutachten in Höhe von 90 Mark ersetzt, 2. ihr wird eine Unfall-Vinterblindenrente gewährt.

Die Zweckmäßigkeit der Durchführung von Unfallsachen durch Arbeitersekretariate und die Notwendigkeit der Arbeiter und ihrer Angehörigen, mit aller Energie ihre Rechte zu vertreten, wird durch vorstehenden Fall aufs neue illustriert.

### Vierter Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zu Punkt „Agitation“ wird von vielen Rednern Klage geführt über das Verhalten der Maschinenmeister. Wie überall, verdrängt man auch in Hamburg das Hilfspersonal von den Rotationsmaschinen zu verdrängen. Dieses Vorgehen begründet man damit, daß für die gelehrten Arbeiter gesorgt werden müsse. In Magdeburg arbeiten die Maschinenmeister dem Hilfsarbeiterverband direkt entgegen und versuchen sie, insbesondere die Arbeiterinnen von der Organisation abzuhalten. Hier müssen die Mädchen, weil schutzlos, sich alle Schlägen, selbst Angriffe tätlicher Art, gefallen lassen. — Die von der Generalkommission ins Leben gerufenen Unterrichtskurse werden lobend erwähnt. Die Agitation unter den Arbeiterinnen wird von allen Seiten als eine mühselige Arbeit bezeichnet. Von fast allen Delegierten hört man das gleiche Lied, daß die Agitation für den Hilfsarbeiterverband durch verschiedene Maschinenmeister elischer Maschinenmeister sowohl im Buch- als auch im Steindruckergewerbe sehr erschwert wird. Sillier erklärt, daß er, soweit Maschinenmeister seiner Organisation in Frage kommen, ein derartiges Verhalten seiner Kollegen entschieden mißbilligt und daß das Hand-in-Hand-Arbeiten der Berufscollegen bei allen Bewegungen unbedingt notwendig sei.

Math (Vertreter der Buchbinder) äußert sich ähnlich und fordert bei Lohnbewegungen eine bessere Verständigung der örtlichen Verwaltungen im graphischen Berufe. Der Redner erwähnt, die berechtigten Angelegenheiten im wirtschaftlichen Leben nicht unbeachtet zu lassen.

In ihrem Schlusswort spricht die Referentin Hanna von Berlin den Wunsch aus, daß die gegebenen Anregungen und Beschlüsse bei der Agitation in Zukunft beherzigt werden mögen. Fräulein Hanna stellt ausdrücklich fest, daß die angeführten Klagen gegen die Maschinenmeister nicht allgemein zutreffen, sondern daß es noch eine Reihe von Maschinenmeistern und gelehrten Arbeitern gebe, die für die Organisation der Hilfsarbeiter tätig sind.

Am 4. Verhandlungstage ersetzte Redakteur Bucher von Berlin Bericht über das Verbandsorgan „Solidarität“. Der Redner erhebt in der Diskussion über den Punkt Presse in Betracht zu ziehen, daß er die Redaktion im Nebenamt zu besorgen habe. Mängel seien da unvermeidlich. Die gewerkschaftliche Rundschau bedarf einer größeren Beachtung, unter besonderer Berücksichtigung der graphischen Berufe. Auch dem sozialpolitischen Gebiete muß größere Beachtung gewidmet werden. Die „Solidarität“ soll aufklären und werben unter den Berufscollegen. Das war bisher nur in bescheidenem Maße möglich. Um in dieser Richtung mehr zu erreichen, muß die „Solidarität“ achtlos erscheinen, es bedarf der Mitarbeit der Kollegen und die Anstellung eines besoldeten Redakteurs, der sich voll und ganz den Redaktionsgeschäften widmen kann. — Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft und setzte eine scharfe Kritik über die Haltung des Redakteurs bei den verschiedenen Anlässen ein. Die Hauptvorsitzende, Frau Thiede von Berlin, nimmt den angegriffenen Redakteur in Schutz. Solange Kollege Bucher die Redaktion im Nebenamt führen müsse, dürften sich die Verhältnisse kaum bessern. Die Rednerin bekämpft den Vorschlag, für die weiblichen Mitglieder eine Romanbeilage zu schaffen. Die „Solidarität“ soll in erster Linie sachgewerkschaftlichen Fragen dienen, die die Kollegenschaft interessieren; für die übrigen Fragen bietet die Parteipresse und die „Gleichheit“ Gelegenheit in Halle und Halle. — Die Leipziger Delegierten wünschen, daß in Zukunft religiöse Fragen aus der Diskussion in der „Solidarität“ ausgeschlossen werden mögen.

In der weiteren Debatte wurden auch die Berliner Versämelungsfrage einiger Zahlstellen und einige Artikel aus dem „Mittelungsblatt“ erörtert. Die Verlesung dieser Artikel fand wenig Anerkennung der Delegierten.

Es erfolgt Regelung der Diäten- und Gehaltsfragen. Die Wahl der Vorstandsmitglieder ergab die Wiederwahl der Kollegin Frau Paula Thiede als Vorsitzende und des Kollegen Bohal von Berlin als Hauptassessor. Als besoldeter Redakteur wird Kollege Bucher gegen 11 Stimmen gewählt.

### Aus Industrie und Handel.

Ueber Preise bei den Fleischlieferungen für die Truppen.

Die diesmaligen halbjährlichen Verdingungen der Fleischlieferungen für die Berliner Garnison haben stattgefunden. Die Preise sind für ein Kilogramm in Pfennigen:

Fleischsorten	II. Halbjahr 1906	II. Halbj. 1907	II. Halbj. 1908
Dahlfleisch	130 1/2	140 1/2	134 1/2
Rohfleisch	126	132 1/2	128 1/2
Wambertalg	97 1/2	85	85
Hammelfleisch	183 1/2	144	139
Kalbsteif	150	160	144
Schweinefleisch	132	127 1/2	134 1/2
Petter Speck	138	140 1/2	141
Rogerer Speck	149	154	152

Hieraus ist ersichtlich, daß die Preise beim Los 1 (Minder-) und beim Los 2 (Mehr-) zwar niedriger sind wie im Vorjahre, jedoch sind die Preise gegen das Jahr 1906 für Dahlfleisch, Roh- und Hammelfleisch bedeutend höher. Beim Los 2 sind die Preise beim Schweinefleisch und fetten Speck höher als in den beiden Vorjahren, und für mageren Speck ist der Preis etwas niedriger. Erwähnenswert ist ferner, daß bei den acht Angeboten für das Los 1 ein Preisunterschied von 27 1/2 Pf. zwischen der Mindest- und Höchstforderung ist. Beim Los 2 ist der Preisunterschied ein noch höherer, nämlich 82 1/2 Pf., trotzdem nur vier Angebote eingereicht worden sind. Diese Preisangebote sind eine nette Illustration zu den Behauptungen, die Fleischpreise seien enorm gefallen.

Der Ausschuss des Deutschen Herbsttages beschäftigte sich u. a. noch mit einer Reihe von Fragen aus dem Bereich des Postwesens. Nach einem Bericht des Herrn Kommerzienrats v. Pfister (München) sprach sich der Ausschuss dafür aus, daß Postkarten mit dem Ausdruck „Drucksache“ und aufgedruckter Dreipfennigmarke eingeführt werden, daß gestattet werde, in gedruckten Anzeigen über eine Zahlung den Betrag der gezahlten Summe und den Namen dessen, für den die Zahlung erfolge, handschriftlich anzugeben, und daß auf Druckfachen die Einfügung handschriftlicher Zusätze in den mechanisch vervielfältigten Text bis zu fünf Worten zulässig sein soll. Ferner sprach sich der Ausschuss nach einem Bericht des Herrn Dr. Vogel (Berlin) dafür aus, daß Einkaufspatete eingeführt werden, die unter Verzicht auf die Hafispflicht der Post zu ermäßigtem Porto befördert würden und für die kein Vorkaufgeld gezahlt werden solle. Die für Warenproben geltenden Portofreie würden bei der Versendung aller Gegenstände Anwendung finden, die nach Gewicht und Größe die für Warenproben festgesetzten Grenzen nicht überschreiten. Der Ausschuss sprach sich bezüglich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für die Verbeibaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und demgemäß gegen jede weitere Beschränkung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe aus; desgleichen gegen eine gesetzliche Einschränkung der Sonntagsarbeit im Binnen-Schiffahrtsgewerbe.

Zwischenhandelsgevinne. Nach der „D. Z. W.“ erzielte die Chemnitzer Viehmarktbank-Aktiengesellschaft einen Reingewinn von 22,5 Proz. des Aktienkapitals. Die Magdeburger Viehmarktbank brachte einen Reingewinn von 18 Proz. heraus. Die Danziger Viehmarktbank ist in der Lage, 17 Proz. Dividende zu verteilen. Dagegen erzielte die Berliner Viehkommissions- und Wechselbank einen Reingewinn von — nur 10 Proz.

Exportpost. Im April i. J. ist die Gründung eines „Zentralverbandes der deutschen Exportvereine“ mit dem Sitz in Hamburg erfolgt. Durch diese ganz Deutschland umfassende Vereinigung soll unter anderem auch der sogenannte direkte Fabrikantenzugriff energig bekämpft werden. Der Verband umfasst schon jetzt mehr als 600 Exportfirmen Deutschlands und stellt mithin eine Organisation von weittragender Bedeutung dar.

Der Ledermarkt. Besondere Zurückhaltung im Einkauf zeigt noch immer die Schuhindustrie. Wie die Zurückhaltung der Nachfrage das Preisniveau für Schuhleder beeinflusst hat, geht aus nachstehender Uebersicht hervor:

1 Pfund (1/2 Kilogramm) kostete in Mark Anfang April d. J.	1907	1908
Norddeutsches Sohlleder	1.20—1.30	1.10—1.15
beste Sorte, 45—50 Pf.	1.50—1.65	1.42—1.58
Triester Sohlleder, Wildschafleder	1.35—1.45	1.20—1.40
Bachelleder, Wild-, besseres Sohlleder	0.65—0.72	0.50—0.60
Abfälle	1.25—1.28	1.10—1.20

Mit den Ergebnissen der Frankfurter Ledermesse ist man im ganzen nicht unzufrieden. In den gefuchtesten Sorten, die knapp angeboten waren und worin dem Verzehrer nicht ganz genügt werden konnte, fanden keine Preisbesserungen statt; im übrigen blieben die Preise wie bisher.

Viehefuhr. Neuerdings macht sich in Dänemark wieder eine starke Bewegung geltend, die auf die Ausfuhr tierischer Erzeugnisse abzielt. Das „Andelsblad“ (Nr. 48) schreibt: Die dänische Landwirtschaft ist imstande, viel Mastvieh zu erzeugen, und die wachsende Industrie Deutschlands hat einen hohen Bedarf an Rindfleisch. Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse beider Parteien, die Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten leicht und ungehindert zu gestalten. Dänemark führt jährlich steigende Mengen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Deutschland aus und kauft von dort Industriewaren in ungefahr doppelter Menge.

In den letzten fünf Jahren hat Dänemark im Handelsverkehre mit Deutschland dem Werte nach

Jahr	importiert	ausgeführt
1901:	166,50 Millionen Mark,	76,50 Millionen Mark
1902:	157,86	77,63
1903:	213,75	101,25
1904:	240,75	118,18
1905:	232,88	144,00

Hauptsächlich die Quarantäne erschwert die Einfuhr und erhöht die Unkosten. Die Quarantäne ist beim Schlachtvieh — eine sonst gute Grenz- und Schlachtkontrolle vorausgesetzt — unnötig.

### Soziales.

#### Konferenz über Krankenkassen.

Wie wir bereits mitteilten, hat der Staatssekretär v. Wegmann-Holweg am 11. Juni eine Konferenz zur Beratung der Frage über die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kassen und Krankenkassen einberufen. Die Liste der Teilnehmer an dieser Konferenz weist allein 7 Vertreter der Regierung auf, außer dem Minister als Vorsitzenden der Konferenz. Es sollen vertreten sein: das Reichsamt des Innern, das Reichs-Marineamt, das Reichs-Postamt, das preußische Kriegsministerium, das Ministerium für Handel und Gewerbe, für Unterricht und Medizinangelegenheiten usw.

Als Vertreter der Ärzte sind nicht weniger als zehn Herren bestimmt und zwar die Ärzte Dr. Bachhaus-Wattenscheid (Anaphtschafarzt), Dr. Dippe-Leipzig (Kerzteverband), Dr. Girdl-Wochem (Anaphtschafarzt), Dr. Hartmann-Hannau, Prof. Dr. Böber-Wochem (für den Ausschuss der Ärzte), Dr. Hartmann-Leipzig (Oberhauptling der deutschen Kerztezeitung), Dr. Marquise-Berlin (als Vorsitzender der freigewählten Kassenzentrale Berlins), Dr. Schwedten-Berlin (Barnarzt), Dr. Reichel, Anaphtschafarzt aus Chropaczow, Oberschlesien, und Dr. Wugdan-Berlin. . . .

Kein einziger Vertreter der Arbeiter ist zugezogen. Als Vertreter der Krankenkassen ist Julius Fröhndorf-Dresden und Eduard Graf-Frankfurt a. M. sowie der Kassendirektor Rüppel-Röln und Rentant Biskirchen-R. Gladbach eingeladen, während von Berliner Krankenkassen kein Vertreter zugezogen wurde. Nicht einmal die Zentrale für das Krankenkassenwesen in Deutschland ist eingeladen.

Als „unparteiliche“ Beiräte hat man ferner eingeladen den Stadtrat Dr. Fleisch-Frankfurt a. M., Stadtrat v. Franzenberg-Draunschweig, Beigeordneten Hübs-Röln, Finanzrat Klüppel-Essen, Verwaltungsdirektor der niederschlesischen Anaphtschafvereine Schwerdt, Beigeordneten Dr. Wiedfeldt-Essen und Stadtrat Bobbe-Königsberg i. Pr.

Nicht die eigenartige Zusammensetzung dieser Konferenz zeigt schon, daß nicht das Interesse einer Heilung der Kassenmitglieder oder Vorbeugung gegen Krankheiten das Motiv für die Konferenz gewesen ist, sondern daß es sich im wesentlichen um den Ausbau einer Versicherung der Ärzte gegen Arbeitslosigkeit oder Unfähigkeit handeln soll. Das bestätigt auch der Inhalt des umfangreichen Fragebogens, der den Teilnehmern zugegangen sein soll. Der Inhalt des Fragebogens enthält nicht die gegenüber dem Kerztezeitalt brennend gewordene Frage, ob der Arzt zur Hilfeleistung verpflichtet sein soll, überhaupt nicht das geringste über Pflichten der Ärzte. Desto massenhafter sind Fragen aufgestellt, die Privilegien den Ärzten zu schaffen und die Selbstverwaltung der Kassen lahmzulegen bestimmt sind — und das alles ohne Zuziehung irgend eines gewerkschaftlichen oder politischen Vertreters der mehr als

11 Millionen Arbeiter, denen doch eigentlich wohl die Krankenversicherung dienen soll. Nach dem Fragebogen handelt es sich unter anderem um die ärztliche Behandlung im allgemeinen, ob der Begriff: „ärztliche Behandlung“ einer gesetzlichen Bestimmung bedürfe, ob nur approbierte Ärzte zugelassen werden sollen oder auch ärztliche Hilfspersonen, wie Heildienner, Naturärzte usw., in dringlichen Fällen um Zulassung der im Auslande approbierten weiblichen Ärzte und für Grenzbezirke ausländischer Ärzte und darum, ob in allen Fällen die Zahlung des Krankengeldes von der Krankheitsbescheinigung durch einen approbierten Arzt abhängig gemacht werden soll? Einen breiten Raum soll die Diskussion über die verschiedenen Arztssysteme einnehmen, insbesondere über die Vorteile und Nachteile der freien Arztwahl. Ob für angehende Ärzte eine längere Karenzzeit vorzuziehen sei? Welche Rautellen für den Fall der gesetzlichen freien Arztwahl vorzuziehen seien? Ob die Arztfrage durch Abstimmung der Versicherten entschieden werden soll? Welche gesetzlichen Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder etwa zu treffen seien? Ob da, wo die freie Arztwahl nicht eingeführt sei, den Mitgliedern die Auswahl mindestens unter zwei Kassenzentren zu gestatten sei? Ob sich eine Aenderung des § 56a des Krankenversicherungsgesetzes empfehle, wonach heute schon 30 Mitglieder Entwürfe auf Aenderung der Arzt- und Apothekerfrage stellen können? Ob den Kassen ein Rechtsmittel gegen das Einschreiten der Aufsichtsbekörden — ohne aufschiebende Wirkung — zu gestatten? Ob es sich empfehle, den Landeszentralbehörden das Recht zu geben, einen Mindestprozentsatz von Ärzten im Verhältnis zu den Kassenmitgliedern vorzuschreiben? Ob für jede Kasse eine Artordnung aufzustellen sei usw.? Ob die Bezahlung der ärztlichen Leistungen überhaupt durch ein Gesetz geregelt werden solle und wie? Endlich welche Schiedsinstanzen in Streitfällen zwischen Ärzten und Krankenkassen zu schaffen seien? Ob auch für alle Kassenarten diese Aenderungen getroffen und auch die staatlichen Betriebskrankenkassen einbezogen werden sollen?

Eine Unmasse für das Wohl und Wehe der über 11 Millionen Krankenversicherter wichtiger Fragen — ohne Zuziehung einer ausreichenden Vertretung der Arbeiter. Dafür, daß die wirtschaftlichen Interessen der Ärzte, nicht aber Fragen der Fürsorge bei und Versorgung gegen Krankheit zur Geltung gelangen, leisten die Namen der ausgewählten Ärzte Gewähr. Dem entspricht es auch, daß diesen Ärzten Fragen über die Berechtigung der Krankenkassen zu prophylaktischen Maßnahmen und über eine Aenderung des § 29 des Krankenversicherungsgesetzes nicht vorgelegt werden. Dem Reichsamt des Innern dürfte doch wohl bekannt sein, daß das Krankenversicherungsgesetz noch nicht den Titel trägt „Gesetz zur Versicherung der Ärzte und Militärärzte auf Kosten der Arbeiter“. Werden die bislang in die Öffentlichkeit gedruckten Pläne der Reichsregierung Wirklichkeit, so dürfte die Aenderung des Gesetzestitels erforderlich sein.

#### Um sechs Bergmannleben lohnt sich nicht!

Es müssen schon schlimme, sehr arge Zustände sein, wenn ein so loyales und unternehmerfrommes Blatt wie der „Breslauer Generalanzeiger“ sich zu einer Kritik derselben aufschwingt und dabei sogar eine Anklage riskiert. Im Juni vorigen Jahres hatte es das Blatt aber tatsächlich fertig gebracht, einen Artikel abzurufen, in welchem die auf der Wolganggrube bei Rade (Oberschlesien) herrschenden unerbörten und lebensgefährlichen Zustände geschildert wurden. Es wurde darin berichtet, daß dort zwei Wellerboas im Betrieb seien, bei denen es als ein großes Glück anzusehen ist, daß die Belegschaft immer noch mit heller Haut davonkam. Da eine Fahrstrecke nicht vorhanden sei, mühten die Arbeiter, um zu ihrem Arbeitspunkte zu kommen, stets die stark ansteigende und nur 1,50 breite Förderstrecke benutzen, wo sie in ständiger Gefahr seien, einem heranlaufenden Kohlenwagen zu begegnen, ohne ihm ausweichen zu können. Vor dem Besuch des Einfahrers oder des Bergverwalters sei jene Arbeitsstelle ziemlich gefährlich, denn der Zugang sei ein sehr beschwerlicher. Ja, es sei sogar möglich, daß das Bergverwalteramt von diesem Arbeitspunkte überhaupt nichts wisse.

Der Bergverwalter Eubelt als verantwortlicher Leiter der Grube stellte Strafantrag aus § 156 Str.-G. und die Sache kam vor der Breslauer I. Strafkammer zum Austrag. Der angeklagte Redakteur bot den Wahrheitsbeweis an und der gelang in so umfassendem Maße, daß die Freisprechung erfolgen mußte. Es wurde festgestellt, daß tatsächlich keine Fahrstrecke für den Verkehr der Arbeiter — wie die Bestimmungen sie vorschreiben — sondern eben nur die Förderstrecke vorhanden war, die außerordentlich enge Dimensionen hatte und eine Steigung von mehr als 4 Proz., so daß auf ihr die freie Handbeförderung nur unter höchster Achtung einer ausdrücklichen Ministerialverfügung vor sich gehen konnte. Durchhiebe zum Ausweichen waren zwar vorhanden, sie konnten von der Belegschaft aber nicht benutzt werden, weil sie mit Steinen vollgepackt waren. Das Bremsen der Kohlenwagen soll vorwärtsmäßig mit eisernen Demmbolzen erfolgen; es waren auch solche vorhanden, sie konnten aber nicht verwendet werden, weil sie zu lang waren. Ein Zeuge erzählte, in wie großer Lebensgefahr er einmal in jener Strecke geschwebt habe. Er kam mit einem Grubenstempel (einer Art Stühballen) die Strecke entlang, da sauste ihm plötzlich ein gefällter Wagen auf der abschüssigen Bahn entgegen. Ausweichen war bei der geschuldeten Beschaffenheit der Strecke unmöglich gewesen, und der Mann wäre elend gerädert worden, wenn er nicht die Gestirgsgegenwart und die Kraft besessen hätte, dem Wagen den Stempel entgegenzuwerfen und ihn so noch im letzten Augenblick zum Stehen zu bringen.

Aber daß man sich in der Betriebsleitung der Geschäftlichkeit solcher skandalöser Zustände bewußt gewesen sein muß, beweist die Verhandlung. Als nämlich ein Grubenbesitzer den Abteilungsleiter auf die Gefährlichkeit aufmerksam machte, meinte dieser zynisch: „Ach hier kommt selten jemand her, und eine besondere Fahrstrecke anzufahren, lohnt sich nicht!“ Der die staatliche Kontrolle ausübende Bergverwalter, der von dem Kläger als Sachverständiger geladen war, gab ein Gutachten dahin ab: Auf der betreffenden Strecke seien nur vier Schleppter und zwei Dauer bedäftigt gewesen, und wegen so wenig Leuten wäre eine Aenderung in der Betriebsweise nicht lohnend!!! — Eines schlagenderen Beweises für die Gemeingefährlichkeit des privatkapitalistischen Betriebsbedarf es nicht.

Für die völlige Sonntagsruhe im Detailhandel erklärte sich das Kaufmannsgericht Jülich in einem vom Ministerium eingeforderten Gutachten zu dem Gesetzentwurf des Reichsamtes, der bekanntlich eine dreistündige Verkaufszeit an Sonntagen zulassen will. Die Geschäftsvertreter sowohl als auch der rechtskundige Vorsitzende des Gerichts waren der Ansicht, daß die völlige Sonntagsruhe nicht nur im Interesse des Vertriebs, sondern auch der Prinzipale liege und sehr wohl durchführbar sei. Die Beschränkungen wegen einer Schädigung der Geschäftsleute würden nicht eintreten, wenn für das ganze Reich der Ladenschluß gesetzlich festgelegt sei. Das Publikum würde sich rasch daran gewöhnen, Werktag einzukaufen. Der Beschluß wurde mit 7 gegen 5 Stimmen gefaßt.

Unserem Kollegen 25285  
**Karl Stegemann**  
 zu seinem heutigen 30. Ge-  
 burtstage ein herzliches  
 Hoch!  
 Seine Kollegen vom Viertel NO.

Unserem alten Freunde und Partei-  
 genossen  
**Alfred Melzer**  
 zu seinem heutigen Gedenktage ein  
 dreifach donnerndes Lebehoch! Hoch!  
 Hoch!  
 A. L. W. F. H. M. R. D.

Zur Hochzeit  
 unseres Genossen  
**Artur Sicking u. Frau**  
 ein dreifaches Hoch!  
 Die Genossen des 5. Bezirks  
 des Wahlvereins Tegel.

**Sozialdemokrat. Wahlverein  
 Rummelsburg.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser langjähriges Mitglied,  
 der Klempner  
**Hermann Rotermundt**  
 im Alter von 45 Jahren am  
 Donnerstag, den 4. d. Mts., ver-  
 storben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Sonntag,  
 den 1. Pfingstfesttag, nachmittags  
 4 1/2 Uhr, von der Halle des Rum-  
 melsburger Gemeinde-Friedhofes  
 aus statt.  
 Regere Beteiligung erwartet  
 8/5 Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein  
 für  
 Friedrichshagen u. Umgeg.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 2. Juni verstarb unser Mit-  
 glied, der Maurer  
**Paul Hargesheimer**  
 Friedrichshagen, Seefstr. 2  
 im 31. Lebensjahre an der Prole-  
 tariatskrankheit.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Sonnabend, den 6. Juni, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der hiesigen  
 Leichenhalle aus statt.  
 238/6 Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Mit-  
 teilung, daß mein lieber, guter  
 Mann, unser lieber Vater, Groß-  
 vater, Schwiegervater, Bruder und  
 Schwager, der Berufsführer  
**Reinhold Zubeil**  
 am Freitag, den 5. Juni, morgens  
 5 Uhr, nach langem, schwerem  
 Leiden im 66. Lebensjahre sanft  
 entschlafen ist.  
 171/18  
 Um stillen Beileid bitten  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet am zweiten  
 Pfingstfesttag, nachm. 4 1/2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des Petri-  
 kirchhofes, Friedenstraße, aus statt.

Allen Verwandten, Freunden  
 und Genossen die traurige Nach-  
 richt, daß meine liebe Frau  
**Emilie Heinze**  
 geb. Untermann  
 im Alter von 61 Jahren am  
 Dienstag, den 2. Juni, nach-  
 mittags 6 1/2 Uhr, nach langem  
 schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Ehre ihrem Andenken!  
**Otto Heinze,**  
 Rixdorf, Weierstraße 4.  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 6. Juni, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des neuen Rixdorfer Kirch-  
 hofes am Mariendorfer Weg aus  
 statt.  
 253/5

Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme und Kranzspenden beim  
 Hinscheiden meines lieben Mannes  
 und Vaters, des Böttchers  
**Paul Bogen**  
 sage ich allen Verwandten und Be-  
 kannten sowie den Parteigenossen, den  
 organisierten Kollegen der vereinigten  
 Buchbinder und dem Verbands der  
 Böttcher meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Martha Bogen**  
 nebst Tochter.  
 252/75

Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme und Kranzspenden bei der  
 Beerdigung meines lieben unvergeß-  
 lichen Mannes, unseres guten Vaters,  
 Bruders und Schwagers  
**Gustav Liebenow**  
 den Genossen und Genossinnen so-  
 wie dem Gelangereiten Vorbesetzung  
 unserer herzlichsten Dank.  
**Frau Luise Liebenow**  
 nebst Kindern.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Die Bureaus sind am ersten, zweiten und dritten  
 Feiertage geschlossen. Am Sonnabend, den 6. Juni,  
 sind die Bureaus bis 1 Uhr mittags geöffnet. Die  
 Einkassierung der Beiträge in den Zahlstellen erfolgt  
 am 6. Juni von 5 bis 7 Uhr abends.  
 85/6 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.**  
 Tel. Amt III 4518. Ortsverwaltung I u. II. C. 54, Mülackstr. 16.  
 Heute Sonnabend, den 6. Juni, werden die Bureaus um 2 Uhr nach-  
 mittags geschlossen.  
 Am Montag, den 8. Juni, sind die Bureaus ebenfalls geschlossen.  
 43/2 Die Vorstände.

**Alfred Krug, Hutfabrik.**  
 1. Geschäft: Brunnen-Straße 54,  
 2. „Schönhäuser Allee 115.  
 Herrenhüte 1,90, 2,40, 3,00,  
 3,50, 4,50 R. Haarhüte 5,00,  
 6,00, 7,00 R. Zylinderhüte 6,00,  
 8,00, 10,00, 12,00, 15,00 R. Mützen  
 für Herren und Knaben von 35 Pf. an  
 von 50 Pf. an bis zu  
 den feinsten Neuheiten.  
**Strohüte**  
 Leser dieser Zeitung vor-  
 langen bitte 5 % Rabatt.

**Eigene Scholle**  
 per Morgen 400 Mark  
 in der Nähe großer Seen, verkauft  
**Otto Trentepohl, Wensickendorf,**  
 Kreis  
 Niederbarnim.  
 254/25

**JEDER HERR**  
 welcher Wert darauf legt, einen eleganten Anzug oder Paletot fertig oder nach  
 Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma  
**LESKE & LEHRER**  
 Spezialhaus eleganter Herren- u. Knabenbekleidung  
 fertig und nach Maß  
 Bekleidung für sämtliche Berufe.  
 78 Kottbuser Damm 78  
 Unsere Grundsätze:  
 Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
 Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
 Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
 Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
 Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
 Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.  
 Wir bringen eine unerreichte Auswahl in  
**Frühjahrs-Anzügen \* Frühjahrs-Paletots.**  
 Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-  
 noden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend  
 eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere  
 Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere Kunden  
 die ergebenste Bitte, die Bestellung rechtzeitig zu übergeben, damit wir in die Lage  
 gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können.  
 Lieferanten an Vereine und Einkaufsgenossenschaften.

**Spiritus-  
 Kocher und Bügeleisen**  
 für Haus und Reise.  
 Centrale für Spiritus-Verwertung,  
 BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.  
 3223/L\*  
 Illustrierte Preisliste kostenlos!

**Pfingst-Reise-Ausverkauf!!**  
 Damen, beeilen Sie sich, bevor es zu spät wird!!  
 Der Ausverkauf beginnt heute 11 Uhr vormittag. Derselbe umfaßt  
**Kleider, Kostüme, Röcke, Mäntel, Blusen, Staubmäntel!**  
 Einfachste, mittlere, elegante und feinste Genres. Beste Stoffe und Zutaten,  
 neueste Façons!  
**Preise, so niedrig,  
 wie in Berlin wohl noch nicht dagewesen.**  
**Taffet- und Spitzen-Konfektion bis auf ein Viertel ermäßigt!!**  

Serie 1	2	3	4	5	6
früher bis M. 18.—	bis M. 30.—	bis M. 48.—	bis M. 68.—	bis M. 96.—	bis M. 180.— usw.
jetzt für M. 4 1/2.	M. 7.—	M. 11 1/2	M. 15 1/2	M. 23.—	M. 45.—

**Dabei verschenke ich ein Phantasie-Jackett bei Einkauf von  
 20 Mark an!!**  
 Eleg. Trauer-Magazin  
 Solortiger Besuch dringend  
 erbeten!  
 Man achte im eigenen Interesse  
 genau auf meine Firma und  
 Hausnummer!  
**Konfektionshaus Westmann**  
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a,  
 und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115,  
 kein Eckhaus,  
 2. Haus an d. Jerusalemer Straße  
 kein Eckhaus,  
 2. Haus an der Andreasstraße.

**Spandau.  
 Orts-Krankenkasse  
 der Tischler.**  
 Am Sonnabend, den 13. Juni,  
 abends 8 1/2 Uhr, findet bei Gottwalt,  
 Schönwalder Straße 80, eine  
 außerordentliche  
**General-Versammlung**  
 statt. 274/19  
 Tages-Ordnung:  
 1. Statutenänderung.  
 2. Berichtlesen.  
 Der Vorstand,  
 Kurt Wenziger, Vorsitzender.

**Sozialistische Neudrucke.**  
 Unter diesem Rubrum er-  
 scheinen auf vielfache An-  
 fragen hin eine Reihe ver-  
 griffener Schriften in neuer  
 Auflage, deren historischer  
 wie literarischer Wert wohl  
 auch heute noch das vor-  
 dienste Interesse in der  
 klassenbewußten Arbeiter-  
 schaft finden dürfte.  
 Als 1. Band ist erschienen:  
**Der deutsche Bauernkrieg**  
 von Friedrich Engels.  
 Mit Einleitung und An-  
 merkungen herausgegeben  
 von Fr. Mehring.  
 Der Preis beträgt 1,50 M.,  
 in gutem Einband 2,— M.  
**Expedition des „Vorwärts“**,  
 246/7\* Berlin SW.,  
 Lindenstr. 69, Laden.

**Hut-Arnold**  
 Dresdenerstr. 116  
 (Kein Laden) am Granienplatz  
**Hut u. Mützen**  
 Engros-  
 Geschäft  
 Einzelverkauf  
 zu auffallend  
 billigen aber  
 festen Preisen  
 Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00  
 Weiche do. v. 1,50-6,00  
 Herren-Mützen v. 0,40-2,50  
 Kinder-Mützen v. 0,40-3,00  
 Herren-Strohüte v. 0,50-13,50  
 Kinder-Strohüte v. 0,40-3,00  
 Garn-Damenhüte v. 1,00-5,25  
 Nur feiertreue moderne Ware

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung liefert  
 eleg. fertige Herren-Moden  
 Massanfertigung — feinste Verarbeitung.  
 Grosses Stofflager.  
 Erstklassige Schneiderwerkstatt im Hause.  
 Spezial-Geschäft für  
**Herren-Bekleidung**  
 Kein Waren-Kredithaus.  
**J. KURZBERG**  
 Rosenthalerstrasse 40-41  
 (Hackescher Markt) und  
 An der Jannowitzbrücke 1, 1  
 Bahnhof Jannowitz-  
 brücke.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
 Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
 Große Frankfurter Str. 136.  
 Medizinische Bäder aller Art  
 in werktätig ununterbrochen ge-  
 öffneten Sonder-Abteilungen für Damen  
 466 L. und Herren.  
 2 Wannenbäder mit je 2 Hand-  
 tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.)  
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Jhr  
 Hut**  
 muss gereinigt werden  
 mit Hutwäsehe 31452\*  
**Feuerrad**  
 1 Pack 25 Pf.  
 3 Pack 65 Pf.  
 Zur Renovierung bereits gefärbter  
 Hüte in gleicher Farbe od. dunkler  
 1 Pack 35 Pf., 3 Pack 1 M.  
**Fritz Kratz, Berlin N. 39**  
 Reinickendorferstr. 119.  
 In allen Drogerien, Apothek. usw.

**Billige  
 Woche!**  
 Zum  
 Pfingstfest!  
**Paletots**  
 schicken Form, vornehme  
 Fassons, elegantester Sitz,  
 in größter Auswahl zu  
 enorm billigen Preisen.  
**Anzüge**  
 aus feinsten Maß-Stoffen.  
 jetzt 20 bis 40 Mark.  
 Wert das Doppelte.  
**Hosen**  
 Prima Verarbeitung  
 jetzt 6 bis 12 Mark.  
 Ganz bedeutend unter Preis!  
**Versandhaus  
 Germania**  
 seit 20 Jahren  
 Unter den Linden 21<sup>11</sup>  
 Fabrikstr. 252/5  
 Keine Filialen.  
 Heute  
 bis 6 Uhr geöffnet.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 7. Juni 1908 (1. Pfingstfeiertag):

### Gr. Früh-Konzert

in Ludwigs „Viktoriagarten“ und Beylers „Gesellschaftshaus“,  
beide in Treptow, Köpenicker Landstraße,

und am Montag, den 8. Juni (2. Pfingstfeiertag)

in der Brauerei Friedrichshain (fr. Lipps), Am Friedrichshain.

Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billett 20 Pf.

Das Konzert wird von Kapellen der Organisation der Zivil-Berufsmusiker ausgeführt.

218/12 Das Komitee.

## Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 7. Juni 1908 (1. Pfingstfeiertag):

### Großes früh-Konzert

im Berliner Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9,

unter Mitwirkung erstklassiger Spezialitäten.

Montag, den 8. Juni 1908 (2. Pfingstfeiertag):

### Großes früh-Konzert

in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49,

unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Vereinte Sangesbrüder Moabit“  
und der Volksänger-Gesellschaft H. Anke.

Montag, den 8. Juni 1908 (2. Pfingstfeiertag):

### Großes früh-Konzert

in Ballschmieders Etablissement, Bad-Strasse 16,

unter Mitwirkung der Konzert-Kapelle des Herrn Fritz Blume und des  
Berliner Ulk-Trio.

Eröffnung 4 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Die Komitees.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Gewerkschaftshaus, Engolufer 14/15 II, Zimmer 31—36, 42—44.  
Arbeitsnachweis: Telephon Amt IV, 3348.  
Bureau: Telephon Amt IV, 4747.

Sonntag, den 7. Juni 1908 (1. Pfingstfeiertag):

### \* Früh-Konzert \*

in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps),  
am Königstor,  
ausgeführt von der 30 Mann starken Kapelle des „Neuen  
Berliner Konzert-Orchesters“ unter Leitung des Herrn Rudolf  
Tietz, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Männerchor der  
Berliner Handels- und Transportarbeiter“ (M. d. A.-S.-B.).  
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 5 Uhr  
an zur Verfügung.

Bei ungünstiger Witterung finden Konzert  
und Gesang im großen Saale statt.

Kasseneröffnung früh 4 Uhr. Anfang des Konzerts 5 Uhr.  
Billett a 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Einen recht zahlreichen Besuch erwartet Das Komitee.

## Gesangverein „Liedesfreundschaft“

Treptow - Baumschulenweg

Mitgl. d. Arb.-S.-B. Dirig. R. Böhring. Gegründet 1900.

Bahnstation Baumschulenweg. Alle 10 Minuten von der

Stadtbahn und Gürtler Bahn für 10 Pf. zu erreichen.

II. Pfingstfeiertag, Montag, den 8. Juni, morgens 5 Uhr:

**Großes Frühkonzert**

im schönen, schattigen Garten bei Spoor (Zind. B. Pasternack)

Baumschulenweg, Baumschulenstraße Nr. 78.

× Starkbesetztes Orchester. × Gefängliche Aufführungen. ×

Im Saale: TANZ. 65/18

Anfang 5 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 5 Uhr ab geöffnet. Eintritt 20 Pf.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.



## Dampfer-Extrafahrten

von der Waifenbrücke.

Am I. Feiertag:  
1. Promenadenfahrten nach dem Müggel- u. Zangensee. Abf. 5 1/2 Uhr  
früh, hin und zurück 50 Pf.

2. Nach Randsfangsdorfer. Abf. 6 1/2, vorm. u. 2 Uhr nachm., hin u. zur. 1 R.

Am II. Feiertag:

1. Nach Tempin (Zornow Schloß). Abf. 7 Uhr vorm., hin u. zurück 2 R.

2. Nach Randsfangsdorfer. Abf. 1 1/2, 1 1/2 Uhr nachm. Fahrpreis

3. Nach Woltersdorfer Schleuse } Abf. 2 Uhr nachm. } hin und zurück

4. Nach Neue Mühle } Abf. 2 Uhr nachm. } 1 Rort.

5. Nach Krampenburg. Abf. 2 1/2, Uhr nachmittags

Am III. Feiertag:

1. Nach Woltersd. Schleuse. Abf. 8 vorm. u. 2 1/2, Uhr nachm. } hin u. zur.

2. Nach Krampenburg. Abf. 9 1/2, 11. vorm. und 2 Uhr nachm. } vorm. 75 Pf.

3. Nach Neue Mühle. Abf. 2 Uhr nachmittags } nachm. 50 Pf.

H. Hertzler. Tel. Amt VI 6718. L. Kahnt. Tel. d. VII 580 u. 13450.

## Wernsdorfer Schleuse



## Gosener Berge

### Große Extra-Pfingst-Fahrten

In allen 3 Feiertagen

früh ca. 9 1/2 Uhr: } ab Schillings-Brücke.

nachm. ca. 2 Uhr: } 33172\*

Am 1. u. 2. Feiertag: Hin- u. zurück 50 Pf.

Am 3. Feiertag: Hin u. zurück 50 Pf.

Dazu ladet freundlichst ein Pichl, Gastwirt,

Restaurant zum Oder-Spree-Kanal.

Avis! Am Mittwoch, den 10. Juni, und Donnerstag, den 11. Juni:

Dampfer-Extra-Fahrten. Abfahrt ab Schillings-Brücke wie oben.

Hin und zurück 50 Pf. pro Person.

Tagl. u. ca. 1 Uhr mittags an halbtündl. Sonntag „Kyffhäuser“.

30 Pf. Wochentags 20 Pf. nach Restaurant „Kyffhäuser“.

## Familien-Restaurant Lindengarten

Ober-Schöneeweide, Tabbertstraße 5.

Schöner schattiger Garten an der Spree. Jeden Sonntag: Großer

Frei-Tanz. 1. u. 2. Feiertag: Konzert einer Damen-Kapelle.

wozu ergebenst einladet

Fernsp.: 230.

## Wo?

machen wir am Sonntag

unsern Ausflug? Nach

Pichelswerder zum

Alten Freund.

Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Empfehlenswerteste  
preiswürdigste, fertige

## Sacco-Anzüge

in tausendfältiger Auswahl.  
Neuzeitige Stoffe. Hoch-  
moderne bestsitzende Fassons  
Nur eigene Erzeugnisse.

60.— 55.— 50.— 45.—  
40.— 36.— 33.— 30.—  
27.— 24.— 21.— 18.—

15 M.



Für dicke und schwächliche Figuren enorme Auswahl  
gutsitzender, fertiger Sacco-Anzüge

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestrasse 29-30 □ 11 Brückenstrasse 11  
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 84 (Neueste Moden 1908) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

## Jenensia-Räder!



Mod. I

10 Jahre Garantie! □ Teilzahlung!

Adler-Räder!

Phänomen-Räder!

Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!

Auswahl in gebrauchten Rädern!

Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!

R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

## Credit-Haus

# 'Belle-Alliance'

Auf spielend leichte Teilzahlungen

erhalten Sie

## Damen- u. Herren-Garderoben

auch nach Maß. Sämtliche Manufakturwaren.

## Möbel

Polsterwaren, Uhren, Portieren,  
Gardinen, Betten usw.

Nur in Berlin

## Belle-Alliancestr. 100

schrägüber von Jandorf.

Kulante Bedingungen.

## Dampfer-Station Michaelbrücke

### Pfingst-Sonderfahrten

Sonntag, 1. Feiertag: Nach Woltersdorfer Schleuse. Abf. 1 1/2, Uhr.

Kupferdenk 2 1/2, Uhr nach Wendenschloß, Karolinenhof u. Schmückwitz.

Preis hin und zurück 75 Pf.

2. u. 3. Feiertag: Hin- u. zurück nach Rübozahl, Müggelwerder u. Wolters-

dorfer Schleuse. Abf. 7 1/2, Uhr vorm. und 2 1/2, Uhr nachm. Preis

hin und zurück 1,00 R. Nachm. 75 Pf.

Am 3. Feiertag: Früh und nachmittags hin und zurück 50 Pf.

Ferner 2. u. 3. Feiertag: 9 1/2, Uhr vorm. nach Neue Mühle. Preis

hin und zurück 1,00 R. Am 3. Feiertag: Früh und nachmittags

hin und zurück 50 Pf.

Mittwoch, 10. Juni, 2 1/2, Uhr nachm., nach den vorgenannten Stationen.

Preis hin und zurück 50 Pf. Kinder zahlen nur die Hälfte.

Reederei G. Zachow.

25235



## Große Extra-Dampferfahrten

mit Musik nach

## Sportshaus Ziegenhals

(Inhaber: M. Hirschel)

am herrlichen Krossinsee bei Zeuthen.

a. Reederei Nobileg, Jannowitzbrücke.

Am 1., 2. und 3. Feiertag, früh 8 1/2, Uhr.

Am 3. Feiertag, nachmittags 2 Uhr.

Fahrtpreis am 1. und 2. Feiertag: Hin und zurück 1 R.

3. Feiertag: Vorm. 0,75, nachm. 0,50 R. Kinder d. Hälfte.

b. Reederei Zachow, Michaelbrücke 1.

An der Holzmarktstraße.

Am 2. und 3. Feiertag, vormittags 10 1/2, Uhr.

Fahrtpreis: Am 2. Feiertag: Hin u. zurück 1 R.

3. Feiertag: 50 Pf. Kinder die Hälfte.

# An die Parteigenossen Berlins!

Am 10. Juni finden die Stichwahlen für alle Bezirke statt, in denen sich am 3. Juni keine Mehrheit für die Wahlmänner ergeben hat.

Nach den neuesten Ermittlungen fehlen uns in den Bezirken Berlin XII und Rixdorf-Schöneberg noch eine kleine Zahl, um die absolute Majorität aller Wahlmänner zu erreichen.

Wir appellieren nochmals an die Genossen Groß-Berlins, wiederum bis zum 10. Juni unermüdet tätig zu sein, um in allen Stichwahlen den Sieg an unsere sturmerprobten Banner zu fesseln.

Wie wir weiter erfahren, haben eine Anzahl freisinniger Wahlmänner das Wahlmannsmandat abgelehnt, so daß sich am 10. Juni Neuwahlen nötig machen, zu denen die Urwähler vom Magistrat geladen werden.

Aber auch in allen anderen Bezirken Groß-Berlins ist es unbedingt notwendig, bei den Stichwahlen auf dem Posten zu sein, da die gewählten Wahlmänner für die ganze Legislaturperiode, also für volle fünf Jahre, im Amte bleiben und sowohl jetzt wie auch später jede Wahlmannsstimme zählt.

Darum also, Genossen in allen Bezirken, Mann für Mann zur Stichwahl. Rüttelt alle Wähler, welche am 3. Juni fehlten, auf, wenigstens am 10. Juni die solidarischen Pflichten gegen ihre Arbeitsbrüder zu erfüllen und für die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner einzutreten.

Parteigenossen! Wie immer ertönt unser Ruf: An die Arbeit! Hoch die Partei!

Der Zentralvorstand.

## Partei-Angelegenheiten.

### Achtung! Zwölfter Landtagswahlkreis.

Die Parteigenossen werden ersucht, am Sonnabendabend 8 Uhr sich an folgenden Stellen einzufinden: Büchel, Thomassstr. 18. Volkman, Lehrter Str. 48a. Casar, Alt-Weaabit 119. Wönike, Alt-Weaabit 79. Achilles, Wieleffstr. 24. Walentowski, Perleberger Str. 13.

Parteigenossen! Wir erwarten von Euch in Anbetracht der aussichtsreichen Stichwahl, daß Ihr Eure Schuldigkeit tut und zahlreich antretet.

Die in Frage kommenden Wahlleiter erhalten das Material am Sonnabend von 5 Uhr an bei Achilles und Hilzstraße aus den obenbenannten Stellen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des zwölften Landtagswahlkreises.

Rixdorf. Achtung! Unsere Parteigenossen und deren Angehörige machen wir auf das am 2. Pfingstfeiertage stattfindende Fröhlich-Konzert, welches vom Wahlverein arrangiert ist, aufmerksam. Das Konzert beginnt um 5 Uhr und wird von Mitgliedern der Zivilmusikammer ausgeführt. Entree pro Person 10 Pf., Kinder frei. — Offene Kasse. — Im Saale gemüthlicher Tanz. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Den Damen steht die Kaffeeküche zur Verfügung. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Rowawed. Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt (Deutsche Festhalle), Wilhelmstr. 41/43, die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Besprechung über die stattgefundenen Urwahlen in unserem Ort. 4. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 5. Verschiedenes. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Französisch-Buchholz. Der Feiertage wegen findet die nächste Wahlvereinsversammlung erst am Mittwoch, den 17. Juni, statt. Der Jahlabend am 10. Juni fällt aus. Näheres wird noch bekannt gemacht.

Stralau. Der Wahlverein veranstaltet am 2. Pfingstfeiertag im Lokal „Alte Taverne“ ein Fröhlichkonzert mit Tanz. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch Sorge zu tragen.

Ferner werden die Genossen gebeten, die noch in ihren Händen befindlichen Sammellisten umgehend beim ersten Vorstehenden abzugeben.

Friedrichsfelde. Sämtliche Bezirksführer haben sich am Sonnabendabend 9 Uhr zur Entgegennahme der Arbeiten zur Stichwahl bei Endbrinck einzufinden. Das Wahlkomitee.

## Berliner Nachrichten.

Die Wahlleiter der Landtagswahlbezirke bitten wir darauf zu achten, daß die am 3. Juni gewählten Wahlmänner, soweit dies noch nicht geschehen, die grünen Formulare mit der Annahmeerklärung absenden. Der Aktionsauschuß.

### Fröhlichkonzert.

Welcher Arbeiter kennt nicht die erquickende Bedeutung dieses volkstümlichen Wortes? Es ist ein Freudenbegriff, der jahrzehntelang von Berliner Eigenart untrennbar war und seine Blüthezeit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts feierte. Wer nicht wenigstens an einem der beiden Pfingsttage zum Fröhlichkonzert ging, hatte vom „Lieblichsten der Freie“ nur die halbe Freude. Es war aber auch ein echtes, rechtes Volksvergnügen, das niemand dem Volke streitig machen konnte. Wenn die Massen der unteren Stände mit frischen Kräften und froher Stimmung in festlichen Kleidern den Kongertgärten zustrebten, waren die entervierten Festenden knapp erst auf die seidenen Kissen gesunken nach den getohten Orgeln in jenen Stätten des überhäumenden Genusses, wo man sich bei Wein und Weibern nicht langweilt. In ihrer Wastiertheit und Herzensleere verstanden sie es nicht, dem Reiz der töstlich labenden Fröhlnatur auch nur den geringsten Geschmack abzugewinnen. Was bedeutet diesen ausgebrannten Krätern, diesen vermorsteten Aßwern und Seelen das Pfingstfest? Ein Nichtstwertag, bestimmt zum unerfülllichen Lebensgenuß wie jeder andere Tag im Jahre auch. Sie können sich nicht hineinreden in jenes herrliche Gefühl, das der Arme, der um sein tägliches Brod schwer Ringende empfindet, nach sechs Tagen der Qual und der Anechtshaft wenigstens einen Tag frei und ungebunden zu sein, zu Pfingsten schon in früher Morgenstunde am bescheidenen Reich des Glüdes zu nippen. Ein Dorn im schielenden Auge waren die Pfingst-Fröhlichkonzerte von jeher denen, die dem unteren Volke selbst noch die herrliche, freie Gottesnatur mißgönnen und am liebsten alles Menschliche, um es ganz unter ihren einschüßenden Vann zu zwingen, in den Gotteshäusern

larnernieren möchten. Die Woche soll nur zum Arbeiten, der Sonntag nur zum Veten da sein. Als ob nicht die Gewissenstreinen und Geistesfreien, die dem Schönen und Guten der unmächtigen Natur huldigen, auf der großen Schuldwaage des Menschentums hundertmal leichter wiegen wie die anderen, die Rückwärtsler und Leisetreter, die Augenverdreher und Rosenkranzschneidenden!

Es war um die Mitte der neunziger Jahre, als die fortgesetzten Wotrversuche der Frommen und Frömmelnden, in die alte Berliner Volksitte einen Keil zu treiben, einen gewissen Erfolg hatten. Die erweiterte Polizeiverordnung über die Sonntagsruhe, welche dem Gastwirtsstande anfangs so großen Schaden zufügte, setzte auch dem unschuldigen Volksvergügen am Pfingstmorgen mit dem Läuten der Kirchenglocken ein Ziel. Biel hat es den Ueberfrigen im Herrn nicht genügt. Die Kirchen, die unter dem neuen allerhöchsten Kurse wie Pilze aus dem Berliner Boden schossen, blieben noch wie vor gähnend leer. Das bißchen Ueberfrucht an den Pfingstfeiertagen geht bekanntlich aufs Konto der Pfingstflucht, die manche sonderbare Heilige in seltsamer Vorliebe gar zu gern nach den Gotteshäusern spazieren führen. Und wenn etwa ein Jahrzehnt lang die Flut der ungezählten Lausende, die in früherer Zeit nach den Fröhlichkonzerten strömten, etwas abstaute, so lag das zu allererst in polizeilichen und kirchlichen Machinationen begründet. Es war die natürliche Folge der modernen Erscheinung, daß gerade die beliebtesten, volkstümlichen Gartenlokale, namentlich solche auf dem Gesundbrunnen, in der Hasenheide und in Moabit, unter dem goldhaltigen Zwang der Vaupetulation ihre Pforten für immer schlossen. Zufälligerweise hatte auch jahrelang der Wettergott gerade zu Pfingsten ein so verdrießliches Gesicht aufgesetzt, daß sich die Fröhlichkonzerte von selbst verboten. Erst in neuerer Zeit lebt die alte Volksitte, nachdem in den Vororten, nahe der Weichbildgrenze, zahlreiche neue mächtige Volksbelustigungsstätten entstanden sind, kräftig wieder auf. Das ist gut so. Auch an solchem Tage, der für kurze Stunden die lästigen Fesseln des Jochs abstreift, soll das Volk zeigen, daß es sich zu seinen vielen Rechtlosigkeiten nicht auch das Recht des Vergnügens, soweit in unserem herrlichen Staatsleben davon noch bescheiden die Rede sein kann, verliessen läßt.

### Wahlspisoden.

Auf die Kopfbedeckung abgesehen hatte es am Tage der Landtagswahl der Wahlvorsteher des 1064. Urwahlbezirks, der Hufsteinstr. 9 sein Wahllokal inne hatte. Der Wahlvorsteher heißt Emmaniam und wohnt Hufsteinstr. 2. Schon am Vormittag richtete er sein Augenmerk darauf, daß jeder Wähler in dem geheiligten Raum des Wahllokals sich seiner Kopfbedeckung entblöhte. Jeder Wähler, der unachtsamerweise mit der Kopfbedeckung an den Wahlort trat, wurde darsich zurückgewiesen mit der Bemerkung, erst draußen seinen Hut oder seine Mütze abzunehmen. Verschiedene Wähler waren durch diese Anordnung des erzieherischen Herrn Hausgenümers ganz verblüht, gingen hinaus und kamen dann ohne Kopfbedeckung wieder ins Wahllokal, um nun ihr Wahlrecht auszuüben. Bei anderen ging das weniger glatt ab, da sie meinten, sie könnten ja den Hut noch abnehmen und ihn in der Hand behalten. Das half aber nichts, sie mußten hinausgehen; selbst ein Schugmann in Zivil und einem ergrauten Manne erging es so. Wiederholt kam es deswegen im Wahllokale zu lautem Streite. In einigen Fällen drohte der Herr nach der Polizei zu schiden, wenn seinen Befehlen nicht sofort willig Folge geleistet würde, er wüßte dann diese Drohung auch aus. Die Polizei belam aber nichts zu tun. Wir wollen nicht darüber streiten, ob es richtig ist, im Wahllokale die Kopfbedeckung aufzubehalten; wenn aber die Leute ihren Hut abnahmen, hatte der Herr Wahlvorsteher kein Recht, dieselben erst nochmals aus dem Wahllokale zu schiden und sie erst dann zur Wahl zuzulassen. Ist der Herr etwa gar Referententnant, daß er glaubt, in dieser Weise verfahren zu müssen?

Sollte Herr Emmaniam für die Zukunft wieder einmal zum Wahlvorsteher auserkoren sein, tut das Wahlbureau gut, dem Herrn erst ein Privatgespräch über Rechte und Pflichten eines Wahlvorstehers zu halten.

Aus dem Hansviertel wird uns geschrieben: Wenn einem Genossen von einem Arzte Langeweile verordnet werden müßte, dann könnte er ihm ohne Bedenken anraten, die unsinnigen Besprache des Freisinnlängels am Wahlort mit anhören zu müssen. Meine Sprache ist zu dürftig, um die im Hansviertel verzapfte Summe von Dummheit, Unwissenheit und Ausblähung zu schildern. Die Erst- und Zweitklassigen am Wahlort hatten teilweise keinen Schimmer von den Pflichten der Wahlmänner, und natürlich ging ihnen auch jedes Gefühl für die Schädlichkeiten des elenden Wahlgehetes ab. Auch die Wähler standen mitunter auf preußischer Kulturhöhe schweigend am Wahlort, unter anderem zog ein Polizeiwachtmeister ab, weil er nicht wußte, wie er sich zu verhalten und zu stimmen hatte, und ein Oberpostkammerverwandter, als er die Öffentlichkeit der Wahl hörte, protestierend. Wiederum wählten Proletarier aus Unkenntnis nur einen Wahlmann und schämten sich so ihr winziges Recht noch um die Hälfte. Wenn man von alledem Zeuge sein muß, möchte man aus der Haut fahren, weil sich eine Regierung dieser Jarce von Wahl nicht schämt, und eine Bevölkerung sich so etwas bieten läßt. Lange genug zog die Regierung Vorteil aus der Furcht und der Dummheit ihrer rechtlosen Bürger; es wird Zeit, diese Schmach hinweg zu demonstrieren.

Für die beiden Pfingstfeiertage hat die Eisenbahndirektion Berlin wieder die weitgehenden Maßnahmen getroffen, um den zu erwartenden Massenandrang der Ausflügler nach den Vororten gerecht zu werden. Nach dem Grunewald werden vom Potsdamer Bahnhof, Rixdorf, Grünau über Stadtbahn, von Weichense über Nordring und Westend Züge derartig abgelassen werden, daß circa alle 7 1/2 bis 10 Minuten ein Zug auf der genannten Station eintrifft. Für die Rückförderung am Abend werden noch besondere Züge zwischen Grunewald und Charlottenburg eingelegt, so daß mit Einschluß der Vorortzüge zu den Hauptverkehrsstunden sich die Trains nach den verschiedenen Richtungen in Abständen von fünf Minuten von der Station aus folgen werden. Für die Strecke Berlin-Hermisdorf ist ein 7 1/2 bis 10 Minutenverkehr vorgesehen. Nach Friedrichshagen und Erfner werden außer den fahrplanmäßigen Sonderzügen auch noch solche nach Bedarf bis zu einer Zugfolge von 10 Minuten abgelassen. Um eine übermäßige Belastung der Stadtbahn zu verhindern, auf der die Zugdichtigkeit höchstens zwei Minuten betragen darf, wird ein großer Teil dieser Sonderzüge ebenso wie in der Richtung nach Grünau und Nieder-Schöneweide vom Schleifischen Bahnhof abgelassen. Ausflügler, die von einer Stadtbahnstation abfahren wollen, werden also auf daran tun, bei besonders starkem Verkehr mit einem Stadtbahnzuge bis zum Schleifischen Bahnhof zu fahren und dort umzusteigen. Für den Verkehr nach Spandau werden ebenfalls Sonderzüge, die die Stadtbahn nicht berühren, vom Bahnhof Charlottenburg aus verkehren. Der Vorortverkehr über die Stadtbahn nach Potsdam wird durch Sonderzüge verstärkt werden, welche die Fernleiße benutzen und dementsprechend nur auf den Fernbahnhöfen halten.

Die Aufnahmefähigkeit der in allen Richtungen von früh bis zum Schluß verkehrenden Züge wird über zwei Millionen Personen betragen; dennoch wird eine Ueberfüllung der einzelnen Wagenabteile nicht zu vermeiden sein, weil ja der Hauptverkehr sich immer nur in wenigen Stunden zusammendrängt und zu anderen Zeiten eine geringere Plagausnutzung der Trains erfolgt.

Ueber eine widerliche Szene auf dem Bahnhof Halensee wird uns von einem Augenzeugen berichtet: Am Tage der Landtagswahl

gegen 5 Uhr abends erlebte ich beim Betreten des Bahnsteiges einen Ausbruch, der ebenso empörend wie abscheulich wirkte. Auf dem zweiten Bahnsteig, der sonst völlig menschenleer war, waren der mit der roten Dienstmütze bekleidete Vorsteher und ein Eisenbahnarbeiter bemüht, einen dem Arbeiterstande angehörenden Menschen aus mir unbekannter Ursache vom Perron zu zerren. Da sich der Arbeiter gegen seine Entfernung sträubte, geriet der Vorsteher demohin in Wut, daß er mit dem in der Hand haltenden Signalapparat (bekanntlich eine an einem handlichen Stod befestigte Scheibe) plötzlich mit wahrer Verfehrerwut blindlings auf den Unglücklichen einhieb. Die auf dem anderen Bahnsteig zahlreich wartenden Passagiere gaben ihrer Empörung über diese Rohheit eines Beamten lauten Ausdruck, was den Herrn aber durchaus nicht genierte. Die Einfahrt meines Auges verhinderte mich leider, den Ausgang dieser Affäre zu erkunden. Aber die Frage muß man doch aufwerfen: War es menschlich oder auch nötig, auf einen wehrlosen Menschen, selbst wenn er sich eines Vergehens schuldig gemacht hätte, auf so rohe Weise mit einem Knüttel einzuhauen? Wo bleibt da die „altbewährte preußische Beamten-tradition“, nach welcher die Beamten die Diener des Publikums sind? Hoffentlich erfährt die Eisenbahnbehörde, die ja von Zeit zu Zeit ihren Beamten einspart, dem Publikum gegenüber „höflich und zuvorkommend“ zu sein, von diesem Uebergriff eines ihrer Beamten und macht ihm klar, daß auch Arbeiter in ärmllicher Kleidung zum „Publikum“ gehören.

Von den „Erfolgen“ der Berliner Gemeindefchule. Im Februar entnahmen wir der „Volkszeitung“ eine Notiz, die einen wunderlichen „Aussah“ über den „Pariser Plah“, angeblich die Arbeit einer Berliner Gemeindefchülerin, enthält. Dieser „Aussah“, der wort- und buchstabengetreu wiedergegeben sein sollte, mußte in seinem blühenden Bildwinn als eine geradezu ungeheuerliche Probe der „Erfolge“ unserer Gemeindefchulen erscheinen. Die „Volkszeitung“ hatte noch hervorgehoben, die Schülerin sei sogar „regelmäßig verkehrt“ worden. Dem gegenüber äußerten wir Zweifel daran, daß eine solche Leistung irgend einem Lehrer als ausreichende Durchschnittsleistung der betreffenden Klasse gelten könne. Im übrigen wiesen wir darauf hin, daß durch Veröffentlichungen dieser Art nur die Lehrer selber blamiert werden. Wir sprachen auch die Vermutung aus, daß schließlich der Lehrer, der hier in Frage komme, in eigener Person die Veröffentlichung der ihn blamierenden Notiz veranlaßt haben werde.

Kunmehr hat nach mehr als drei Monaten der Magistratsberichterstatler den Zeitungen gemeldet, die Schulverwaltung der Stadt habe die „Volkszeitung“ um Angabe der fraglichen Schule gebeten, habe aber keine Auskunft erhalten. Auch vom Provinzial-schulkollegium sowie vom Kultusministerium sei bergschick dort angefragt worden. Es seien dann Ermittlungen vorgenommen worden und dabei habe sich herausgestellt, daß ein „Aussah“ über den „Pariser Plah“ in gar keiner Gemeindefchule Berlin angefertigt worden war. Erst infolge jener Zeitungsnotiz habe man nachträglich in der 64. Schule den Kindern dieses Thema zu bearbeiten gegeben, aber die Aufgabe sei von den Kindern zur Zufriedenheit gelöst worden. Zu dieser magistratsbessigen Mitteilung hat die „Volkszeitung“ erklärt, ihr sei der Wortlaut jenes angeblichen „Aussahes“ damals von einem Lehrer zugestellt worden, mit Rücksicht auf das Redaktionsgeheimnis habe sie der Behörde keine Auskunft gegeben.

Das Interessanteste an dieser Affäre ist, daß auch die „Pädagogische Zeitung“, das Organ der Berliner Gemeindefchullehrer, den angeblichen „Aussah“ als Falsche hingenommen und eine längere Erörterung der Ursachen solcher Mißerfolge angehängt hätte. Der Umstand, daß das Kind sogar „regelmäßig verkehrt“ worden sei, würde von dem Lehrerblatt zwar als „auf-fallend“ bezeichnet, aber sonst mit keinem Worte ange-zweifelt. Wir ersahen daraus zu unserer Ueberzeugung, daß sogar in Lehrerkreisen dieses Unmögliche für möglich gehalten wurde. Die magistratsbessige Nichtigstellung wird jetzt auch von der „Pädagogischen Zeitung“ wiedergegeben. Einzugefügt wird aber von dem Lehrerblatt merkwürdigerweise weiter nichts als der tolle Satz: „Hiernach zu urteilen, muß die „Volkszeitung“ von dem Einfunder grob getäuscht worden sein“. Daß der Einfunder nach der Veröffentlichung der „Volkszeitung“ ein Lehrer war, wird in der „Pädagogischen Zeitung“ nicht mitgeteilt.

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Monat Mai nächstigen im Männerzahl 21884 Personen, wovon 9872 badeten, im Frauen-zahl 4885 Personen, wovon 2208 badeten.

Die Omnibuslinie 11 „Moabit-Neuer Markt“ wird am 8. d. M. ihre Fahrten einstellen, weil die Benutzung eine zu geringe geworden ist. Dagegen wird der Betrieb auf anderen Linien eine Verstärkung erfahren.

### Was ist beim Fahren ein „weiter Vogen“?

Eine Goldgrube für die Polizeikasse sind die Fahrkonventionen auf Berliner Pflaster. Nach dem strengen Buchstaben der Fahrordnung soll stets auf der rechten Seite des Fahrdammes gefahren und nach Nebenstraßen in „weiterm Vogen“ eingeklinkt werden. Auf dem Papier steht das außerordentlich einleuchtend aus, aber in der Praxis des Riesenverkehrs der Weltstadt ist es tatsächlich nicht immer durchführbar. Wenn diejenigen Wagenführer, welche, ohne damit irgendwelches Unheil anzurichten, für ganz kurze Strecken die Mitte des Fahrdammes halten und nach der Mitte anderer Straßen einbiegen, bestraft werden sollten, müßte täglich noch einige Tausende polizeilicher Strafverfügungen mehr erlassen werden. Die Schugmannsposten hätten weiter nichts zu tun, als von drei Rutschern mindestens immer einen „aufzufahren“ und dadurch den Verkehr empfindlich zu stören. Gestern stand wegen einer solchen Straßenpolizei-Uebertretung, und zwar auf Grund einer privaten Denunziation, der Vierstürker Nr. vor dem königlichen Schöffengericht. Es kam dabei zwischen den Zeugen und dem Vorstehenden zu Erörterungen, was ein „weiter Vogen“ sei. Die Zeugen erklärten unter Eid, daß unter Berücksichtigung der außerordentlich günstigen örtlichen Umstände der Angeklagte einen genügend weiten Vogen beschriebe, da er auf dem sehr breiten Straßenzuge zwischen Lindenstraße und Schützenstraße von einer Straßennitte zur anderen gefahren sei. Es wurde ausdrücklich betont, daß familiäre Wagenführer an dieser Stelle so fahren und daß sie oft gar nicht anders fahren können. Trotdem verurteilte der Vorstehende bei dem einseitigen Standpunkte, daß jeder, der nicht genau die rechte Seite hält, sich strafbar mache. Natürlich wurde nunmehr der polizeiliche Strafbefehl richterlich bestätigt.

Wir müssen zugestehen, daß dieses Urteil, wenn es sich auch strikte nach der Vorschrift richtet, mit den Verkehrsinteressen nicht in Einklang zu bringen ist. Wer links fährt und nach links einbiegt, also entgegenkommendes Fußwerk in Gefahr bringen kann, handelt sicher nicht richtig. Aber auch diejenigen Rutschern zu bestrafen, welche für wenige Sekunden die Mitte der Straße beschaffen, ist eine unbedeutende Härte. Selbst die Schulleute pflegen derartige Rutschern nur in ganz seltenen Fällen zur Anzeige zu bringen. Eine mildere Auffassung der Verichte scheint uns hier bei der Eigenart des Weltstadtverkehrs dringend am Platze zu sein.

Ein neuer Frauenmord? Im Charlottenburger Verbindungskanal, unweit Wlöhensee, gegenüber der Erziehungsanstalt Eihar, wurde gestern, vormittags 11 Uhr von zwei Arbeitern der Oberkörper einer Frauenleiche im Wasser aufgefunden. Die dortige Polizei landete die Leiche und erstattete sofort der Berliner Kriminalpolizei Anzeige. Unter Führung des Oberregierungsrates Hoppe eilte die sogenannte Nordkommission nach dem Fundort. Auch der Gerichtsarzt Dr. Strauch begab sich dorthin.

Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes geschafft und dort von dem Gerichtsarzt besichtigt. Dabei ergab sich folgendes Resultat: Der Oberkörper der Leiche ist fast horizontal abgeschnitten dertat, daß an der Vorderseite die Haut etwa 15 Zentimeter länger stehen geblieben ist als die Haut des Rückens. Die Wirbelsäule ist unregelmäßig und zackig durchgetrennt. Die Knochen des Brustkorbes und die Rippen sind fast sämtlich gebrochen. Der rechte Oberarm zeigt eine 10 Zentimeter lange Schnittwunde. Auch an der linken Augenbraue ist die Haut durchgeschnitten. Der Unterkörper fehlt noch. Die Lote scheint eine Arbeits-Lose gewesen zu sein. Ihr Alter wird auf 40 bis 50 Jahre geschätzt. Das Haar ist dunkelblond, die Augen sind braun. Bis jetzt konnte die Persönlichkeit der Toten noch nicht festgestellt werden. Ebenso ist noch nicht ermittelt, ob es sich wirklich um ein Verbrechen handelt oder ob die Verletzungen von einer Schiffschraube herrühren. Die Leiche muß schon mehrere Tage im Wasser gelegen haben.

Am Laufe des gestrigen nachmittags erschien eine Gerichts-Kommission und ein Vertreter der Staatsanwaltschaft in Bismarck, um den Leichnam aufzunehmen. Die Leiche wurde mehrmals photographiert. In erster Linie handelt es sich für die Polizei darum, die Persönlichkeit der Toten festzustellen und die noch fehlenden Körperteile herbeizuschaffen. Der Charlottenburger Verbindungskanal wurde nach allen Richtungen hin abgesehen, jedoch ohne Erfolg. Gegen Abend erließ der Polizeipräsident an den Säulen Groß-Berlins folgende Bekanntmachung:

#### 1000 M. Belohnung.

Am 5. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, wurde im Charlottenburger Verbindungskanal, etwa 150 Meter südwestlich von der Königsdammbrücke, der Oberkörper einer ungefähr 40 bis 50 Jahre alten weiblichen Person gefunden, der offenbar mehrere Tage im Wasser gelegen hat. Kopf und Arme befinden sich am Körper. Der Unterkörper von etwa 15 Zentimeter unterhalb des Halses ab und die Beine fehlen. Diese Teile liegen wahrscheinlich noch im Wasser. Ihre Auffindung ist von großer Wichtigkeit. Die Möglichkeit einer strafbaren Handlung ist nicht ausgeschlossen.

Die Person gehört den unteren Ständen an. Das kastanienbraune Haar ist kurz abgeschnitten (sogenannter Titus-Kopf). Die Schneidezähne des Oberkiefers fehlen, im Unterkiefer sind vier Schneidezähne vorhanden. An der Leiche befinden sich zerrissene Stücke einer schwarzen Chediotbluse und eines mit Besatz versehenen Hemdes.

Für den Fall, daß ein Verbrechen vorliegt, wird die obengenannte Belohnung für die Personen aus dem Publikum ausgesetzt, die glaubwürdige Angaben zur Ueberführung des Täters ermitteln. Ein Teil der Belohnung ist für die Auffindung der fehlenden Körperteile bestimmt.

Berlin, den 5. Juni 1908.

Der Polizeipräsident  
gez. v. Stubenrauch.

In späterer Abendsunde erfahren wir, daß die Obduktion keinerlei Anhaltspunkte für einen Mord ergeben hat. Vielmehr sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten ist. Sorgfältige Untersuchungen führten zu dem Schluss, daß der Körper der Leiche von zwei Schiffschrauben fast horizontal durchgeschnitten worden ist, und daß auch die Verletzungen am Oberkörper auf die gleiche Ursache zurückzuführen sind.

Herr Altschädel hat's durchgesehen! Die Westonsutter-fabrik erzählt die Geschichte zu einer neuen Fabrikation und die Einwohner des Schlicht- und Hochhofes wurden mit dem „Besserungssystem“ der elektrischen Geräte beglückt. Wie immer soll das „neue Verfahren“ tadelloser sein. Der „Fachmann und Techniker“ Altschädel begünstigte dies. Während unter dem Namen der Stadtverordnetenversammlung tagte, wurde oben im dritten Stock des Rathauses in der Sitzung des Kuratoriums des Schlicht- und Hochhofes der neue Kontrakt angenommen, welcher auf weitere sieben Jahre die Fabrik draußen auf dem Schlichthofe „arbeiten“ läßt. Es gelang uns, eine kleine Sicherheitsvorkehrung zu treffen dahingehend, daß in dem Vertrage die Bestimmung aufgenommen wird, daß alles Blut bis zum Abend des auf den Schlichttag folgenden Tages verarbeitet sein muß sowie daß jede aus der Fabrik dringenden üblen Gerüche bezwungen werden müssen. Zuüberhandlungen sollen mit 500 M. Geldstrafe und im dritten Falle mit Schließung der Fabrik bestraft werden. Der von sozialdemokratischer Seite abgemachte Antrag, eine Kommission zur näheren Prüfung der neuen Fabrikation einzusetzen, wurde natürlich wieder abgelehnt, was wirklich nicht für all zu große Gewissenhaftigkeit spricht. Jetzt haben die Anwohner noch Zeit, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung, wo der Vertrag vorgelegt werden muß, sich zu äußern und dagegen zu protestieren, daß sie abermals als Versuchskaninchen benützt werden sollen. Viel Zeit ist nicht zu verlieren.

Ueber eine ansteckende Haarkrankheit machte in der letzten Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft Dr. Charles Schönberg Mitteilungen. Es handelte sich hierbei um eine in Deutschland außerordentlich seltene Erkrankung des Haares, die durch einen Pilz, das „Microsporon Audouini“ hervorgerufen wird. Diese Krankheit, die mit seltenen Ausnahmen nur bei Kindern, und zwar vorzugsweise bei Knaben vorkommt, ist äußerst langwierig. Es entstehen unter der Einwirkung des Pilzes mehrere ein bis fünf Zentimeter große kahle Flecke, die mit kleinen Schuppen bedeckt sind und an deren Rändern die Haare in einer Höhe von circa drei Millimetern abgebrochen sind. Es sind bis zu 10 und mehr solcher Krankheitsherde auf der Kopfhaut beobachtet worden. Unter dem Mikroskop kann man die kleinen regelmäßigen Pilzsporen um das Haar herum liegen sehen. Der Erreger dieser Erkrankung ist bereits im Jahre 1848 entdeckt worden, aber dann in Vergessenheit geraten. Erst im Jahre 1892 hat der französische Gelehrte Sabouraud diese Haarkrankheit wieder von neuem als eigentliches typisches Krankheitsbild beschrieben. Während in anderen Ländern, besonders in Paris und London, diese Haarkrankheit endemisch ist, d. h. dauernd in zahlreichen Fällen beobachtet wurde, ist sie bisher in Deutschland nur vereinzelt aufgetreten. In Schönberg hat sie jedoch ansehnend eine richtige Epidemie hervorgerufen, denn wie in der sich an die Demonstration von Dr. Charles anschließenden Diskussion ergab, sind bereits 22 Fälle von dieser Krankheit bei Schönberger Kindern beobachtet worden und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Erkrankungen zum Vorschein kommen. Es sind bereits von den Schönberger Behörden umfassende Maßnahmen, z. B. Untersuchung der Kinder ganzer Schulen usw., in die Wege geleitet worden, um ein Uebergreifen auf die Nachbarkinder zu verhüten. In Paris hat diese Krankheit einen derartigen Umfang angenommen, daß sich die Stadtverwaltung genötigt sah, unter einem Kostenaufwand von 600 000 Frank ein eigenes großes Institut zu errichten, in dem die erkrankten Kinder bis zur völligen Heilung interniert bleiben; sie erhalten dort vollkommenes Schulunterricht, da sich der Aufenthalt in dieser Anstalt bis zu 1 1/2 Jahren erstreckt — so lange Zeit ist oft notwendig, um eine völlige Heilung herbeizuführen. Die Ansteckungsgefahr ist zwar sehr groß, doch gelingt es, wie z. B. Oberlinart bis nach seinen Erfahrungen in Basel erwarbte, recht wohl durch geeignete Maßnahmen eine Ausbreitung dieser ansteckenden Haarkrankheit zu verhindern. Jedensfalls ist diese Vorrichtung in der Berliner medizinischen Gesellschaft eine Mahnung für die Eltern, besonders in der Arbeiterbevölkerung, auf etwaige kahle Flecke auf dem behaarten Kopfe, auf deren die Haare ausgefallen oder abgebrochen sind, zu achten, und sofort den Arzt oder den Lehrer aufmerksam zu machen, damit eine genaue Untersuchung stattfindet.

Die Betriebsleitung der Berliner elektrischen Straßenbahnen A. G. (Stemens u. Halske) teilt mit, daß bei günstiger Witterung am 1. und 2. Pfingstfeiertage auf unseren Linien folgende Frühzüge eingestellt werden: 1. Linie Behrenstraße—Treptow: Ab Hollmannstraße Ecke Wendenstraße von früh 4 1/2 Uhr an, ab Behrenstraße von früh 5 1/2 Uhr an, in Abständen von 10 Minuten. 2. Linie Mittelstraße—Pankow—Nieder-Schönhausen: Ab Pankow Betriebsbahnhof Damerowstraße von früh 4 1/2 Uhr an, ab Mittelstraße (Ecke Friedrichstraße) von früh 4 1/2 Uhr an, in Abständen von 10 Minuten. 3. Linie Badstraße (Ecke Prinzenallee)—Franz Buchholz: Ab Badstraße (Ecke Prinzenallee) von 4 1/2 Uhr an, in Abständen von 35 Minuten.

Ein sinkender Frachtdampfer. Der Frachtdampfer „Eise“ des Schiffers Grabert aus Kallberge, der mit Eisenteilen und gefüllten Viertonnen beladen war, hatte am Donnerstagabend gegenüber dem Hause Friedrichstraße Nr. 4 angelegt und wollte noch während der Nacht nach Spandau fahren. Gegen 9 Uhr neigte er sich plötzlich nach der Seite und zog Wasser. Der Heizer öffnete sofort das Sicherheitsventil, um dem Dampf Abzug zu verschaffen und eine Explosion des Kessels zu verhüten. Gleichzeitig setzte er das Signalhorn in Tätigkeit. Feuerwehr und Strompolizei waren alsbald zur Stelle. Zunächst wurde der sinkende Kahn mit starken Seilen an eisernen Brückengeländern und an den Steinpfeilern festgebunden, dann für Herbeischaffung eines leeren Lastkahnens gesorgt. Dieser legte sich neben den Dampfer und sofort begann die Umladung vom Dampfer auf den Kahn. Diese Arbeit war sehr zeitraubend und wurde erst nach Mitternacht beendet. Eine Dampfpruge der Feuerwehr war während dieser Zeit in Tätigkeit, um das eingedrungene Wasser auszupumpen.

Mädchenhändler unterwegs. Die soziedad philanthropica in Buenos Ayres hat die hiesige Kriminalpolizei auf Mädchenhändler aufmerksam gemacht, welche demnächst nach Europa kommen werden. An der Spitze der Gesellschaft steht ein „großer Chef der dunklen Bande der Kastraten“ (Mädchenhändler), der unter dem Namen Abraham oder Adolf Didenfaden oder auch Adolf Napoleon reist. Er ist im Alter von 43—45 Jahren, ist corpulent und hat dunkles Haar und Schnurbart. Er hat den Typus eines Perfers. In seiner Begleitung befinden sich 14 Individuen von schlimmstem Rufe, die darauf ausgehen, in Europa Mädchen zu verlocken, mit ihnen nach Buenos Ayres zu gehen, um sie dort an öffentliche Häuser zu verkaufen.

In der „Wanzen Höhle“ ertrunken. In dem heimtückischen moralischen Gewässer an der Schöneberger und Tempelhofer Grenzmarkung der „Wanzen Höhle“, die in jedem Sommer ihre Opfer fordert, hat auch gestern wieder ein junges Menschenleben den Tod gefunden. Trotz des polizeilichen Verbotes, an jener Stelle zu baden, sollten Schulkinder in dem Gewässer herum. Gestern wurden Schulkinder durch das Jammerschrei eines der Badenden, des neunjährigen Schülers Ernst Mälinger, Eberstraße 67, plötzlich aufgeschreckt. Der kleine R. war an eine tiefe, sumpfige Stelle herangeraten und sonst nun unter. Die Leiche des Ertrunkenen wurde bald darauf geborgen.

Beim Baden ertrunken ist ferner der 17jährige Realschüler Scholz aus der Braunsbergerstraße 27. Der junge Mensch war mit anderen Schulkameraden nach dem Halensee hinausgefahren, um in der Badenanstalt Schwimmen- und Sonnenbäder zu nehmen. Beim Baden wurde er plötzlich von einem Herzschlag betroffen und ging unter. Erst als die Freunde sich vernahmen, wurde man auf den Unfall aufmerksam. Die Leiche konnte bisher noch nicht gelandet werden.

Ein Beitrag zur Arbeitslosigkeit. Bei den Wahlen in Spandau konnte man so recht sehen, daß die Arbeitslosigkeit in Berlin noch lange nicht nachgelassen hat. Auf eine Annonce, in welcher die Liberalen circa 100 Zettelverteiler usw. suchten, erschienen nicht weniger denn 700—800 Arbeitslose. Verschiedene von denselben hatten kein Fahrgeld und kamen von Berlin bis nach Spandau zu Fuß. Nachdem das Komitee etwa 200 Mann angenommen hatte, schlachten sie den übrigen das Fahrgeld und erst gegen Mittag setzte sich die Straße.

Opfer des Straßenverkehrs. Ein tödlicher Automobilunfall hat sich gestern morgen gegen 9 Uhr am Weddingplatz ereignet. Zur genannten Zeit wollte dort eine etwa 40jährige Frau den Fahrdamm überschreiten, als ein Brauereiwagen herannah. Derselbe ausweichend, geriet die Frau gegen eine neben dem Brauereiwagen fahrende Automobilmaschine, wurde niedergedrückt, über den Kopf gefahren und erlitt einen Schädelbruch. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Lindener Straße gebracht, wo der Arzt feststellte, daß Knochen splitter in das Gehirn gedrungen waren. Die Unbekannte, deren Personalien nicht festzustellen waren, wurde nach dem Rudolf-Widow-Krankenhaus übergeführt, wo sie bald nach ihrer Einlieferung verstarb.

Ein zweiter tödlicher Straßenunfall trat sich gestern abend gegen 1/2 Uhr in der Hennigsdorfer Straße zu. Der 60jährige Schüler Georg Widmann, Sohn des in der Liebenwalder Straße wohnenden Arbeiters L., ging mit seiner 14 Jahre alten Schwester, die den Kleinen an der Hand führte, die Hennigsdorfer Straße entlang. Plötzlich erlitt die Schwester auf der anderen Seite einen Sturz. Sie fiel auf den Kopf und erlitt einen Schädelbruch. Die Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Lindener Straße gebracht, wo der Arzt feststellte, daß Knochen splitter in das Gehirn gedrungen waren. Die Unbekannte, deren Personalien nicht festzustellen waren, wurde nach dem Rudolf-Widow-Krankenhaus übergeführt, wo sie bald nach ihrer Einlieferung verstarb.

Großen Versuch hatten wir gestern in unserer Redaktion. Ein Kollege des Rufes nachnotierte sich und in der Person des Hiesigen Bischoff vor, der im Wallage-Panoptikum sich für Geld sehen läßt. V. übertrifft den nachnotierten zwar nur um 1/2 Zentimeter, seine sonstigen Körpermaße sind aber größer. Unsere Hände konnten wir getrost dreimal nebeneinander in die Taschen des Hiesigen legen. Seine Handschuhsnummer ist 17 1/2. Und hätte er es nicht zu klein, Nummer 77 paßt ihm erst. Sein Brustumfang ist ganz ansehnlich, er beträgt 174 Zentimeter. Wie wir, die wir ihm kaum unter den Arm reichten, an ihm in die Höhe saßen, erzählte er uns, daß er 80 Jahre sei und im Hinblick bei der Garde gedient habe. Seine Gesichtszüge seien aber alle von normaler Größe.

Zeugen gesucht. Die beiden Herren, die am Mittag des 10. April an der Friedrichstraße, Ecke Driemenburger Straße, sich einem Radfahrer als Zeugen anboten, werden ersucht, ihre Adresse gefälligst recht bald an Herrn Puls, Kruppstraße 5, einsenden zu wollen. Der Radfahrer soll eine Frau sabrillig umgefahren haben.

Wer ist der Tote? Am 17. Mai ca., nachmittags gegen 7 Uhr, wurde im Spreekanal an der Wobisbrücke die Leiche eines etwa 20—25 Jahre alten Mannes gelandet. Die Leiche war etwa 1,68 Meter groß, hatte langes, dunkelblondes Haar und keinen blonden Schnurbart; blickte war sie mit grauwolkenem Hemde, blau-weiß gestreifter Unterhose, blauer Tuchhose und Weste (Schiffshose), dunkelblauer wollener Unterjacke, schwarzem Jackett, grauen Strümpfen und dunkelroten Nisch-Handschuhen. Ein weißes Zehenschuh, am Hande mit roten Streifen, war mit einem dreiblättrigen Kleeblatt und den Buchstaben M. S. gezeichnet. Nach der Kleidung zu urteilen, ist der Verstorbene ein Schiffers Person, welche über die Persönlichkeit des Verstorbenen Auskunft geben können, wollen sich mündlich oder schriftlich im Polizeipräsidium, Zimmer 240, zu Nr. 8123 IV 50 08, oder in einem Polizeirevier melden.

Vermisst. Seit dem 31. Mai ist die Frau des Schiffseigners Fiedler aus Hamburg von dem Kahn ihres Mannes verschunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie in den Trübel der Flugschifflichkeiten hineingerissen ist und nun ihren Kahn nicht wiederfinden kann; auch mit der Möglichkeit, daß ihr ein Unfall zugefallen ist, muß gerechnet werden. Sie trug bei ihrem Verschwinden ein graues Kleid und schwarzen Federhut, schwarze Schnürschuhe und

Strümpfe. Ihre Wäsche ist mit A. F. gezeichnet. Die Frau Fiedler ist mittelgroß, von untergelegter Gestalt und hat graublau Augen; besonders fallen die vorstehenden Vadenknochen auf. Sie ist etwa 58 Jahre alt, sieht aber, obwohl sie noch nicht ergraut ist, älter aus. Wahrscheinlich ist es, daß sie vor Angst und Aufregung den Kopf gänzlich verloren hat und planlos in Berlin und Umgebung umherirrt. Nachrichten werden an die Kriminalpolizei, 8460, IV, 6. 08, erbeten und auf jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Der Weiße See in Flammen. Dieses Schauspiel soll während der Sommerferien im Schloß Wilhelmsee dem Publikum geboten werden. Auf einer bestimmt abgegrenzten Fläche des Weißen Sees lodern aus dem Wasser Flammen empor, große und kleine, ganz wie der physikalische Ingenieur es bestimmt. Kleine blaue Flämmchen hüpfen wie Freilichter auf dem Wasser umher, um bald darauf als mächtige Feuergegarben bis zu einer Höhe von 40—70 Fuß emporzuschleichen, eine mächtige Blut und nicht zu wenig Dualm verbreitend. Auch eine Feuerpruge tritt in Tätigkeit, um zu zeigen, daß dieses Feuer nicht zu dämpfen ist. Eine Belagerungsmaschine mit der obliteraten Schierelei und Mäulerlei ist eingeflochten, wobei ein Schiff in Brand gesteckt wird.

Sie konnten dem neuen Schauspiel keinen Geschmack abgewinnen. Ein schönes Feuerwerk ist entschieden vorzuziehen.

Drahtdiebstahl und kein Ende. Die Verhörungen von Fernsprecheinrichtungen durch diebstahlige Gesellen wollen kein Ende nehmen, und trotz der hohen Geldbelohnungen, die seitens der Oberpostdirektion für die Ermittlung der Übeltäter ausgesetzt werden, gelingt es nur selten, einen der Vurschen abzufassen. Der letzte Drahtdiebstahl ist an der Gasonstraße an der Aufsestraße verübt worden. Mehrere hundert Meter Draht wurden von den Verleungstrangen gelöst und entwendet. — Auch an der Fernsprecheinrichtung in der Ufermarstraße wurde wieder ein Drahtdiebstahl ausgeführt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Heute abend findet der letzte Geschäft-Unterricht für dieses Quartal statt.

Am Sonntag, 7. Juni (1. Pfingstfeiertag) Ausflug nach Hangeln. Abfahrt des Buges nach Erkner Alexanderplatz 8, 29 Uhr. Pankowbrücke 8,31 Uhr, Schleißer Bahnhof 8,34 Uhr. Treffpunkt für Radfahrer bis 10 1/2 Uhr „Dogebröck Restaurant“, Friedrichstraße, 1. in Erkner, um 12 Uhr mittags ab Restaurant zum „Reichsee“, Inhaber Franz Karolensky in Hangeln. Zu erreichen von Bahnhof Erkner durch Omnibus, Motorbootverbindung oder zu Fuß durch die Güterstraße über die Könnigbrücke, rechts direkter Bahweg. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Das Komitee.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Wahlunfall. Unsere gestrigen Mitteilungen, daß National-liberale und Konervative oft Leute als ihre Wahlmänner aufgestellt haben, die nie ihre Zustimmung dazu gegeben haben, werden durch folgende Zuschrift ergänzt: In dem Wahlmännerverzeichnis der national-liberalen Partei sehe ich zu meinem größten Erstaunen mich als Wahlmann der 3. Abteilung verzeichnet. Ich erkläre hiermit, daß ich noch nie in meinem Leben irgendetwas mit dieser Partei, welche den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung auf das rücksichtsloseste entgegenarbeitet, zu tun hatte und empfinde es als eine Schmach, für diese Partei Helferdienste geleistet haben zu sollen. Paul Ademann, Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Schiffsinnen Deutschlands.

### Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Die beabsichtigte Anleihe von 210 000 M. ist vom Kreisbauamt genehmigt worden. Der Wegung von Kabeln seitens der Berliner Elektrizitätswerke in der Treptowstraße wurde zugestimmt. Betreffs des Umbaus der Wendenstraße zwischen Jüngergraben und der hohen Pankebrücke wurde beschlossen, vorläufig die schlimmsten Stellen provisorisch zu pflastern. Da der Beamtenwohnungsverein 17 Häuser zu bauen beabsichtigt, so würde sich eine gründliche Pflasterung aus diesem Grunde nicht empfehlen. Des weiteren hatte die Vertretung Beschluß zu fassen über die Ribbenung der Panower Freibank. Die Regierung wünscht, daß die Gemeinden für minderwertiges Fleisch Verkaufsstellen errichten. Da ein Schlachthaus hier nicht besteht, so braucht eine Freibank nicht errichtet zu werden. In 8 Jahren sind erst zwei Fälle hier vorgekommen, daß Fleisch beanstandet wurde. Nach Verlesung des Tarifs wurde die Ribbenung beschlossen. Zum Schluss wurde noch der Einführung des Scheidverleches zugestimmt. Zahlungen an die Gemeindefasse können somit auch durch Spende erfolgen. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

### Rummelsburg.

Lebendig verbrüht. Bei einem entsetzlichen Unfall hat das Töchterchen der Schmiedischen Eheleute, Bahnhofstr. 12, den Tod gefunden. Frau Ch. hatte die Kleine baden wollen und das kochende Wasser neben den Bogen auf den Erdboden gestellt. Als sie sich für einen kurzen Augenblick entfernte, richtete sich das Kind empor und stürzte aus dem Bogen heraus. Unglückslicherweise fiel es in die kochende Flüssigkeit. Auf das Geschrei der Kleinen eilte die Mutter befristet herbei. Sie ließ sofort einen Arzt holen, der jedoch nicht mehr viel auszurichten vermochte. Das Kind hatte am ganzen Körper so furchtbare Brandwunden erlitten, daß es kurz darauf starb.

### Treptow-Waumschulenberg.

Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Gesangverein „Liederkreisbund“ am 2. Feiertag bei Speer, Waumschulenberg, Waumschulenbergstr. 78, ein Frühkonzert veranstaltet, bestehend aus Instrumental- und Vokalkonzert und Tanz. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt. Der Eintritt beträgt 20 Pf. Es wird gebeten, wenn möglich, sich daran zu beteiligen.

### Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte ein vom Stabs. Dr. Baumert (L.) und Genossen eingebrachter Antrag zur Kenntnisnahme, die Einredung eines Teiles der Festungsgräben bis zum Winter zu verschieben, da die Arbeit dann als Kostbararbeit ausgeführt werden könnte. Die konservativen Herren hatten wieder einmal ihre sozialpolitischen Herz und ihre warme Fürsorge für den Arbeiter erwidert. Nur schade, daß sie diesmal, wie fast immer, daneben gebauert haben. Ein Teil der Entfestigungsarbeit ist nämlich schon vergeben und in Angriff genommen. Dadurch findet aber das Wasser der Festungsgräben keinen Abfluß mehr und stagniert. Wenn die Weiterarbeit nun bis zum Winter aufgeschoben wird und das stagnierende Wasser im Sommer während der großen Hitze stehen bleibt, so können sich leicht Krankheitsherde entwickeln. Im sanitären Interesse ist es sogar wünschenswert, daß die Aufkündigung der Gräben so schnell wie möglich erfolgt. Für etwaige Kostbararbeiten im Winter bleibt von den anderen größeren Unternehmungen, welche Spandau in Angriff genommen hat, noch genügend Arbeit übrig. Genosse Pieper vertritt auch nach dieser Richtung hin die Ansicht der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Aber noch ein anderes Thema wurde bei dieser Angelegenheit angegriffen, nämlich, daß die Unternehmer bei den Entfestigungsarbeiten vorwiegend ausländische Arbeiter, Rumänen, Russen und Polen beschäftigen und Spandauer Arbeiter dort keine Beschäftigung finden, trotzdem der Oberbürgermeister bei der Interpellation über den Kostbar der Arbeiter Anfang dieses Jahres, indem er auf die viele Arbeitsgelegenheit in Spandau hinwies, nach dem ausdrücklichen Wunsch der Stadtverordnetenversammlung das Versprechen abgab, daß in erster Linie Spandauer Arbeiter beschäftigt werden sollten. Aber wie bei anderen, so auch bei dieser Angelegenheit, die ja nur Arbeiter betrifft, hatte man wieder wohlfeile Ausreden. Der Oberbürgermeister meinte nämlich, die Aufkündigung





Mordprozeß Heider.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I fand gestern die Verhandlung gegen den Anabenmörder beschuldigten Schuhmacher August Heider im großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichtsgebäudes in der Mathenower Straße statt.

Die Zahl der erschienenen Zeugen beträgt etwa 80, eine ganze Anzahl von Zeugen meldet sich beim Aufruf nicht. Als Sachverständige sind Medizinalrat Dr. Störmer, Gerichtsarzt Dr. Strauch, die Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Leppmann und Gerichts-Gemerk Dr. Feilerich zur Stelle.

Da die Verhandlung zwei Tage in Anspruch nehmen wird, werden zwei Ergänzungsgeschworene ausgelost. Der Angeklagte, der seit dem 16. April 1908 in Untersuchungshaft sitzt, ist am 20. Januar 1865 zu Neu-Pudow in Mecklenburg geboren, evangelisch, verheiratet und mehrfach vorbestraft: 1880 wegen Diebstahls mit 3 Tagen Gefängnis, 1884 wegen Diebstahls mit 8 Wochen Gefängnis, 1891 wegen Urkundenfälschung mit einem Monat Gefängnis, 1892 wegen Betruges mit 1 1/2 Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust, 1907 wegen Diebstahls mit sechs Wochen Gefängnis. Er ist seit dem Jahre 1900 verheiratet, seine beiden Eltern sind nicht mehr am Leben.

Der Eröffnungsbeschluss beschuldigt ihn, am 7. April 1908 den Schneiderlehrling Hermann Blecher ermordet zu haben.

Vor Beginn des Verhörs des Angeklagten stellt Staatsanwalt Dr. Vorseit den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit im Interesse der Sittlichkeit, da in der Verhandlung sehr heikle Dinge zur Sprache gebracht werden müßten. Dem Antrage widerspricht Rechtsanwalt Dr. Philipp.

Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende den Beschluss des Gerichts dahin: Da der Gegenstand der Anklage in jedem Stadium der Verhandlung Anlaß zu Fragen geben kann, die geeignet sind, die öffentliche Sittlichkeit zu gefährden, beschließt der Gerichtshof, während der Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Kurz mögen noch 6 mal folgende Daten hervorgehoben sein: Am 8. April, vormittags 6 Uhr, sah ein Passant zwischen der Charlottenburger Brücke und der Stadtbahnbrücke, links dicht an der Straße, ein Paket im Wasser liegen und ihm fiel ein Mann auf, der dort auf und abging und ein etwas scheues Wesen zeigte. Um 8 1/2 Uhr desselben Tages fand der Mitfahrer eines Volkeschen Milchwagens das Paket. Er öffnete es und fand darin zu seinem Entsetzen Teile eines zerstückelten menschlichen Körpers. Die Leiche war in etwa 50 Teile zerstückelt. Nachmittags 3 1/2 Uhr sind die fehlenden Leichenteile im Tiergarten im sogenannten Frauen Graben in der Nähe der Löwenbrücke vorgefunden. Die Leichenteile waren eingewickelt in ein rotes Tuch und in eine ganz eigenartig weiß, rot und blau karierte Schürze, welche unten einen Einlaß hatte und sorgfältig mit ähnlichem Stoff geflickt war. Das Paket war mit einem Stein beschwert und die Ermittlungen ergaben, daß ähnliche, für Strahnenbeleg bestimmte Steine an der Ecke der kleinen Alexanderstraße und Linienstraße lagen. Es ist bekannt, wie dann die Gerichtsärzte Medizinalrat Dr. Störmer und Dr. Strauch mühsam die einzelnen Teile des Kopfes so zusammengesetzt haben, daß das Gesicht erkennbar wurde und wie dann die Identität festgestellt werden konnte. Der Ermordete war der am 5. März 1893 zu Nordmezzo in Galizien geborene Schneiderlehrling Hermann Blecher, dessen Vater Einfassierer für Abhängungsgeschäfte ist. Der Anabe war bei dem Meister Elias Laub in der Steinstraße in der Lehr. Er hatte großen Hang zum Umhertreiben und ist seinem Lehrherrn mehrmals, auch tage- und wochenlang entlaufen. Einmal ist er von Ostern 1907 bis Februar 1908 weggeblieben. Er hat sich dann wohnungslos und meist ohne Beschäftigung umhergetrieben. Eine Zeitlang verkaufte er Konditorwaren in Aneipen und Varietés. Der Junge wird als fecht verschlagen und sittlich verkommen geschildert. Sein Lehrherr nahm ihn zuletzt nur auf Bitten des Vaters wieder auf. Am Vormittag des 5. April hatte er von einem Gefellen eine Ohrfeige erhalten, weil er ungezogen war, er verließ darauf seine Lehrstelle und kehrte nicht mehr zurück. — Der Angeklagte Heider ist 1895 nach Berlin gekommen. Er hat im Jahre 1900 seine jetzige Ehefrau als Tochter seines damaligen Meisters geheiratet, übernahm das Schuhwarengeschäft seines Schwiegervaters, mußte dies aber bald wieder aufgeben. Während der letzten 7 Jahre ernährte er sich als Portier und Couleudienner, wechselte aber seine Stellen sehr häufig. Er war fast ein Jahrzehnt Portier des Hauses Potsdamer Straße 45, in welchem sich das Restaurant „Fürst Bülow“ befindet; zuletzt war er bei einem Photographen in der Königgräber Straße tätig. Hier erkrankte seine Frau an Rheumatismus und begab sich am 7. Dezember v. J. in das Hedwigs-Krankenhaus, wo sie sich zur Zeit der Tat noch befand. Heider zog dann allein nach der Viehmannstr. 2 im zweiten Stod. Er war beschäftigungslos. Er lebte von einem bei der Deutschen Bank hinterlegten Betrage, welches im Dezember v. J. die Höhe von 1000 M. hatte. Es wird vermutet, daß dieses Guthaben wahrscheinlich aus Diebstählen herrührt. Gelegenlich der jetzigen Untersuchung sollen bei ihm viele Gegenstände gefunden worden sein, die gleichfalls aus Diebstählen herrühren mögen. Darunter befinden sich Federn, die er während seines Aufenthalts im städtischen Erziehungsheim Heinersdorf entwendet haben soll, ferner über 150 Servietten und circa 30 Tischtücher, welche im Restaurant „Al-Bauern“ oder im „Fürsten Bülow“ entwendet zu sein scheinen. — Die Vorgänge, die zur Ermittlung des Angeklagten führten, sind noch so bekannt, daß sie nicht wiederholt zu werden brauchen.

In heutigen Termin legte der Angeklagte, nachdem ihn der Vorsitzende eindringlich zur Wahrheit ermahnt hatte, ein teilweise Geständnis ab, wobei er sich bemühte, die Sache auf Totschlag zu modellieren. Während er erzählte, dem Vernehmen nach, daß er den Ermordeten im Bouillonkeller am Alexanderplatz habe kennengelernt. Er habe ihm ein Paar Schuhe versprochen und ihm deshalb zu sich in die Wohnung bestellt. Zu diesem Zweck habe er ihm einen Zettel mit seiner Adresse gegeben. Der Junge sei am 7. April früh gegen 8 Uhr gekommen, um die Stiefel zu holen, habe sie gleich anprobiert, dann noch eine Weile auf dem Sofa geschlafen. Nachher habe er mit dem Jungen Kaffee getrunken. Dann wollten sie beide zusammen weggehen. Der Junge habe sich gedrückt, um die Stiefel zu putzen und da sei ihm aus der Tasche eine Bilettsche fallen, die dem Heider gehörte und die er wahrscheinlich entwendet hatte. Darüber will der Angeklagte ärgerlich geworden sein und dem Jungen nach dem Hemdtrocken bzw. Hals gefaßt haben. Der Junge habe einen unartikulierten Laut ausgestoßen, mit den Armen in der Luft umhergeschlagen und sei zum Entsetzen des Angeklagten tot gewesen. Er habe nun die verhängenen Wiederbelebungsvorkehrungen gemacht, habe ihn mit Essig gewaschen, gehäufet und versucht, ihm Kaffee einzugeben — aber alles umsonst! Da habe er einen großen Schreck bekommen und sei davongelaufen. Er habe nirgends Ruhe gehabt und nicht gewußt, was er tun sollte. Schließlich sei er nach Hause zurückgekehrt, um die Leiche zu beseitigen, zunächst durch Verbrennen. Zu diesem Zweck habe er die Leiche zerstückelt, aber die Teile brannten nicht, aber doch nur schlecht und deshalb habe er die Leichenteile in ein Paket gepackt, um sie wegzutragen. Er habe sie zuerst bei Bellevue ins Wasser werfen wollen, dort sei aber zu viel Publikum gewesen und deshalb habe er sich an der Charlottenburger Brücke und an der Löwenbrücke der Leichenteile entledigt. Er sei abends mit der Hochbahn bis Charlottenburger-Anie, dann bis zur Charlottenburger Brücke gefahren und dort habe er das größere Paket ins Wasser geworfen. Auf eine Frage des Präsidenten nach dem Verbleib der Bilettsche erklärt der Angeklagte, daß sie noch in der Wohnung

sein müsse. Mit aller Entschiedenheit bestritt der Angeklagte, daß unsittliche Handlungen vorgekommen seien. Soweit das Geständnis des Angeklagten. Die Öffentlichkeit wird während der weiteren Verhandlung nicht wieder hergestellt.

Gerichts-Zeitung.

Unberechtigter Entlassung.

Der „Deutsche Verlag, G. m. b. H.“ in Berlin, Verleger der satfam belannten Blätter „Das Deutsche Blatt“, „Berliner Neuzeit Nachrichten“ u. dgl., hatte einen Angestellten ohne Kündigung entlassen. Dieser klagte darauf das ihm bei rechtmäßiger Kündigung noch zustehende Gehalt von circa 3000 M. bei dem Landgericht Berlin ein.

Das Landgericht Berlin nahm an, daß die beklagte Gesellschaft zur Entlassung berechtigt gewesen sei, weil der Kläger in den Monaten April, Mai und Juni 1906 durch fortgesetzte hartnäckige Untätigkeit, sogenannte passive Resistenz, seine Vertragspflichten gänzlich verließ; daß also eine eigenmächtige Arbeitseinstellung seit Mitte Mai 1906 für erwiesen zu erachten sei und die Beklagte deshalb zur Entlassung berechtigt gewesen sei. Auf die Berufung des Klägers beurteilte das Kammergericht zu Berlin das durch die Parteien geforderte Beweisergebnis umgekehrt dahin, daß die festgestellte Minderarbeitsleistung des Klägers nicht auf dessen bösen Willen beruht habe, sondern ihm durch das Verhalten des Chefredakteurs B. aufgezwungen worden sei. Letzterer habe nach und nach die dem Kläger im Anstellungsvertrage überwiesene Tätigkeit eingeschränkt und unter Uebergehung des Klägers in seine eigene Hand genommen. Infolgedessen erachtete das Kammergericht die plötzliche Entlassung des Klägers nicht für gerechtfertigt und verurteilte die Beklagte zur Zahlung des eingeklagten Gehalts.

Gegen dieses Urteil hatte der Deutsche Verlag Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf Zurückweisung der Revision. In den Gründen wurde ausgeführt: Es sei durchaus zutreffend, daß das Kammergericht das Verhalten des Chefredakteurs B. der Vorgesetzter des Klägers war und dem sich Kläger nach ausdrücklicher Weisung der Beklagten unterzuordnen hatte, für die Frage als maßgebend ansah, ob dem Kläger absichtliche Arbeitseinstellung zur Last falle. Gleichgültig sei es für diese Frage, ob der gesetzliche Vertreter der Beklagten das Verhalten des Chefredakteurs genannt oder gebilligt habe.

Ein jugendlicher Mörder vor der Strafkammer.

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I begann gestern der Prozeß gegen den 15jährigen Kochlehrling Billy Küttling, welcher sich unter der Anklage des Mordes verantworten mußte. Den Vorsitz im Gerichtshofe führte Landgerichtsdirektor Lieber, die Anklage wurde vom Staatsanwalt Feinmann vertreten. Der Angeklagte wurde vom Rechtsanwalt Heine verteidigt. Der Angeklagte war von dem Küchenchef, dem er als Kochlehrling unterstellt war, geschäftigt worden. Um sich zu rächen, kaufte er sich einen Revolver und schoß den verhassten Vorgesetzten auf offener Straße nieder. Nach der Verübung der Tat warf der jugendliche Mörder die Waffe mit einer theatralischen Geberde fort und äußerte: Das ist die Regel! — Der jugendliche Angeklagte ist der einzige Sohn eines adäquaten Handwerkers, der durch die vielen dummen Streiche des Sohnes schon viel Kummer und Ärger erlitten hat. Er ist im Jahre 1893 in Charlottenburg geboren und hat die dortige Schule bis zur ersten Klasse besucht. Nachdem er einige Zeit bei Siemens u. Halske als Kontorbuchse beschäftigt war, trat er bei dem Restaurateur und Hotelbesitzer Bürjchle in der Anhaltstraße 14 als Kochlehrling ein. Vorl.: Angeklagter, Sie sollen sich hier von Anfang an sehr zur Unzufriedenheit Ihres Vorgesetzten, des Küchenchefs Theodor Bülow, geführt haben, so daß er Sie öfter bestrafen mußte. — Angekl.: Jawohl! Bülow hat mich wiederholt bei dem geringsten Anlaß geschimpft und manchmal auch mit dem Feuerballen geschlagen. — Vorl.: Sie sollen den Entschluß gefaßt haben, sich an Ihrem Chef zu rächen und ihn niederzuschleichen? — Angekl.: Nein, tatsächlich wollte ich ihn nicht. Ich wollte zu Ostern ausrücken, da ich zuviel Schläge bekam. Vorher wollte ich ihm aber noch eins auswaschen und ihm die Feiertage verderben. — Vorl.: Sie gingen also am Sonnabend, den 18. März, nicht mehr zu Ihrer Arbeit und redeten Ihren Eltern vor, Sie hätten Urlaub. Sie kauften sich dann einen Revolver, nachdem Sie sich von Ihrer Mutter das Geld unter der falschen Angabe, Sie bräuchten ein neues Messer, halten geben lassen. Wo kauften Sie den Revolver? — Angekl.: In der Leibnizstraße zu Charlottenburg. Die Patronen habe ich in der Friedrichstraße gekauft. — Aus der weiteren Vernehmung des Angeklagten geht hervor, daß er sich in der Anhaltstraße gegenüber dem Fürstlichen Lokal postiert und dem Küchenchef ausgelauert hatte. Als dieser nach beendeten Dienst auf die Straße trat, ging der Angeklagte auf ihn zu. Erst als er ganz dicht an ihn herangekommen war, zog er den Revolver und feuerte zwei Schüsse auf Bülow ab. Schwer getroffen sank dieser zu Boden, während der Angeklagte die Flucht ergreifen wollte. Er wurde jedoch von einem Chauffeur Koch, der zufällig des Weges kam, festgenommen. Trotz der schweren Verletzungen blieb Bülow bei Besinnung; er schleppte sich blutüberströmt nach dem Restaurant zurück und brach schließlich in der Küche zusammen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde B. nach dem Krankenhaus am Urban geschafft. Hier wurde festgestellt, daß Bülow einen Schuß in den Arm und einen zweiten in die rechte Kopfseite erhalten hatte. Diese Angel war unter der Schädeldecke entlang nach der linken Kopfseite gelangt und hatte eine schwere Gehirnverletzung hervorgerufen, an deren Folgen B. acht Tage später verstarb. Auf dem Polizeipräsidium bestritt der jugendliche Mörder bei einer Vernehmung durch den Kriminal-Jahrmann Stelle, daß er die Absicht gehabt habe, den Bülow zu töten. Er habe sich nur an ihm rächen und ihm die Feiertage verderben wollen. Bei dieser Behauptung verblühte der Angeklagte auch in der gestrigen Verhandlung, zu der etwa 40 Zeugen geladen waren.

In der Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge der Chauffeur Koch vernommen, der seinerzeit Augenzeuge des Vorfalles gewesen war. Er bekundet, daß er durch den ersten Schuß aufmerksam geworden war und dann den Küchenchef Bülow und den Angeklagten dicht nebeneinander stehen sehen. In diesem Augenblick habe ein zweiter Schuß gekracht und Bülow sei hinterüber gefallen. Er habe den Eindruck gehabt, als ob der Täter längere Zeit gesteht habe. Der Kriminalbeamte Stelle hat den verstorbenen Bülow in dem Krankenhaus am Urban vernommen, nachdem ihm seitens der Ärzte eine Vernehmung gestattet worden war. Der Zeuge bekundet, daß B. trotz seiner schweren Verletzung sehr geschimpft und unter anderem gesagt hätte: „Dem verfl. . . . Sund, das Ras hätte ich doch lieber gleich totschlagen sollen. Dann wäre mir dies nicht passiert!“ — Die Inhaberin des Restaurants, in dem der Angeklagte angestellt war, Frau Bürjchle, schilderte den Angeklagten als einen sehr niederträchtigen, bödigen und faulen Menschen, von dem auch das übrige Personal, wenn man ihm gute gemeinte Ermahnungen gab, noch obendrein ausgelacht wurde. Wegen seines ungezogenen Betragens habe er auch einmal von dem Küchenchef ein paar Ohrfeigen erhalten. Von Mißhandlungen habe sie nichts bemerkt, trotzdem sie solche hätte bemerken müssen. Hierauf wurden mehrere in der Küche des Restaurants angestellt gewesen oder noch angestellte Köchinnen und Abwaschmädchen vernommen,

Auch diese haben hin und wieder bemerkt, daß der Angeklagte vom Bülow ein paar leichte Schläge erhalten habe. Von einer Mißhandlung mit einem Kessel oder Feuerballen haben sie nie etwas bemerkt. Zur Sprache kam hierbei noch, daß Küttling am Samstag, um den Küchenchef zu ärgern, absichtlich die Saucen auf die Erde geschüttet hätte. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Heine waren die praktischen Ärzte Dr. Frey und Dr. Leht geladen, die übereinstimmend befundeten, daß der Angeklagte wegen einer Rasentwucherung operiert worden sei und daß die Operation möglicherweise eine gewisse Reizbarkeit und Reizbarkeit hinterlassen habe. Medizinalrat Dr. Hoffmann, der seinerzeit die Obduktion der Leiche des Getöteten vorgenommen hatte, bekundete, daß die Revolverkugel das Gehirn von der rechten nach der linken Seite völlig durchbohrt und den Tod herbeigeführt hatte. Medizinalrat Dr. Leppmann bestätigte, daß eine Rasentwucherung bei einem so jugendlichen Menschen die allgemeine Entwicklung und damit auch die Gehirntätigkeit ungünstig beeinflussen könne.

Staatsanwalt Feinmann hielt es für kaum begreiflich, wie ein 15jähriger Junge aus so wichtigen Ursachen zum Mörder werden könne. Es sei durch die Zeugenaussagen als festgesetzt zu erachten, daß von irgend einer Mißhandlung des Angeklagten durch den Getöteten überhaupt nicht die Rede sein könne. Trotz der Jugendlichkeit des Angeklagten empfahle es sich doch, die überaus schwere Tat durch eine exemplarische Strafe zu ahnden. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb wegen Mordes auf 8 Jahre Gefängnis.

Rechtsanwalt Heine hielt weder die Tatbestandsmerkmale des Mordes, noch des Totschlags für erwiesen, sondern hielt nur eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgange für fest. Mit Rücksicht auf die große Jugend des noch völlig unreifen Anaben halte er auch eine langjährige Gefängnisstrafe eher für geeignet, den Angeklagten noch mehr zu verderben als eine bessere Wirkung auszuüben.

Das Gericht nahm mit der Verteidigung nur Körperverletzung mit tödlichem Ausgange an und erkannte auf 5 Jahre Gefängnis.

Geschäftstunliche Kerze.

Zu der durch die Strafkammer in Hamburg erfolgten Verurteilung des Dr. Strahl, über die wir am Donnerstag berichteten, wird uns folgendes geschrieben.

Der verurteilte Arzt betreibt seit Jahren einen schwunghaften Handel mit Verbandstoffen und Spezialmitteln und bedient sich dabei einer geradezu maßlosen Reklame. Das schlimmste dabei ist die nur bei manchen Kurpfuschern übliche briefliche Behandlung, die in letzter Linie darauf hinausläuft, den Kranken zum Bezuge der Strahl'schen Patentmedizinen zu veranlassen. Die letzte Frage auf einem der Patienten überlieferten Fragebogen, die sich im übrigen durch eine bodenlos alberne Fragestellung auszeichnet, lautet wie folgt:

Bestellen Sie hiermit meine Verbandstoffe? Wer auf den Leim kriecht, sich auf diese Weise brieflich „behandeln“ zu lassen, bekommt dann für teures Geld die Strahl'schen Heilmittel, die natürlich nicht einen Funken wertvoller sind als alle anderen empfohlenen und gebräuchlichen Mittel. Es muß einmal öffentlich darauf hingewiesen werden, daß es ein horrendes Schwindel ist, wenn ein Arzt oder ein Fabrikant eine Salbe anspricht, die in ständiger Warte, bei Weingeschwüren eine den üblichen Mitteln überlegene Wirkung zu erzielen. Das trifft auf alle „Spezialmittel“ zu, die in manchen Blättern mit großem Geschrei angeboten werden, so auf die Kino-Salbe, Nippische Salbe, Spranger'sche Salbe u. a. mehr. Diese Mittel sind bei Weingeschwüren absolut nicht wertvoller als andere Medikamente, die der Arzt verschreibt. Soviel ist sicher, daß die Fabrikanten dabei rascher „gelund“ werden als die Kranken.

Typisch ist übrigens, daß ein gewisser Teil der bürgerlichen Presse, in deren Spalten die Reklame-Inserate des Dr. Strahl alltäglich stehen, von seiner Verurteilung gar keine Notiz nimmt. Diese Sorte von Schweigsamkeit ist sehr vieljähend. Aber die bürgerliche Presse hat ein noch dickeres Fell. Seit einem ganzen Jahre warnt der Polizeipräsident öffentlich vor dem wertlosen Schwindelpreparat eines Kurpfuschers, der den schönen Namen Lindeluh führt — aber mit eiserner Stirne bringen zwei vielgelesene Tagesblätter und ein Wochenblatt die Inserate, in denen der Kurpfuscher seine Mittel anpreist, weiter. Haben die Herrschaften Kenntnis von der Warnung oder nicht? Und wenn sie diese Kenntnis von der Warnung oder nicht? Und wenn sie diese schuldigen? In Moral wird eben nur im reaktionellen Teil „gemacht“, aber wo der Inseratenteil und der Geldbeutel anfangen, hört für eine gewisse Presse die Moral auf.

Gegen einen prägelenden Schuhmann.

verhandelte das Landgericht Nürnberg. Der Schuhmann Friedel, der beim Ostasiatischen Expeditionskorps gedient und sich von den Bögern seine Begriffe von den Aufgaben eines Schuhmannes angeeignet zu haben scheint. Er brachte vor einiger Zeit nachts einen 64 Jahre alten Galbonapflichter, der sich einen Kauf angetrunken hatte, zur Wache, wo er ihn derart zur Türre hincinschickte, daß sich der Mann überschlug und mit dem Kopfe gegen die Türre zu lag. Als der Rißhandelte der Aufforderung, sofort aufzustehen, keine Folge leisten konnte, stieß ihn der Wächter der Ordnung mit den Stiefeln wiederholt in die Seite, auch bekam er einige Faustschläge unter das Kinn. In ähnlicher Weise vergriff er sich an einer Prostituierten, die er verhaftete, ohne daß sie sich irgend einer Verfehlung schuldig gemacht hätte. Der chinesische Kulturträger kam mit einer Geldstrafe von 80 M. davon.

Preussische Gewissensfreiheit.

Auf die verfassungsmäßig gewährleistete religiöse Freiheit bezieht sich Herr Bauer zur Entschuldigung des Umstandes, daß er seine Tochter Sonnabends nicht zur Schule schickte. Er sei Mitglied der religiösen Sekte der Adventisten und könne es mit seiner religiösen Ueberzeugung nicht vereinbaren, sein Kind Sonnabends in die Schule zu schicken. Er wurde jedoch vom Landgericht in die Schule befördert wegen nicht genügender Entschuldigung der Schulverweigerung seiner Tochter zu einer Geldstrafe verurteilt. — B. legte Revision ein und bezieht sich wieder auf Artikel 12 der preussischen Verfassung. — Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Angeklagter hätte den Artikel 12 der Verfassung ganz lesen sollen. Die religiöse Freiheit sei gewährleistet, aber die staatsbürgerlichen Pflichten dürften nicht vernachlässigt werden. Wenn Angeklagter durch sein Gewissen betrogen werde, Adventist zu sein, dann gebe das dem Staat nichts an. Wohl aber habe der Staat zu verlangen, daß er sein Kind in die Schule schicke. Eltern könnten durch die Zugehörigkeit einer Sekte nicht strafflos werden, wenn sie ihre Kinder nicht in die Schule schicken.

Freidenkerbroschüren — sittlich und religiös anstößig.

Den Verkauf von Broschüren freidenkerischen Inhalts verbot der überwachende Polizeikommissar in einer Freidenkerbroschürensammlung zu bilden bei Düsseldorf. Für den Inhalt der Broschüren interessierte sich der Beamte sehr, denn vor der Verurteilung hatte er sich eilige gekauft. Der Beamte, der den Verkauf der Broschüren leitete, hatte sich dieserhalb vor dem Schöffengericht zu Verresheim zu verantworten, obwohl er persönlich mit der Sache nichts zu tun hatte, er war Beauftragter des Freidenkervereins. Mehrere Agitationsbroschüren, z. B. die „Kampfbroschüre“, „Kampfbroschüre“ und „Die Ehe, wie sie ist und sein soll“, wurden als sittlich und religiös anstößig gefunden, und dabei werden diese Broschüren in jeder Verhandlung geführt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 96 M. Geldstrafe. Gegen das Urteil wurde Berufung angemeldet.

